Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 40 Jahrgang 5 Januar '88

00.2621 001 5
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

Besetzt und gekauft

Red. Hamburg Hamburg, Schanzenstr. 41a. Im Juni 1987 wurden unter dem Motto: „Hafen bleibt - Schanze kommt!" die vom Abriß bedrohten 7 Terrassenhäuser inclusive einer Ruine besetzt. Die zwei dreigeschossigen, im stumpfen Winkel abknickenden Hinterhäuser, in Hamburg etwas etwas irreführend „Terrassenhäuser" genannt, entstanden zum Ende des letzten Jahrhunderts. Die „friedliche" Räumung ließ nicht lange auf sich warten, die erneute Besetzung ebenfalls nicht. Insider gaben der Besetzung keine Chance, die Häuser waren verfallen, Abrißgenehmigungen lagen vor. Jedoch: Phantasie, Glück und Durchhaltevermögen der BesetzerInnen werden überraschend mit der Unterzeichnung eines Kaufvertrages mit der eigens gegründeten Auffanggenossenschaft „Schanze" belohnt.
Sie will sämtliche Häuser erhalten und Gesamtnutzungsverträge abschließen. „Jetzt geht die Arbeit erst richtig los!" Besitzerin, Bewohner und Nachbarn kommen auf den Seiten 4/5 zu Wort.

Übergabe des buntgesprühten Betonmischers im „Ottenser Werkhof" Foto: Pan-Foto Uwe Wichmann

CONTRASTE wird international

Red. Cassel Selbstverwaltung ist keine „nationale" Angelegenheit der bundesrepublikanischen Szene. Die Idee von Selbstverwaltung wird in vielen westlichen und östlichen (!) Ländern diskutiert. Selbstverwaltung als ein wesentlicher Bestandteil alternativer Kultur ist Ausdruck von dezentraler Selbstbestimmung. Selbstverwaltung im kulturellen und im ökonomischen Bereich weist heute schon auf eine Gesellschaft von morgen hin. Die Diskussion um Zukunft sprengt traditionelle Landesgrenzen. CONTRASTE will der Entwicklung dieser internationalisierten Diskussion um Selbstverwaltung Rechnung tragen. In dieser Ausgabe wurde der Schwerpunkt auf den Seiten 10 bis 12 von der neu gegründeten Wiener CONTRASTE-Redaktion organisiert. In Zukunft werden wir unsere Bemühungen daraufhin richten, daß mehr Beiträge aus den verschiedenen Ländern Europas in CONTRASTE Platz finden werden.

In letzter Minute:

Wie uns soeben mitgeteilt wurde, beginnt man sich nun auch in der Krebsmühle-Oberursel für Selbstverwaltung zu interessieren. So hat jetzt ein Teilbetrieb unsere CONTRASTE abonniert. Das finden wir toll! Weiter so.

CONTRASTE für Österreich

Österreich braucht eine Zeitung, in der die relevante Diskussion um die Alternative Ökonomie, um neue alternative Bewegungen, um Selbstverwaltung im weitestgehenden Sinne geführt wird. CONTRASTE bietet dies schon längst für die BRD. In Zukunft wird CONTRASTE verstärkt über die österreichische Szene berichten. CONTRASTE nun auch für Österreich? Na klar! Zu beziehen ist CONTRASTE bei:
Sabine Koffler
Heinestr. 35
1020 Wien
für 336 Schilling im Jahr (incl. Versand)

Schüsse an der Startbahn kein Ausdruck autonomer Politik

"Die Autonomen" sehen sich durchaus nicht als Pazifisten - wenn aber Gewalt, dann nur im Dienst des Zieles: Zerschlagung des Kapitalismus. Schüsse auf Helfershelfer des Systems dienen diesem Ziel nicht - im Gegenteil, die Schüsse treffen in zweiter Linie den Widerstand, und zwar nicht zu knapp. Wieviele haben „es schon immer gewußt", daß diese Chaoten „Mörder" sind?

Seite 6

Kultur in der Selbstverwaltung

Am Anfang stand der umfassende Entwurf einer anderen gesellschaftlichen Lebensweise. Im Laufe der 20jährigen Geschichte der Alternativökonomie blieb dieser Anspruch auf der Strecke. Alternative Ökonomie reduzierte sich immer mehr auf einen innerbetrieblichen Reformanspruch. „Kultur als Ressource gesellschaftlicher Innovation" weist nach der Meinung von Dieter Haselbach den richtigen (Aus-)Weg.

Seite 7

Autonome Frauenseite

Frauenförderung bei Netzwerk, OberlehrerInnen bei Netzwerk, Geschlechtsspezifische Berufsbilder - Veränderung tut Not!, Frauen und Technik, das sind die Beiträge auf unserer Frauenseite

Seite 13

Ende mäßig, Anfang gut!

Seit dem vergangenen Montag arbeitet sie wieder, mit neuem Konzept und unter dem neuen Namen „Schwarz auf Weiß - Druckerei in der Fabrik", die im vergangenen August in Konkurs gegangene Freiburger Bundschuhdruckerei. Neben diesem Beitrag von Constantin Bartning außerdem noch zwei weitere Berichte: der Verein Selbstverwalteter Grafischer Betriebe geht ins zweite Jahr und die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstverwalteter Gartenbaubetriebe (BASEG) wünscht Zauber für alle (Selbstverwalteten)!

auf Seite 14

Mehr (als) Bildung!

Bündelung und Vermittlung von Erfahrungen, Moderation von Diskussions-, Entscheidungs- und Vernetzungsprozessen, sowie eine Selbstverwaltungsadäquate Qualifizierung stehen im Zentrum des Angebots einiger Selbstverwalteter Bildungseinrichtungen an die Selbstverwaltungs-Praktiker-Innen in Betrieben und Projekten. Welche Erfahrungen wurden hier in den vergangenen Jahren gemacht? Sind die Bildungseinrichtungen die „innovativen Kräfte" der SV-Szene? Wo und wie können sie den Selbstverwalteten Betrieben bei der Bewältigung ihrer Probleme helfen?....
Eine spannende Diskussion dürfen die LeserInnen von CONTRASTE in der Februar-Ausgabe erwarten. Schwerpunktthema: Bildung und Selbstverwaltung.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DER KOMMENTAR:

Es ist still geworden.....

Von Gerhard Kern

„Es ist alles derart still geworden, daß es an Explodieren oder Strick denken läßt...", so schreibt ein Freund und Genosse aus dem Knast.

Ja, es ist still geworden, es gibt kaum noch Proteste, keine Revolten mehr. Die sind kanalisiert seit einiger Zeit (spätestens seit den „Schüssen").

Atommafia, Wackersdorf, Startbahn, Überwachungsstaat; unangefochten und gefestigt.

(rechte) Sinnstiftung legt sich mit eisiger Kälte seit einiger Zeit über die Bewegungen, die dagegen sind, gegen Technokratie, Knast und gläserne Menschen.

Das Gewaltmonopol des Staates wird von denen anerkannt, die von Gewaltlosigkeit reden. Diese wenden ihre Gewalt gegen die Aufmüpfigen, gegen die, die sich gegen Unterdrückung wehren.

Frieden ist in, Widerstand out! Wir leben nicht in Südafrika, Nicaragua, Chile. Wir hier haben Demokratie und daher kein Recht auf die Widerstandsform der Chaoten. Hier gibts nur den Widerstand, der legalisiert ist: Händchenreichen, Friedenstaube, aber blau bitte, Gewerkschaftsarbeit und der vielen Möglichkeiten mehr. Frieden!

Die Leute im Knast, die Geschädigten durch die Technokratie, in der Psychiatrie, in den Kindergefängnissen (genannt auch Schulen) müssen halt warten, bis mit Hilfe der „Demokraten", mit Hilfe Kohls, mit Hilfe der Herrschaft (schwarz-rot-gold-grün) amnestiert werden. Warten auf Einsicht der Herrscher. Da können wir lange warten!

Nein, wir sind hier nicht in Chile, noch nicht. Und es kommt auch nicht zu uns. Diese Barbarei haben wir hinter uns. Unsere Folter, unsere Kriegsführung ist viel fortschrittlicher, sublimer. Die Psychiatrien, Knäste, Schulen dienen nur zu unserem Besten, damit wir Ruhe haben, damit unser Mammut-Unternehmen-Deutschland-Schwarz-Rot-Gold-Gold-Gold reibungslos funktioniert im Getriebe der Weltwirtschaft. Krisenstrategie!

Wir haben viel zu tun, damit alles klappt. Wir gründen selbstverwaltete Betriebe, neue ökologische Parteien und andere Banken. Wir sind die Yuppies von morgen. Der politische Ausgangspunkt geht derweil verloren im Getriebe.

Ohne Aufschrei haben viele von uns zugesehen wie unsere Jugendzentren plattgemacht wurden, besetzte Häuser per Gewaltmonopol gewaltlos vernichtet wurden. Die große Mehrheit sieht weiterhin zu, wie Menschen eingesperrt werden, manche davon in „Hochsicherheitstrakts" (wer sichert hier wen vor was?) gefoltert und andere in Psychiatrien fertiggemacht werden.

Wir haben keinen Sinn dafür, daß unsere Schulen „Kinder"knäste und Züchtigungsanstalten für das Neue Unternehmertum sind. Anders als beim Aufbegehren der Frauen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen, sehen wir über die Unterdrückung der Folgegeneration gleichgültig hinweg, hier wird bisher jedes Aufbegehren mit Gefängnis bestraft.

Wie war das noch im „tausenjährigen Reich" des grauesten aller HERREN? Ohne Aufschrei haben wir zugesehen...
Es ist still geworden

– High Noon –

Die Redaktion „Autonome Frauenseite"

Bisher haben sich Frauenprojekte und -betriebe in CONTRASTE kaum zu Wort gemeldet. Dies soll jetzt anders werden.

Das Frauenplenum des AK's zur Förderung autonomer Frauen- und Alternativprojekte in Berlin ist ein Zusammenschluß von ca. 20 Frauenprojekten aus dem sozialen, sozialkulturellen und gesundheitlichen Bereich.Das Plenum beschloß auf seiner letzten Sitzung, die Redaktion einer autonomen Frauenseite in CONTRASTE zu übernehmen. Mitarbeiten wollen außerdem Vertreterinnen von Goldrausch (Berlins Frauenfinanzierungsnetzwerk) sowie vom Frauenforschungs-Informations- und Bildungszentrum (FFBIZ) und Frauen vom Netzwerk Berlin. Die autonome Frauenseite ist aber nicht nur für Berliner Frauenprojekte da, sondern wir erhoffen uns auch Beiträge von Frauenprojekten aus dem Wessiland. Diese können sich jederzeit zwecks Koordination mit uns in Verbindung setzen.

Wir möchten auf der autonomen Frauenseite, die frauenspezifischen Schwierigkeiten und Hemmnisse bei Projektgründungen im gewerblichen und sozialen Bereich schildern. Es geht uns darum, politische Forderungen zur Verbesserung dieser Situation zu entwickeln, über Beratungs-, Fortbildungs-, Unterstützungs- und Finanzierungsangebote regional, bundesweit und im europäischen Vergleich kritisch zu informieren und auch Modellversuche vorzustellen und analysieren.

Vor dem Hintergrund der wachsenden weiblichen Armut, der fortschreitenden Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen und dem Aufrechterhalten gewalttätiger patriarchalischer Umgangsformen halten wir die Suche nach einer feministischen Utopie für notwendig. Sowohl die ökonomischen Beziehungen als auch die kulturelle Kommunikation möchten wir definieren. Wir haben vor, uns in CONTRASTE mit ungeschützten Arbeitsverhältnissen zu befassen, Selbsthilfekonzepte von und für Frauen zu untersuchen sowie uns mit feministischen ökonomischen Entwürfen auseinander zu setzen.

Neben der Ankündigung wichtiger Termine, kann in begrenztem Umfang die Selbstdarstellung von Frauenprojekten erfolgen. In einer gesonderten Rubrik sollen Kommentare zu frauenpolitischen Themenschwerpunkten erscheinen. Natürlich wollen wir auch über Aktuelles aus dem Frauenforschungs-, -bildungs-, und -kulturbereich berichten.

Mit der autonomen Frauenseite möchten wir uns einschalten in die Diskussion um Selbstverwaltung. Selbstverwaltung wird für uns nur möglich, wenn die geschlechtsspezifische Diskriminierung im privaten und öffentlichen Bereich beseitigt wird.

AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte Bethaniendamm 25, 1000 Berlin

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

Besser Ihr fördert CONTRASTE... und nicht das Finanzamt

Jede/r SelbstverwalterIn die/der Steuern zahlt, kann mitmachen. Und das funktioniert so:

CONTRASTE ist ein „bundesweiter" Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung. Seine FördermitgliederInnen können den Mitgliedsbeitrag (mind. 72 DM für Einzelpersonen, mind. 200 DM für juristische Personen) daher als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen... natürlich nur, wenn sie auch selbständig sind. Aber dafür können nicht-selbständige SelbstverwalterInnen ja ihre ArbeitgeberInnen bearbeiten, Fördermitglied zu werden.

Die Vorteile liegen auf der Hand: erstmal in Form der monatlichen CONTRASTE, die die FördermitgliederInnen umsonst kriegen (juristische Personen gleich 3 Exemplare von jeder Ausgabe für die ganze Belegschaft).
Zweitens erweitert sich das Forum der SelbstverwalterInnen.
Drittens, weil die Kohle in Heidelberg dringend gebraucht wird, um CONTRASTE noch lesbarer zu machen.

Außerdem: das 100. Fördermitglied bekommt ein Sektfrühstück -das 1.000ste gewinnt einen Urlaub in Spanien - auf Wunsch mit Surfkurs.

Also: nichts wie herein - in den Förderverein. Wir werden berichten.

Patenschaft für „Grüne" Persönlichkeiten

Wer kennt sie nicht, Grüne „Prommis", die auf dem Selbstverwaltungs-Ohr unsäglich taub sind. Nun wir haben einen Vorschlag, die Grünen wieder etwas bunter zu machen.

Ihr überlegt Euch den oder die Grüne vor Ort, denen Ihr am ehesten „Nachhilfe" wünscht und wir beliefern sie mit vier Ausgaben unserer unmöglichen Zeitung. 10 DM kostet Euch der ganze Spaß.

Wir haken dann natürlich nach und versprechen diesen Grünen „Blaue Bände", falls sie abonnieren. Das „Kapital 1 bis 3" soll zur Auswahl stehen.

Na, ist das keine gute Tat im Neuen Jahr - CONTRASTE für Grüne, die sonst schwarz werden?

Aussägen und mit 10 DM einschicken

Empfänger/in:

Name, Vorname .....

Straße, Hausnummer .....

Ort .....

Spender/in:

Name, Vorname .....

Straße, Hausnummer .....

Ort .....

Datum, Unterschrift .....

0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift .....

Auschneiden und absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ **(06221) 1 34 02**

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben. zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Franz-Josef Bartsch, Gneisenaustr. 2a, ☎ **(030) 691 30 72; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ **(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** blätterwald eg, Jochen Reinalda, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; Cassel, 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite, 1000 Berlin 36, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Bethaniendamm 25, ☎ **(030) 618 30 20; Grafische Betriebe, 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur, 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ **(040) 44 23 28; 7400 Tübingen,** Club Voltaire e.V., Eckard Holler, Haaggasse 26b, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften, 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik, 8000 München 90,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Kistlerstr. 1, ☎ **(089) 691 78 21; Stadtökologie, NL-3061SG Rotterdam,** Michael Makowski, Dr. Zaamenhofstraat 65c, ☎ **(003110) 413 65 67; Ökobank, 6000 Frankfurt/Main 1,** Bundesgeschäftsstelle der Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Franziusstr. 44, ☎ **(069) 43 95 34**

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag; Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Sabine Joswig, Regina Engel, Schönfelderstr. 41, 3500 Kassel ☎ **(0561) 28 37 91; (Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; Satz: auf TEXTLINE-System
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:

☎ **(06221) 1 34 02**

Vertrieb:

☎ **(06221) 16 24 67**

CONTRASTE - Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich aktiv für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE umsonst.

(Formlose) Aufnahmeanträge sind an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM.

Bundesarbeitsgericht verschärft die Haftung von Arbeitnehmern

Nun hat die Wende auch das Bundessozialgericht in Kassel erreicht: Nachdem dort Richter in den Ruhestand übergewechselt sind, hat sich auch beim BSG die Rechtswende bemerkbar gemacht. Die Haftung der Arbeitnehmer ist deutlich verschärft worden.

Wer bisher z.B. als Taxifahrer einen Schaden am Taxi seines Chefs verursacht hatte, brauchte nur dann mit dessen erheblichen Schadensersatzforderungen zu rechnen, wenn er grob fahrlässig gefahren war.

Ansonsten kam dem Fahrer zugute, daß er eine relativ gefährliche Arbeit („gefahrgeneigte Tätigkeit") ausübte, wo ein Schaden erfahrungsgemäß auch dem sorgfältigsten Fahrer einmal passieren kann.

Bei den übrigen Fällen (mittlerer und leichter Fahrlässigkeit) brauchte der Fahrer allenfalls mit ganz geringen Schadensersatzforderungen rechnen.

Damit ist jetzt Schluß. Der Arbeitgeber kann sich jetzt auch bei mittlerer Fahrlässigkeit den Schaden an seinem Auto vom Fahrer zumindest zum Teil ersetzen lassen. Wie der Schaden dann im Einzelfall zwischen dem Chef und dem Fahrer aufgeteilt wird, hängt von vielen Kriterien ab. Jedenfalls ist Schluß damit, daß der Chef das Risiko, aus dem er ja auch seinen Gewinn zieht, alleine trägt.

Und das gilt nicht nur für Taxifahrer, sondern für alle die Berufe, die bisher zur sogenannten „gefahrgeneigten Tätigkeit" zählen.

Es gibt deshalb für diese Leute nur zwei Auswege:

- Entweder der Arbeitnehmer läßt sich z.B. im Arbeitsvertrag von dieser Haftung befreien.
- Oder der Arbeitnehmer schließt hierfür eine Haftpflichtversicherung ab.

Sonst kann es teuer werden.

Matthias Neuling, Red. Hamburg

Die Mitarbeit jetzt auch in Darmstadt

In Darmstadt gibt es seit Oktober 1987 eine Geschäftsstelle der bundesweiten Stiftung „Die Mitarbeit", über die Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen aus dem soziokulturellen Bereich neben Beratung und Kontaktvermittlung auch einmalige finanzielle Zuschüsse für Veranstaltungen erhalten können. Gefördert werden Initiativen, Projekte und auch Einzelpersonen, deren Arbeit als „sozial und innovativ" bezeichnet werden kann.

Nähere Informationen: „Die Mitarbeit"
Diesbergstr. 60
6100 Darmstadt
☎ (06151) 6 24 17
Projektbeauftragte:
Karin Amstutz

AGHT - Kursfahrplan

Der Kursfahrplan 88 der Arbeitsgemeinschaft Hessischer Tagungshäuser und Bildungsstätten (AGHT) liegt vor: Eine zeitliche und inhaltliche Übersicht von Bildungsurlauben, Wochenendseminaren und anderen kreativen Freizeit- und Werkstattangeboten der in dieser AG zusammengeschlossenen Tagungshäuser und Bildungsstätten.

Die Häuser der AGHT bemühen sich neben der thematischen Bearbeitung von Inhalten immer auch um eine atmosphärische Gestaltung, die sowohl zwischenmenschliche Begegnung als auch ökologisches Lernen ermöglicht.

Der Kursfahrplan ist erhältlich bei:
AGHT-Geschäftstelle
„Alte Kelterei"
Kasseler Str. 20
6322 Kirtorf-Arnshain
und den der AGHT angeschlossenen Tagungshäusern.

Umweltausstellung in Marburg

Knapp 2000 interessierte Besucher hatte die ÖI-Umweltausstellung, die in Marburg stattfand. Über 40 Aussteller - von der Vollkornbäckerei bis zum Hersteller von Sonnenkollektoren - informierten über konkrete Möglichkeiten, umwelt- und menschenfreundliche Produkte zu nutzen und die Lebensführung darauf einzurichten.

Ein Ziel der Ausstellung war es, die Anbieter in diesem Bereich zusammenzuziehen, um so dem Verbraucher eine konzentrierte und ausgewählte Übersicht über umweltfreundliche Produkte und Technologien geben zu können, mit gleichzeitiger Möglichkeit, diese zu testen. So konnte man sich vor Ort von der Schmackhaftigkeit der Vollwertkost überzeugen, das Angebot an Naturkosmetik und umweltfreundlichen Wasch- und Putzmitteln überprüfen oder sich über die Möglichkeiten informieren, durch gezielten Einkauf entsprechend verpackter Produkte eine Menge Haushaltsmüll zu vermeiden. Darüberhinaus wurden an den Ständen der Umweltämter, der Stadtwerke oder der Verbraucherberatung konkrete Tips gegeben, z.B. stellte das Umweltamt des Kreises Marburg-Biedenkopf ein computergesteuertes Beratungskonzept vor, das Möglichkeiten der Energieersparnis im privaten Haushalt aufzeigt und die damit verbundenen Baukosten errechnet.

Großen Zulauf fand auch das Rahmenprogramm der Ausstellung. Ein Vortrag über natürliche Wasch- und Putzmittel mußte wegen des großen Andrangs sogar wiederholt werden. Ein weiterer Vortrag informierte über den aktuellen Stand der Ökobankgründung und ihre zeitlichen Verzögerungen.

Filme informierten u.a. über die Problematik der Atomtechnik oder über die Probleme der bestehenden landwirtschaftlichen Produktionsweise und die Möglichkeiten des biologischen Landbaus. Diesen Problembereich griff ein Vortrag auf, der die Möglichkeit einer Umstellung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2020 diskutierte.

Als die Attraktion für die Kinder erwies sich eine Fahrt auf dem Solarmobil „Lumuckl", das von einer Kasseler Gruppe gebaut worden war.

Man darf gespannt sein auf die Ö 2-Umweltausstellung im Oktober 1988.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Mut der Gewerkschaften ist gefragt

Redaktion Rhein/Main Daß die NEUE HEIMAT mit ihrer verfehlten Geschäftspolitik einen nicht unerheblichen Flurschaden angerichtet hat, ist spätestens seit Erscheinen der CONTRASTE-Ausgabe Mai '87 bekannt. Im Folgenden macht Gert Behrens einen nicht von der Hand zu weisenden Vorschlag zur Wiedergutmachung, bei dem die Ökobank eine nicht unerhebliche Rolle spielt.

Gert Behrens

Die Ankündigung des Bundesfinanzministers Stoltenberg, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) abzuschaffen und lediglich die Genossenschaften, die bisher nach dem WGG steuerbefreit waren, in dieser Steuerbefreiung zu belassen, ist das letztlich konsequente Ergebnis einer stragegisch falschen Politik des Gesamtverbandes der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, verschärft durch die Vorgänge um die NEUE HEIMAT.

Beim sich jetzt abzeichnenden Lamento des Gesamtverbandes übersieht er, daß die gemeinnützige Wohnungswirtschaft nach dem Kriege eine Reihe von historischen Fehlern begangen hat, die durchaus zum Vergleich mit Problemen auf anderen Gebieten herausfordern. Ist nicht die Frage berechtigt, ob die gemeinnützige Wohnungswirtschaft Nutznießerin der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 war? Rechtlich, weil sie nach Kriegsende die Ergebnisse der Zwangsvereinigung vieler gemeinwirtschaftlicher, gemeinnütziger, besonders aber gewerkschaftlich orientierter Wohnungsunternehmen und Genossenschaften nicht rückgängig gemacht hat; faktisch, weil sie den Auftrag des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes zur Baupflicht (der noch in der Begründung des Regierungsentwurfes im Jahre 1928 nicht als quantitativer sondern qualitativer bezeichnet wurde) aus dem Druck der Aufbaunotwendigkeit fast ausschließlich quantitativ erfüllt hat.

Fatal an dieser Entwicklung ist, neben dem - ob zu Recht oder zu Unrecht - durch die NEUE HEIMAT ramponierten Image der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, daß von den Altgenossenschaften keine Politik zu erhoffen ist, die auf eine weitere Verbreitung dieser demokratischen Wirtschaftsform zielt. Im Gegenteil: Ist nun doch die bisher bestehende Kluft zwischen den genossenschaftlich organisierten gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und denen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft endgültig beseitigt; mit der Konsequenz, daß sich die Kapitalgesellschaften - mit welchem Erfolg auch immer - ungeniert der Verwertung ihres gemeinnützig erworbenen Kapitals hingeben und die Genossenschaften ihren „Selbstversorgungsauftrag" in der Gemütlichkeit abgeschlossener Zirkel weiter pflegen können.

Von gewerkschaftlicher Seite wird offiziell die Aufgabe der Gemeinwirtschaftsidee erklärt, so als wäre der „Fall NEUE HEIMAT" ein Betriebsunfall, der lediglich zur Erkenntnis geführt habe, daß die Gemeinwirtschaftsidee nicht zeitgemäß sei.

Hier stellt sich die Frage, ob dem etwas entgegenzusetzen ist. Mein Vorschlag lautet: Die Gewerkschaften sollten den Mut haben, angesichts der bisher schon aufgewendeten dreistelligen Millionen-Beträge und vermutlich noch aufzuwendender größerer Beiträge zur Liquidierung des NH-Konzerns, ein Zeichen zu setzen. Wie könnte ein solches Zeichen aussehen?

Warum sollte es nicht möglich sein, im Zuge der immer schwieriger werdenden Liquidierung des NH-Konzerns einen Betrag zur Verfügung zu stellen, der es den NEUE HEIMAT-Mietern ermöglicht, aus ihren Beständen Genossenschaften zu bilden? Vorstellbar wäre z.B., daß die BGAG (die Wirtschaftsholding der Gewerkschaften) der Ökobank (von der man eine konzeptionell zwischen der GLS-Bank und den Volksbanken stehende Geschäftspolitik erwarten darf) ein zinsloses Darlehen in Höhe von z.B. DM 100,00 Mio mit der Auflage zur Verfügung stellt, diese Mittel sich neu bildenden Genossenschaften aus den NH-Beständen als eigenkapitalersetzende Finanzierung bereitzustellen. Warum Ökobank? Weil ich davon ausgehe, daß die Personen, die in, um und neben der Ökobank agieren, diejenigen sein werden, die die größten Erfahrungen mit „neuen Organisationsformen" haben. Aber auch, weil sie in ihrer Gründungsphase mit mehr Einsatz, vielleicht auch mit mehr „Selbstausbeutung", also mit dem Elan des Pioniers mehr organisieren werden „als Geld und Zinsen". Warum Genossenschaften? Weil die NEUE HEIMAT weiß, daß ihr „Vermarktungskonzept Eigentumswohnungen" den entscheidenden Fehler jedes Sommerschlußverkaufs mit winterlichen Temperaturen hat, entweder die Ware verschleudern zu müssen oder auf nicht unerheblichen Restposten sitzen zu bleiben. Warum kann die NEUE HEIMAT das nicht selbst bewerkstelligen? Weil das Vertrauen in die NEUE HEIMAT als fairen Geschäftspartner so schnell kaum zu reparieren sein dürfte.

Mit einem Aufwand von beispielsweise DM 100,00 Mio, die für einen Zeitraum von 25 Jahren, also bis zur Tilgung der normalen Finanzierungsmittel, zins- und tilgungfrei herzugeben wäre, verschenken zwar die Gewerkschaften den Zinsgewinn aber sie erwerben sich dadurch einen doppelten Gewinn auf andere Weise: 1. Durch ein klein wenig Zuwachs an Glaubwürdigkeit und 2. durch eine vernünftige, dem Schutz der Mieterinteressen dienende Organisationsform. Nicht zuletzt - im Zuge wachsender Dauerarbeitslosigkeit ein nicht zu vernachlässigender Gesichtspunkt: die so ins Leben tretenden Genossenschaften könnten auch Arbeitspotentiale freisetzen.

Selbstverwaltete Betriebe in NRW Nachfolgestudie hat begonnen

Im April 1984 gab es in NRW ca. 800 alternative Betriebe mit 5200 MitarbeiterInnen. Bei stabilen Wirtschaftsbedingungen ist in den letzten vier Jahren, schon wegen der geburtenstarken Jahrgänge, die Zahl möglicher BetriebsneugründerInnen gewachsen.

Gibt es inzwischen auch mehr Selbstverwaltungsunternehmen mit demokratischen Entscheidungsregeln, kollektiven Eigentumsregelungen und ökologischer Produktionsweise? Oder werden sie durch privatwirtschaftliche Kleinstunternehmen verdrängt, da viele das Risiko scheuen, ohne Chef und ohne feste Strukturen zu arbeiten?

An diesen Fragen arbeitet eine Forschungsgruppe an der Uni Wuppertal zusammen mit weiteren regionalen Untersuchungsteams. Dazu sollen im Jahr 1988 Kurzfragebögen verschickt und telefonische Kontakte aufgenommen werden.

Anfragen, Hinweise, Bestellungen einer Kurzfassung der 84er Studie oder des neuen Untersuchungsansatzes an:
Forschungsgruppe SVB in NRW
c/o Universität Wuppertal
FB 1 (Wolfgang Beywl)
Gaußstr. 20
5600 Wuppertal 1
Auftraggeber der Untersuchung ist die Gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen mbH (G.I.B.)
ProjektteilnehmerInnen: Wolfgang Beywl, Udo Schramm, Stephanie Jentgens, Wolfgang Helmstädter

10 Jahre Aucoop Bremen

Seit zehn Jahren gibt es in Bremen die Handwerks- und Ausbildungskooperative „Aucoop". Aus diesem Anlaß hat die Kooperative ein Buch herausgegeben, das die Entwicklungsgeschichte der „Aucoop" aufzeigt, die verschiedenen Handwerksbetriebe und die überbetrieblichen Ausbildungsprojekte vorstellt sowie die äußeren und inneren Strukturen des Kollektivs analysiert. Es zeigt sich, daß Selbstverwaltung und Selbsthilfe, wie von der „Aucoop" praktiziert, oft eingeklemmt ist zwischen eigenen Ansprüchen und Systemzwängen von Markt und Staat.

Zu beziehen über:
Aucoop, Handwerks-und Ausbildungscooperative, Bremen e.V.
Weberstr. 18
2800 Bremen 1
☎(0421) 7 30 60
Preis: DM 10,-.

Modell Salzmannbau Düsseldorf

Seit Jahren ist die Umnutzung ehemaliger Gewerbegebäude für Wohnzwecke, soziale Zentren oder neue gewerbliche Nutzungen ein wichtiges Thema der Stadterneuerung. Weitgehend neu ist dagegen die Praxis, den Umbau alter Gebäude auch mit sozialen Innovationen zu verknüpfen. Für den Umbau des denkmalgeschützten „Salzmannbaues" in Düsseldorf-Bilk wurde jetzt ein detailliertes Trägermodell entworfen, das eine stufenweise Entwicklung von Mitbestimmung und Selbstverwaltung bis zu eigentumsähnlichen Rechten der Nutzer bzw. Mieter vorsieht; ein Konzept, das möglicherweise beispielgebend für andere Stadterneuerungsprojekte werden kann. Die Landesentwicklungsgesellschaft NRW (LEG) will den Salzmannbau von der jetzigen Eigentümerin, der Stadt Düsseldorf, übernehmen und ist bereit, mit diesem Projekt ein Experiment einzugehen.

Seit Dezember liegt das Modell in schriftlicher Form vor. „Mitbestimmung und Selbstverwaltung. Trägermodell „Salzmannbau" nennt sich die Broschüre, die gemeinsam von der WohnBund-Beratung NRW und dem Verein „Leben in der Fabrik" verfaßt wurde. Im Verein sind die zukünftigen Nutzer des Gebäudes (aus den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Kultur) organisiert.

Die 30-seitige Konzeptbroschüre kann gegen Übersendung von vier Mark (Scheck oder Briefmarken) angefordert werden bei:
WohnBund-Beratung NRW
Essener Str. 237
4225 Bottrop
☎ (02041) 6 14 00

Hamburg, Schanzenstr. 41a : Besetzt

Vor und nach der Legalisierung

Red. Hamburg Nur kurz erfreute sie sich der Aufmerksamkeit der Medien, die Besetzung der Hinterhäuser in der Hamburger Schanzenstr. 41a im Juni 1987. Die überraschend schnelle Einigung mit dem Besitzer und die Dynamik der Ereignisse in der Hafenstraße verdrängten das zweite ehemals besetzte Projekt der Freien und Hansestadt aus den Schlagzeilen. Wir zeigen, wie die neue Eigentümerin, die „Schanze e.G.", mit ihrem Besitz fertig wird und lassen die Bewohner zu Wort kommen (Meyer, Schulz). Die Eindrücke aus der „Sicht eines Nachbarn" (Den letzten Anstrich) erheben keinen Anspruch auf historische Wahrheit und Vollständigkeit.

Meyer, Schulz, Neumann und Konserven

das sind wir, die BesetzerInnen der Schanzenstr. 41a, einem malerischen, im Moment allerdings ziemlich vermüllten Hinterhof mit 7 Terrassenhäusern und einer Ruine (die wollen wir mal mit Glas überdachen und ein Kommunikationszentrum draus machen). Dieser Gebäudekomplex aus dem Jahre 1850 wurde durch das von der Stadt Hamburg begünstigte Spekulantentum des ehemaligen Eigentümers Rebien dem Verfall überlassen und entmietet. Um dieser Zerstörung billigen Wohnraums Einhalt zu gebieten, besetzten wir unter dem Motto „Hafen bleibt, Schanze kommt" die Häuser vor einem halben Jahr.

Nach 3-monatigem Räumungsdruck mit vielfältigen bunten Aktionen wurde Rebien weich. Er verkaufte seine Häuser an eine gerade erst gegründete Genossenschaft, die bekundete, sämtliche Häuser zu erhalten und mit uns Gesamtnutzungsverträge abzuschließen.

Aber damit hört der Häuserkampf nicht auf. Als erstes müssen wir die zerstörten Wohnungen notdürftig wiederherrichten, um einigermaßen über den Winter zu kommen, d.h. Dach, Fenster, Treppen, Bäder und Elektrik wieder herrichten und Öfen rankarren. Nebenbei läuft die Anpassung der Häuser an unsere Wohnbedürfnisse. Jede Menge Arbeit, jede Menge Kohle tut Not (ach ja, hier direkt unser **Spendenkonto:** Nr.4674 56-201, c/o Lothar Taubert, Postgiroamt Hamburg).

Sogar die Soziempfänger müssen um das ihnen zustehende Geld kämpfen, weil wir der Stadt nicht ins Bild vom schönen sauberen Hamburg passen. Und auch die Instandsetzungskohle verweigert sie uns (noch?!). Obwohl sie über das Wohnungspflegegesetz hinweggesehen hat, will sie sich aus ihrer Verantwortung stehlen und uns die Geldmittel nicht zur Verfügung stellen. Vielmehr sollen wir die Schäden, die Rebien mit Billigung verursacht hat, ausbaden. Aber das lassen wir nicht mit uns machen.

Nun endlich zu uns: Heut'-Nacht ist es endlich mal ruhig in der Schanze. Keine Punk-Mukke, keine Klassik, kein Holzhacken, keine ausrastenden Leute dröhnen über den Hof. Oh welch ein Leben, welch ein Nerv, hier sind wir nämlich gleich bei einem der Probleme, mit denen wir uns Tag für Tag beschäftigen.
WIR ???

Wer sind wir eigentlich?

Naja, ein bunter Haufen von 60 Leuten, von 15-35 jährigen (Oh, 2 Kinder sind auch schon da), von BayerInnen bis OstfriesInnen, von Intellallies bis Kopflosen, von Suffköppen bis Anti-Drogen-Fraktion, von KünstlerInnen bis KulturbanausInnen, Punks, Freaks und Hippies, die sich gerade erst kennenlernen: Konflikte sind vorprogrammiert! Vor lauter Auseinandersetzungen kommen wir kaum zur Ruhe. Deshalb greifen viele gern zu Drogen (wir sind auch grad'Hölle breit) und einige rasten tierisch aus. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Es ist uns aber auch schon zu Ohren gekommen, daß einige auf märchenhafte Art diesen Kreis durchbrochen haben. Es besteht also immer noch die Chance, daß sich hier selbstbestimmtes Leben entwickelt, also daß wir lernen, Eigenverantwortung zu übernehmen und auch die Bedürfnisse der anderen zu akzeptieren, frei nach dem Motto „Was du nicht willst, was mensch dir tu, das füg auch keiner anderen zu, oder für Intellallies, „Wir sind alle grenzenlos frei, wenn unsere Freiheit da aufhört, wo die der andern anfängt -denn da, wo wir das nicht auf die Kette kriegen, ist die Macht schon angefangen. Macht, weil Du besser reden kannst, Macht, weil Du besser hauen kannst, Macht, weil Du mehr Wissen hast, Macht, weil Du lauter schreien kannst oder Macht, weil Du dir mehr Verantwortung reinziehst, eben jene, die andere abgeben (wie überall in dieser Gesellschaft).

Zuerst hatten wir noch eine Küchenfee, die uns umsorgte und umhegte, aber dann, „keinen Bock mehr drauf". Wir wollen uns selbst organisieren, auch wenn wir es uns damit nicht leichter machen, jedenfalls erst mal, und auch wenn es auch nicht immer klappt.

Und so machen wir Woche für Woche unser Gesamtplenum, mit mehr oder weniger Leuten, mit mehr oder weniger Erfolg, je nachdem, wie es gerade läuft. Unser Gesamtplenum, jetzt, da wir die geniale Rechtsform einer GbRmbH haben, Gesellschafterversammlung genannt, ist das einzig bestimmende Palaver, auf dem unsere Entscheidung nach dem Konsensprinzip gefällt werden. Dazu gibt's dann noch das Hausplenum, für jedes Haus werden hier Vordiskussionen geführt und hausinterne Probleme geklärt. ...und überhaupt reden wir jede Menge, gegeneinander, aneinander vorbei aber auch miteinander. Und wir prügeln uns, umarmen uns und küssen uns (letzteres noch etwas zu wenig).
Wir haben noch viel voneinander zu lernen!

Den letzten Anstrich vor 48 Jahren...

Eindrücke aus der Sicht eines Nachbarn

Detlef Weiher

Besuch aus Berlin rief bei einem Blick aus meinem Fenster spontan: „Das sieht ja aus wie in Kreuzberg!" Was hier im Hamburger Schanzenviertel an den heißgeliebten Berliner Schmuddelstadtteil erinnert, sind zwei dreigeschossige, im stumpfen Winkel abknickende Hinterhäuser, in Hamburg etwas irreführend „Terrassen" genannt. Terrassen entstanden meist zum Ende des letzten Jahrhunderts. Sie sollten der schnell wachsenden Hafen-und Industriearbeiterschaft billigen Wohnraum bieten, billig auch für die Erbauer dieser „Schlichtwohnungen". Eng, dunkel, feucht, dürftige sanitäre Anlagen, der Vergleich zum Kreuzberger Milieu ist so falsch nicht. Handlungsmaxime der Stadt Hamburg im Zuge der Altstadt-Sanierung ist die „Entkernung" von Hinterhöfen, sprich der weitgehende Abriß solcher Terrassen.

Seit über drei Jahren starren mich schwarze, nur von grauen Zementflicken und schiefen Fenstern unterbrochene Wände an. Schwarz durch den Brandschutzanstrich, den diese Häuser seit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges tragen. Die Farbe muß von guter Qualität gewesen sein, denn seitdem ließ der Eigentümer nichts mehr an der bröckelnden Fassade machen. Das gleiche Schicksal hatte auch das Dach zu ertagen. Dick bemooste Pfannen, eingeflickte Stellen, Tribut an die Kraft jahrzehntelang ertragener Stürme, verraten ihr Alter durch die unterschiedlichen Rot-Tönungen. Abgeknickte, im Wind pendelnde Antennengerippe, bei Regen läuft das Wasser aus den morschen Dachrinnen an den Wänden hinunter. „Das wird mal abgerissen", hieß es schon damals, „da wird nichts mehr dran gemacht." Gewundert habe ich mich nicht. Bewohnt waren die Häuser nur zum Teil, meistens von Ausländern. Im Sommer erkannte ich die belegten Wohnungen an den Unmengen von Wäsche, die Kopftücher tragende Frauen an die Trockengestelle vor den Fenstern hängten. Im Winter verrieten sich die Bewohner durch die Eisblumen an den Fenstern, die auch tags nicht abtauten. Derweil kroch der strenge Frost die schwarzen Mauern hoch und verlieh ihnen einen silbrigen Schimmer aus Eiskristallen.

Nein, wohnen wollte ich dort nicht in dieser Bruchbude. Der Abriß war genehmigt und für August letzten Jahres vorgesehen. Die letzten zwei Mietparteien bereiteten sich auf den Auszug vor, da stand eines morgens Ende Juni ein Tisch mit einer Sammelbüchse, ein paar Flugblätter vor der Hofeinfahrt zu den Terrassen. Eigenwillig gestylte Leute hatten ein Transparent angebracht: BESETZT! Politisch sonst gut unterrichtete Leute aus dem Viertel waren irritiert, wußten sie nicht, aus welcher - politischen Ecke die Besetzer stammten. Die = friedliche - Räumung ließ nicht lange auf sich warten, die erneute Besetzung ebenfalls nicht. „Uns die Häuser und den Sommer" und „Hafen bleibt - Schanze kommt" sprühten die Besetzer selbstbewußt an die Mauern. Bei aller Sympathie, ich gab der Besetzung keine Chance, das hätte drei, vier Jahre früher passieren müssen. Die Häuser waren verfallen, Abrißgenehmigungen lagen vor, ich konnte mir nicht vorstellen, daß die Gruppe außer Spontanität auch ein Nutzungskonzept besaß. Besaß sie auch nicht, aber Durchhaltevermögen, Phantasie und das Glück, in einem günstigen Augenblick die Initiative ergriffen zu haben.

Ein Nervenkrieg begann. Jede Nacht sammelten sich Trauben von Besetzern, Sympathisanten und Neugierigen vor den Häusern und auf der Straße, argwöhnisch beobachtet von Polizei in voller Kampfmontur, die sich in Gruppen an den Kreuzungen aufgebaut hatte. Provokationen, kleine Scharmützel, Übergriffe der Polizei führten zu Verletzten und zu Glasbruch in der Buchhandlung gleich um die Ecke, meinem Arbeitsplatz. Jede Nacht durch Polizeiketten nach Hause, ich konnnte dieser Revolutionsromantik wenig abgewinnen.

Eine Volxküche eröffnete, Essen für ne' Maak, durch die sonst so tristen Hinterhöfe dröhnte Punkmusik. Die Leute werden mehr, jünger, bunter. Jeden Abend Fete, besonders am Wochenende kommen die schwarzen Schafe gutbürgerlicher Familien aus den besseren Stadtteilen der Elbvororte und dem feinen Poppenbüttel zur Sause ins befreite Schanzenviertel. Das fehlende Geld wurde durch die erprobte Methode „Haste ma ne Maak ..." verdient, die zerbeulten Bierdosen am nächsten Morgen schaffte die Stadtreinigung beiseite. Ich suche mir einen anderen Weg zum Supermarkt.

Das Unmögliche geschieht. Engagierte Leute aus dem linken Spektrum gründen in aller Hast eine Genossenschaft, die „Schanze e.G.", die die Häuser für die Besetzer kaufen soll. Der Eigentümer, der diesem schlagzeilenträchtigen Besitz nichts mehr abgewinnen kann, einigt sich überraschend schnell mit den Jung-Genossen. Auch ein Dachstuhl-Brandstifter kann die Legalisierung der Häuser nicht mehr verhindern. Ganz ohne Staat, oder gerade deswegen, konnte innerhalb von nur zwei Monaten etwas geschaffen werden, wofür an der Hafenstraße sechs Jahre gekämpft wird, und das fast in einer Schlacht geendet wäre.

Die Häuser bleiben stehen, ich zähle abends die wachsende Zahl der erleuchteten Fenster, Zeichen für die Wiederbelebung. Die Attraktion des Sommers fordert jetzt harte Arbeit von den Bewohnern, Winterfestmachung. Die Geschäftsleute in der Schanzenstr. haben sich mit den behaupteten Einbußen abgefunden. Und ich muß mich darauf einstellen, daß die Sonne weiterhin pünklich am 15. November hinter dem First der ehemals besetzten Häuser verschwindet und erst im Februar wieder auf meinen Frühstückstisch scheint.

Schanze hat Chancen wahrgenommen

Red. Hamburg Spätsommer im Schanzenviertel, und eine Besetzung. Bunte Lappen „Info-Café" und „Das ist unser Haus", das Besetzer-Café hat Ruhetag; ganz Hamburg schiebt sich durch den Torbogen in den Hinterhof, am Betonklotz vorbei, der die ungebetenen Gäste fernhalten soll. Im Eingang steht ein Tisch, darauf eine Blechdose für Spenden. Ein Hund spielt, jemand spannt Stacheldraht auf der Mauer zum Nachbargrundstück „Hamburger Hof", eine nach Mehrheitskultur aussehende Frau kommt mit einem Einkaufskorb voller alltäglicher Lebensmittel, klönt kurz mit einem der jungen Leute, geht in ihre Wohnung. Todschicke Eppendorfer in Leinen und Leder schlendern freundlichen Blicks durch den Hinterhof, interessiert in die offenstehenden Fenster blickend; Musikfetzen, jemand setzt eine Glasscheibe in einen Fensterrahmen ein.

Ingrid M. Buchwieser

Der Hinterhof ist heute eng, grau, wäre nicht das bunte Leben. Die Gebäude sind schmutzig-dunkel; die Zimmer in den besetzten Häusern sind klein, das Treppenhaus eng. Blümchentapeten und heruntergerissene Leitungen, verzogene Fensterrahmen und kaputte Waschbecken sieht man beim Blick durchs Fenster. Fachleute diagnostizieren einen Reparaturstau von 1600,- DM/qm.

Die Leute, viele in schwarz, viele mit bunten Haarsträhnen, sind „gut drauf" - lässig-freundlich, irgenwie selbstverständlich als seien sie dort schon ganz lange, es geht lustig zu, offen. „Haste gut gemacht", und „Scheiße, Tadel" ist zu hören.

Stolz berichtet jemand, daß dies seine fünfte Besetzung sei. Nun - eine Besetzung ist erst mal eine nette Sache, und es gibt hier viele Wunden, in die man den Finger legen, auf die man aufmerksam machen kann: immer mehr billiger innerstädtischer Wohnraum geht verloren, jahrzehntelang werden die Mieten kassiert, aber nicht eine müde Mark in Substanzerhaltung investiert, in die nötigsten Instandhaltungen.

Die Leute fix und fröhlich

Beim nächsten Besuch ist das Info-Café geöffnet, es gibt Kaffee und Kuchen zu niedrigen Preisen. Der Kaffee ist prima, die Leute fix und fröhlich. Es ist Stadtteilfest, die Initiativen im Viertel stellen sich vor, haben Photos und Stelltafeln und Pellkartoffeln und eine Negerkusswurfmaschine - letzere ist urkomisch. An den Ständen werden ernsthafte Gespräche geführt, um den vielen Besuchern zu erläutern, was die Projekte machen. Volkstanzgruppen treten auf und ein Zauberer, und zwischendurch gibt's Rockmusik. Im Kaffeezelt sitzt man auf Biergartenbänken und kann sich ausruhen.

Mitten im Trubel findet ein Schanzen-Plenum statt; auf den Kantsteinen um eine Baumscheibe sitzend, wird heftig mit einem jungen Anwalt darüber debattiert, weshalb es nötig ist, sich „anders als durch bloße Verabredung" zu verfassen, und wie man das macht, ohne daß man vom Besetzer zum Vereinsmeier wird, und was nun mit den Mäzenen wird: haben sie Geld und bekommt es das Projekt und zu welchen Modalitäten, und ist die ins Auge gefasste Genossenschaft nicht doch ein ganz abgefucktes sozialdemokratisches Modell?

Das sind spannende Fragen, die so schnell natürlich nicht gelöst werden können. Viele Plena sind erforderlich. Sie sind immer am Dienstag und Sonnabend, häufig öffentlich, oft chaotisch und meistens gut besucht. Von ganz direkten persönlichen, privaten, ureigensten Vorstellungen, die erstaunlich offen geäußert werden, bis zu komplexen historisch-politischen Sachverhalten ist es ein erstaunlich breites Band von einzelnen Momenten, die ein Gesamtbild ergeben.

Alles deutet darauf hin: es gibt ein neues Hamburger Wohnprojekt! Eine interessante Entwicklung - wo der Besitzer doch die Hinterhofhäuser abreißen, das Vorderhaus luxusmodernisieren lassen wollte, die Abrißgenehmigung für die Terrasse lag schon vor! Das neueste, was in taz oder Hamburger Rundschau stand, war, jemand träumte von einer Kauflösung. Die kapitalistische Variante des Häuserkampfs?

Angst vor zweiter Hafenstraße

Es wird ein Stillhalteabkommen mit dem Besitzer geschlossen; Anwälte des Besitzers, Anwälte der Besetzer, und die Menschen, die schon lange darüber reden: eine Genossenschaft brauchen wir, die in dringenden Fällen schnell handelt, telefonieren und konzipieren und debattieren.

Nun ist Hamburg paralysiert durch „die Hafenstraße". Das Motto „Aussitzen" hat sich hier gar nicht bewährt, durch die mehr als fünfjährige Mut-, Konzept- und Entscheidungslosigkeit sitzt man vor einem Scherbenhaufen, und erst Dohnanys Kraftakt und Alleingang im November holt die Kuh vom Eis. Und alle haben Angst vor einer zweiten Hafenstraße - Banker, Politiker, Behördenvertreter, und jeder mit dem neuen Projekt in Verbindung Stehende weiß: es muß schnell gehen! Bloß kann es nicht so schnell gehen, wie Hausbesitzer, vor allem aber Innen- und Baubehörde sich das vorstellen. „Ein Hauskauf ist nicht wie Brötchen kaufen", meinte ein Anwalt treffend.

Das allerwichtigste ist nicht das Haus, sondern sind die Menschen, die darin leben wollen. Sie sagen defintiv: „Wir wollen hier unser Leben gemeinsam organisieren - Studenten und Künstler, Abiturienten und Heimkinder, Lehrlinge und Punks. Wir werden Nutzer, wir machen Winterfestmachung und im nächsten Sommer Instandsetzung - wir wollen aber nicht Besitzer werden, und Genossen oder Vereinsgründer schon gar nicht."

Am 11. August wird die „Genossenschaft Schanze" gegründet. Eine Woche später werden öffentlich in einem anderen selbstverwalteten Projekt, unter der Überschrift „Gemeinsam leben und arbeiten", im Jahre 1983 gestartet, die ersten Genossenschaftsanteile und ein kunterbunt besprühter Betonmischer der „Scene" übergeben: vom Ottenser Werkhof, von Drachenbau, vom Schröderstift und von der Donnerstraße kommen etwa fünfzehntausend Talerchen zusammen, die GAL Altona legt noch einen Tausender drauf, und gedacht ist das ganze als Starthilfe für eine breitere Werbung um Genossenschaftsanteile. Tatsächlich hat sich in der Zwischenzeit ein illustrer bunter Kreis auf dem Treuhandkonto eingefunden, und es ist schon denkwürdig, aus welchen Kreisen die Nachfragen nach dem entsprechenden Konto kamen.

Zu unpolitisch?

Erstaunlich bloß, daß sich diejenigen nicht so einbringen mochten, die eigentlich durch ihre Arbeit und Erfahrung dazu geradezu prädestiniert sein müßten: Netzwerker und Stattbau-Gesellschafter.

Auf einer Stattbau-Gesellschafterversammlung schlitterte man haarscharf an einem Eklat vorbei; statt den Geschäftsführer zu loben für sein Engagement in Sachen „Schanze", gab es Stimmen, die ihn rügen oder noch was Wilderes wollten - als ob die Szene nicht von den Leuten leben würde, die ihre Connections, ihr Wissen in ein halbes Dutzend Projekte fließen lassen - aber nie in eins! Zur Erinnerung: Stattbau ist der Alternative Sanierungsträger in Hamburg, im Dezember 1984 von den Autonomen Jugendwerkstätten, „Mieter helfen Mietern" und Netzwerk Selbsthilfe gegründet.

Ein Netzwerker besaß die Stirn, zu sagen, die Arbeitsgruppe Stattbau hätte sich für die Schanze nicht eingesetzt, weil „die Leute da nur lustig und fröhlich wohnen wollen und eigentlich kein politisches Projekt sind"

Darüber müßte man reden, über diese Meta-Ebene von „Politik", und nicht nur im Netzwerk, sondern auch mit GALiern, z.B. im Landesvorstand. Das Tun von Einzelnen und die Aussagen von Gremienvertretern klaffen auseinander. Im Netzwerk wird immer noch über den Beitritt zur Genossenschaft diskutiert, und obwohl einzelne Mitglieder inzwischen Anteile gezeichnet haben, auch ein gemeinsamer Besuch in der „Schanze" stattfand, fünfhundert Ditscher lockergemacht wurden für Brot und Nägel, hat sich der „Verein zur Förderung alternativer und politischer Projekte" zu einem Beitritt noch nicht entschließen können - obwohl dieses Vorhaben doch mit den Netzwerk-Kriterien von modellhaft neuen Formen des Zusammenlebens, demokratischer Selbstverwaltung usw. eher harmonieren müßte als so manches andere, was Netzwerk heute fördert.

Nachwuchs wächst nicht auf den Bäumen

Ganz abgesehen davon, daß Netzwerk als Finanzier gefragt wäre, mit der breiten und tiefen Kenntnis über Rechtsformen und Finanzquellen, Erfahrung mit Direktkreditvermittlung und Überblick über ähnliche Projekte, könnte ein wichtiger Beitrag geleistet werden beim Aufbau eines neuen Vorhabens, und die Frage stellt sich, ob nicht auch die Vermittlung der Idee und Geschichte der Selbstverwaltung und Alternativökonomie, und auch praktische Entwicklungshilfe auf diesem Sektor nicht nur interessant ist für die neuen Ex-Besetzer, sondern auch ein spannendes neues Feld wäre für die Netzwerkarbeit, denn der alternative Nachwuchs wächst ja nicht gerade auf Bäumen, und es ist keineswegs so, daß Netzwerk von neuen Gründern mit interessanten und wirklich förderungswürdigen Absichten mit Pep die Bude eingerannt wird.

Daß die Stattbau GmbH besteht, mit ihrem Apparat, ihren Verbindungen, ihrer interdisziplinären Manpower war eine der Voraussetzungen für das Gelingen, noch dazu unter dem eminenten Zeitdruck. Witzigerweise kam viel Verständnis aus Kreisen von sehr etablierten, ja eher konservativen Menschen, von Seiten solcher Behörden, mit denen man sonst nicht gerade im besten Einvernehmen Umgang pflegt - aber natürlich gab's, eher auf der unteren Ebene oder in Bankkreisen, auch viel „präventive Gehorsamkeit" - so nach dem Motto „wollen hätten wir schon mögen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut" - fehlende Zivilcourage halt einfach. In manchen Momenten, gerade, als Kreditzusagen unter der Voraussetzung der Erfüllung bestimmter Bedingungen, z.B. eines Nutzungs-Vertrages zwischen Genossenschaft und Ex-Besetzern auf dem Tisch lagen, wurde die Ökobank herbeigesehnt - gab's doch tatsächlich die verrückte Situation, daß lediglich eine abwickelnde Bank gesucht wurde!

Bei genauem Hinhören auf die sonstige Banken-Argumentation (keine inhaltliche Bewertung - als Bank haben wir lediglich die Aufgabe der Finanzierung!) und ihr sonstiges Engagement fällt hier doch der fehlende Pragmatismus auf.

„Komm, setz Dich!"

Und dann hat doch noch alles geklappt, hat sich die Allianz aus Geld und Rat, Erfahrung, Connections in dieser und jener Szene, das Verfolgen der juristischen wie der politischen Linie gelohnt - am 8. September 1987 wurde der Kaufvertrag für die Schanzenstraße 41a in einem Hamburger Notariat unterzeichnet.

Und wieder ein Besuch in der Schanze; im Torbogen steht ein gelbes Sofa, in großen Buchstaben steht darauf „Komm, setz Dich!". Es ist Samstag Mittag. Der türkische Obst- und Gemüsehändler bringt Weintrauben. Das Plenum dabattiert über Elektroinstallationen und Brennmaterial. Etwa 60 Erwachsene und ein Baby leben nun hier. Das Nutzungskonzept, die „Verfassung", muß dringend verabschiedet werden - wird's eine GBRmbH? Könnte es sein, daß dieses Projekt den Auftakt für eine nicht große, aber größere Kommunikation gebracht hat? Daß sich die großen Hamburger Projekte gemeinsam mit Stattbau und dem jüngsten Sproß „Schanze" um eine eigene Energieversorgung mittels BHKW's (=Blockheizkraftwerk; Prinzip: Kraft-Wärme-Koppelung, d.h. beim Stromerzeugen entsteht Wärme, also hat man elektrische und thermische (=Wärme) Energie in einer Anlage erzeugt) kümmern, um Einbindung in ihrem Viertel, und sei's um Knöterich-Ableger zu verschenken, und um den Bau und die Demonstration von Regenwassersammlern, z.B. für die Waschmaschinen- und Toilettenversorgung?

Letzte Woche, bei einem Treffen von Menschen der „interdisziplinären Gewerbehöfe" verabschiedete sich M. aus Karlsruhe mit den Worten: „Kommt gut durch den Winter." Voilà, und dann laßt es Frühling werden.

Die Schanze

Übersicht

Schanzenstraße 41a in Hamburg, Stadtteil „Schanzenviertel" (Schlachthof, in der Nähe befinden sich das Messegelände und der große Park „Planten un Blomen"; das Schanzenviertel ist Sanierungsgebiet. Große Betriebe gehen in den nächsten Jahren von hier weg: Gewürz Laue, die Füllerfirma Montblanc, das Heizkraftwerk Kareline.)

Hier sind viele Kneipen und Restaurants, viele Initiativen; durch Sanierung ist das Quartier im Umbruch: höhere Mieten vertreiben Einkommensschwache, durch die Sanierung werden Betriebe ausgelagert, ungeklärte Fragen hinsichtlich der Nutzung des alten Flora-Theaters, der Schilleroper, des Laue-Betriebsgeländes, von Montblanc, dem Wasserturm im Sternschanzenpark, dem Hamburger Hof?

Schanzenstraße 41a = Terrassenbau: Vorderhaus mit Torbogen, dadurch erreicht man die Hinterhofhäuser. Vorderhäuser sind vollständig genutzt, Hinterhäuser sollen abgebrochen werden - Genehmigung liegt vor, es wird nur noch der Auszug der letzten Mietpartei abgewartet. Doch dann:

Juni 1987	Hinterhof besetzt
Ende Juni	Räumung
Anfang Juli 1987	Demo/Barrikade wird errichtet / Brandwache statt Besetzung
1. August 1987	Demo „Hafenstraße bleibt - Schanze kommt". Hinterher großes Hoffest
4. August 1987	Stillhalteabkommen, geduldete Brandwache zwischen Vertretern des Eigentümers und den Besetzern
11. August 1987	Gründung der Auffanggenossenschaft „Schanze"
18. August 1987	Öffentliche Übergabe der Genossenschaftsanteile von Sympathisanten der Szene, vor allem anderer Projekte im Ottensener Werkhof
8. September 1987	Unterzeichnung des Kaufvertrags, und somit geht die Arbeit richtig los: Nutzungskonzept / Geld / Winterfestmachung etc.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wer hat Angst vor'm schwarzen Mann?!

Schüsse in Frankfurt kein Ausdruck autonomer Politik

Red. Rhein/Main Die tödlichen Schüsse an der Startbahn-West belasten 'die Autonomen'- sowohl von außen als auch von innen. Nachfolgend der (berechtigte ?) Wutausbruch einer autonomen Frau und Auszüge aus einem Düsseldorfer autonomen Papier zur Gratwanderung zwischen sozialer Revolution und Barbarei.

Gabi Inden

Nach den Schüssen an der Startbahn sind die Autonomen endgültig ins passende Bild gerutscht. Da, wo früher Chaoten waren, sind jetzt Mörder. Die Presse informiert die Öffentlichkeit: unter Krimi heute Steineschmeißer, Plünderer, die, die den Staat kippen wollen, eine Handvoll Verbrecher ohne politisches Konzept, Chaoten und jetzt auch Mörder.

Würden die Zeilen für Sachlichkeit Startbahn, Wackersdorf, Waldsterben, Hafenstraße u.s.w. genutzt, brauchte es keine Vermummten zu geben. Jeder im bundesdeutschen Land würde sich persönlich bedroht fühlen und auf die Straße gehen. Aber es geht uns ja immer besser, die Dritte Welt ist weit weg und Tschernobyl liegt nicht in Deutschland.

Was wollen also die Chaoten? Es gab doch jetzt erst ein Gipfeltreffen; da wird doch für den Frieden gesorgt. Immerhin werden jetzt 3 % der stationierten atomaren waffen verschrottet. Wer weiß schon, daß die Schokoladenteller vom Weihnachtsmann so verstrahlt sind, daß vom Verzehr abgeraten werden müßte? Bevor wir unsere Idylle aufgeben, stopfen wir die Kinder mit dem Zeugs voll; schließlich sitzen ja auch GRÜNE im Parlament, die kümmern sich schon um die Umwelt und die Demokratie so wie die Gewerkschaften um Arbeitsplatzbedingungen. Und Kreuzberg dieses Jahr, das waren auch wieder nur die Chaoten, das war keine Eskalation von jahrelangen sozialen Mißständen.

Es ist wirklich alles in Ordnung, wir sollten beruhigt sein und uns auf Politiker und Presse verlassen, distanzieren von dem Mörder an der Startbahn, arbeiten wenigstens in Selbstverwaltung und früh ins Bett gehen. Und die, die immer noch an die Startbahn laufen, gehören zu dem Mörderpack. So stehn sie sich endlich gegenüber: Mörder gegen Mörder! Zur Auffrischung der Hirne: vor zwei Jahren wurde Günter Sare umgebracht.

Nach dem Tod der Startbahnbullen werden Leute verhaftet, die nach dem Gesetz höchstens Zeugenaussagen leisten müßten, die bedroht werden mit Erschießung oder Vergewaltigung, die in Zellen gesteckt werden und rauskommen ohne Schuhe z.B., die von der Arbeitsstelle weg verhaftet werden und dadurch ihren Job verlieren.

Natürlich geschieht's dem Mörderpack recht; vielleicht sollte man sie doch alle in ein Stadion stecken...

Aber jetzt etwas sachlicher

Zur Darstellung der Situation Auszüge aus einem Düsseldorfer Autonomen-Papier:
Neben der Betroffenheit über die Schüsse an der Startbahn steht für uns die Betroffenheit darüber, daß und mit welcher Selbstverständniskeit davon ausgegangen wird, daß „die Autonomen" hier die politische Verantwortung tragen. Klar ist, daß die Schüsse an der Startbahn von uns abgelehnt werden; viele von uns waren erschrokken, als sie die Nachricht hörten, und viele können sich nicht vorstellen, daß es Leute von uns gewesen sind. Warum und wie diese Möglichkeit dennoch nicht auszuschließen ist, dazu später.

Der Kampf, den die revolutionäre Linke hier und jetzt führt, ist in erster Linie ein politischer Kampf, muß es sein und wird es auch auf absehbare Zeit bleiben. Natürlich wollen wir eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft:

- weil wir sehen, daß dieses System Tausenden von Menschen tagtäglich Hunger, Folter und Vernichtung beschert.
- weil wir wissen, daß der relative Wohlstand der Industriestaaten auf Blut gebaut ist.
- weil auf der anderen Seite der heutige Kapitalismus wie kein anderes System in der Lage ist, oppositionelle Regungen zu integrieren - und wo das nicht geht, sie mit modernsten Mitteln auszugrenzen und zu vernichten; und daß dieses Konzept von Aussonderung und Integration gerade jetzt in einer Phase des Umbaus der Gesellschaft neue Aktualität bekommt.
- weil wir denken, daß der Kapitalismus nicht reformierbar ist und erst recht nicht freiwillig seinen Platz räumen wird.

Nur die Gewalt, die tatsächlich notwendig ist, um dieses System zu zerschlagen, können und müssen wir vertreten. Ihr Angriffsziel ist der Kapitalismus und nicht seine Helfershelfer, die zwischen uns und dem Feind stehen. Allein daraus folgt, daß die Schüsse in Frankfurt kein Ausdruck von autonomer Politik sein können.

Militanz muß nachvollziehbar sein

Militanz, die in der jetzigen Situation Sinn machen soll, muß nachvollziehbar sein, und zwar sowohl in ihren Inhalten/Hintergründen, ihrem Zeitpunkt, als auch in der praktischen Durchführung.
Ihre Aufgabe kann im Augenblick nur sein:

- den Hinweis auf die tatsächlichen Schweinereien durch materiellen Schaden zu verstärken, der in erster Linie politischer Schaden ist (Reagan-Besuche, Wackersdorf). Das heißt, bei allen Nacht- und Nebelaktionen bisher ging es darum, aufzuzeigen, wo die HERRschenden sitzen, was sie tun, wie sie arbeiten. Deswegen haben sich unsere Aktionsformen auch nie auf Zerstörung beschränkt, sondern gehörte z.B. auch die Veröffentlichung geklauter Akten dazu.
- ein System, das für gewöhnlich als übermächtig erlebt wird, angreifbar zu zeigen und damit überhaupt den Blick für die Chancen von Verweigerung und Widerstand zu öffnen.

Und um das auch klarzustellen: Wenn auf Demos Steine gegen die Fenster von Banken, Versicherungen, Daimler-Benz-Filialen etc., fliegen, soll das zeigen, wer die sind, gegen die da demonstriert wird. Oder anderstrum ausgedrückt: Die Bullen sind nicht unser Angriffsziel, aber sie schützen die HERRschenden und in dieser Funktion müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen.

Zusammengefasst heißt das: Wir versuchen und haben immer versucht, unsere Aktionsformen und Inhalte an der realen politischen Situation zu messen, in der Erkenntnis, daß revolutionäre Politik, bevor sie wirksam werden kann, in den Köpfen und Herzen der Menschen erst wieder als Möglichkeit verankert sein muß. Woraus klar wird, daß die Schüsse in Frankfurt weder Ausdruck noch Konsequenz autonomer Politik sind.

Tatsächlich mutet die Darstellung der Ereignisse aus mehreren Gründen merkwürdig an.

Einige Überlegungen zum „Tathergang":

Bei dem Versuch, uns vorzustellen, wie das abgelaufen sein soll, ergaben sich einige Schwierigkeiten. Da geht jemand - oder mehrere - mit Knarre und beträchtlichen Mengen Munition auf eine Demonstration, nimmt das Risiko in Kauf, abgegriffen zu werden und für Jahre im Knast zu landen, und mehr noch das Risiko, daß die Bullen zurückschießen und ein Gemetzel veranstalten. Beträchtliche Mengen Munition allein schon deshalb, weil, wenn auch nur vier Schüsse getroffen haben sollen, müssen wesentlich mehr abgegeben worden sein - in der Dunkelheit und aus einer Faustfeuerwaffe; außer es war John Wayne. Dann geht der Typ/ die Frau seelenruhig nach Hause - mit der Knarre - und hängt sie im Rucksack an die Garderobe wie John Wayne seinen Pistolenhalfter. Es findet sich hier eine gewisse Widersprüchlichkeit zwischen eisiger Kaltblütigkeit und kindlichster Naivität. Verwunderlich finden wir auch die auf der einen Seite sich völlig widersprechenden Angaben, z.B. auch über das Scharfschützenkommando und auf der anderen Seite die Klarheit und Sicherheit, mit der innerhalb kurzer Zeit Andreas als Täter präsentiert wird.

Das Einräumen der Möglichkeit, daß der Staatsschutz da seine Finger drin hat, ist so abwegig nicht - wenn auch zugestanden werden muß, daß hier eine völlig neue Qualität auftaucht. Erinnert sei nur an das Celler Loch, den SchmükkeÆ-Mord, an das Oktoberfest-Massaker. Und es sei die Frage erlaubt, wem die Schüsse von Frankfurt eigentlich nützen.

Schon lange nicht mehr isoliert

Wir sehen uns vor einer Situation, in der das Einführen neuer Repressionsmaßnahmen vorbereitet wird: die Sicherheitsgesetze, Vermummungsverbot, möglicherweise Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparagraphen, der schon die Teilnahme an illegalen - für illegal erklärten - Demonstrationen zum Verbrechen erklärt. Zudem sehen wir wesentlichen Veränderungen der Produktions- und Verwertungsbedingungen entgegen, was Aussonderung für viele bedeuten wird und was Widersprüche zum Staat verstärkt oder neu entstehen läßt. Auf der anderen Seite sind wir Autonomen - obwohl uns zweifellos noch Massenwirksamkeit fehlt - schon lange nicht mehr so isoliert, wie das Lochte, Cohn-Bendit (wobei ersterer noch intelligenter ist als letzterer), GRÜNE und Konsorten gerne hätten und behaupten (siehe Hafenstraße).
Tatsächlich ist in den letzten Jahren bei vielen Menschen ein Interesse an unserer Sicht der Dinge entstanden über

- unsere Beteiligung an Massenbewegungen
- das Aufgreifen der Asyl- und Migrationsproblematik
- die in vielen Städten maßgeblich von Autonomen getragene Diskussion um die Volkszählung und Informationstechnologie allgemein
- die von autonomen und anderen Frauen getragene Kampagne gegen Gen- und Reproduktionstechnologie

Wir haben uns bemüht, militante Politik und ein grundsätzlich ablehnendes Verhältnis zum imperialistischen System wieder diskutierbar zu machen.

Wenn auch die Folgen der Frankfurter Vorgänge bislang noch überhaupt nicht absehbar sind, einiges läßt sich jetzt schon sagen: Autonome Inhalte und Praxis sollen diskreditiert und möglichst vollständig isoliert werden, darüber hinaus jede Form illegaler politischer Äußerungen. Das wird beginnen mit dem Schüren von Angst, mit Autonomen auf Demos zu gehen.

Die Konstruktion einer juristischen und moralischen Kontinuität von autonomer Theorie und Praxis hin zu den Schüssen von Frankfurt, so abstrus sie ist, soll die Distanzierung von Autonomen bewirken und so die bereits geplanten Repressionsmaßnahmen akzeptabel machen. Was heißt: Die Folgen für die politische Kultur der BRD können gewaltig sein; es ist abzusehen, daß sich die Bedingungen für politisches Handeln hier grundlegend verschärfen werden, wenn auch noch nicht zu sagen ist, wie das konkret aussehen wird.
Und das wird bei weitem nicht nur uns treffen.

Diese Schüsse trafen auch den Widerstand

Die Schüsse in Frankfurt wären dann eine Reaktion auf den ständig wachsenden Bullenterror, auf die Knüppelorgien, die Toten, die es seit dem 2.Juni'67 auf Demonstrationen gegeben hat,eine Reaktion, die den Blick auf die realen Verhältnisse hier nicht hat. Denn diese Schüsse trafen auch den Widerstand, und wer auch immer sie abgegeben hat, mußte das wissen.

Tatsächlich geht zwar autonome Politik - revolutionäre Politik immer - von der konkreten Erfahrung aus; die Wahrheit ist immer konkret. Die Erfahrungen der organisierten Unmenschlichkeit können wir nur da politisch umsetzen, wo sie reflektiert wird, wo wir uns in dem, was wir tun, immer in Beziehung setzen zu der Gesellschaft, in der wir kämpfen, und wo wir uns nicht mit dem Gegner auf eine Stufe stellen. Allerdings müssen wir uns fragen, ob wir uns genügend Mühe gegeben haben, dies alles zu vermitteln, ob unsere Aktionen, über die wir in erster Linie wahrgenommen und definiert werden, ihren wirklichen Inhalt erkennen lassen. Sonst kann es dahin kommen, daß sich Leute auf uns beziehen, die ihr Vorgehen militärisch statt politisch bestimmen, die dem alten, immer wieder von uns kritisierten, Fightermythos erliegen. Das heißt für uns in jedem Fall, daß wir untereinander wie mit denen, die unsere Politik interessiert, unseren Militanzbegriff - politisch - diskutieren müssen, von Neuem und immer wieder.
Soziale Revolution oder Barbarei

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wenn andere Weihnachten feiern:

Ostern in Hessen

Verband der Selbstverwalteten Betriebe mit neuem Schwung

Red. Rhein/Main Manche hatten sich schon auf eine schöne Leiche gefreut, doch daraus wurde nichts. Obgleich in die Vorweihnachtszeit wohl eher eine Neugeburt gepaßt hätte, wurde aus der Mitgliederversammlung des „Vereins der Selbstverwalteten Betriebe in Hessen" am 8.12.87 doch eher eine österliche Wiederauferstehung.

Die von der scheidenden Verbandscrew hingehauchten Sterbenswörtchen „Neue Leute braucht das Land!" sind erhört worden. Der Verbandsauflösung wurde vor allem mit dem Argument widersprochen, daß der starke politische Gegenwind durch die neue Mehrheit in Wiesbaden nicht die Auflösung, sondern die Verstärkung einer gemeinsamen Interessenvertretung, und die Streichung der Hessenknete nicht einen Verzicht auf Fördermittel, sondern die verstärkte Suche nach neuen Quellen erfordere.

Begraben wurde allerdings unter lebhafter Zustimmung aller Beteiligten der Mythos von der allumfassenden Selbstverwaltungszentrale, die als neue Massenorganisation stellvertretend für die Betriebe und Projekte alle Weltenrätsel löst. (aus der Einladung)

Ein weiterer Schwerpunkt der „Neuen Aktiven" wird die „Systematische Beihilfe" zu mehr Kommunikation und Vernetzung, in Zusammenarbeit mit dem „Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung", sein. Über eine Reihe von Veranstaltungen (vgl. S. 16) soll eine fruchtbare Diskussion über Ziele und Inhalte von Selbstverwaltung in Gang gebracht werden. Daß viele Grundsätze, die heute noch mit dem Thema Selbstverwaltung in Verbindung gebracht werden (Rotation, Zusammen leben - Zusammen arbeiten, ...). von „Anno Muff" stammen und „Schnee von gestern" sind (Aussprüche während der MV) sollte keineswegs davon abhalten, diese Veränderungen wahr- und eine neue Standortbestimmung vorzunehmen.

Ebenso soll ein für beide Seiten interessanter Gesprächszusammenhang zur Ökobank hergestellt werden, mit dem Ziel, das Dienstleistungs- und Finanzierungsangebot der Turnschuh-Banker dort, wo es geht, tunlichst mit der Nachfrage der Turnschuh-Industriellen in Einklang zu bringen.

Daß durch den „Neuen Schwung" für die CONTRASTE auch noch eine personell verstärkte „Neue (Rhein/Main-) Redaktion" mit „Neuen Ideen" und „ Neuem Engagement" herausspringt, bleibt zu hoffen. Die Frankfurter Buchmacher notierten am Stichtag jedenfalls eine Quote von 7:5. Wenn das kein Grund zum Optimismus ist?!

Jochen Reinalda (einer von den „Neuen Alten" und Jung-Vorstand)

„Kultur" in der Selbstverwaltung

Kulturarbeit als Wirtschaftsfaktor
über die Bedeutung von „Kultur" in der Selbstverwaltung

Dieter Haselbach

Begriffsgeschichtliche Vorbemerkung

Alternativökonomie war ursprünglich mit einem politischen Anspruch angetreten, der sich auf die Kapitalistische Gesellschaft als Ganze bezog. Anfangs ging es den Projekten nicht nur darum, ein Modell demokratischer innerbetrieblicher Organisation zu realisieren und die Reproduktion sicherzustellen, sondern um den umfassenden Entwurf einer anderen gesellschaftlichen Lebensweise. Die Geschichte Alternativer Ökonomie in den letzten zwanzig Jahren ist die Geschichte einer ständigen Reproduktion dieses Anspruches. Am Anfang der Bewegung stand die Vorstellung, in „Gegenökonomie" und „Gegenkultur" eine Politik und Praxis zu fundieren, die auf die revolutionäre Umgestaltung des Spätkapitalismus gerichtet war. Strategischer Eckpunkt dieser „Gegenökonomie" war die Idee, in einer integrierten politischen Bewegung den Widerstand gegen das System selbst zu organisieren. „Ökonomie" und „Kultur" wurden dabei nicht als getrennte Verfahren angesehen, sie waren vielmehr gleichermassen Ressourcen für die „Revolution". Die revolutionären Hoffnungen verflogen in dem Maße, wie sich die historischen Subjekte, deren Bündnispartner zu sein man hoffte, sich der von der Theorie vorgesehenen Rolle nicht fügten. Schon mit dem Terminus „Alternativökonomie" verschoben sich die Akzente: nicht die Revolutionierung der Gesellschaft, sondern die „Autonomie" des subkulturellen Individuums, die Selbstbefreiung im Schonraum abseits der Gesellschaft, kurz eine „andere" Kultur und Lebensweise wurden Programm der Bewegung. Die Veränderung der Gesellschaft als Ganzes blieb zwar weiter Projekt, sollte aber nun über das subkulturelle Vorbild initiiert werden. Es blieb aber Konsens in der Szene, daß kulturelle und Güter-produzierende Projekte mit gleichem Recht Teil der Bewegung waren und daß beide auf ihre Weise den gemeinsamen Entwurf eines anderen Lebens repräsentierten. Das drückte auch die Diskussion darüber aus, wie die kulturellen und sozialen Projekte der Szene durch eine Art „alternativer" und freiwilliger Umlage der profitablen Betriebe gestützt werden könnten - „Staatsknete" war zu diesem Zeitpunkt noch indiskutabel.

Die Erfahrung alternativer Betriebe und Projekte innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aber herrschte ihnen weitere Lernprozesse, weitere Desillusionierung auf. Nicht die vielbeschworene „Staatsknetedebatte" war der alternative „Sündenfall", sie ist nur Teil und Konseqenz dieses Lern- und Transformationsprozesses.

Schon 1975 hatte Rolf Schwendter in den „Notaten zur Kritik der Alternativen ökonomie" vertreten, daß sich die politische Ökonomie des Kapitalismus auch hinter dem Rücken der Kritiker von Kapitalistischer Vergesellschaftung durchsetze. Soweit sie dem Druck des Marktes standhielten, vollzogen die Betriebe in der Tat einen Prozeß der „Verbetrieblichung", in dem sich die alternativen Ziele zwar (mit Modifikationen) in Form eines innerbetrieblichen Ethos halten konnten; auf dem Markt aber mußten sie mehr und mehr wie normale Kleinbetriebe agieren. Daß alternative Betriebe darüber hinaus in der Gesellschaftlichen Debatte um potentielle Arbeitsplätze zum Lieblingskind nicht nur grüner Reformer sondern auch konservativer Marktwirtschaftsideologen wurden, konnte diesen Prozeß nur beschleunigen. Für die marktorientierten Betriebe wurde ein gegengesellschaftlicher Entwurf immer unrealistischer, „Alternative Ökonomie" bedeutete nurmehr - und das ist nicht wenig - einen innerbetriebliche Reformanspruch. Diese neuerliche Verschiebung der Prioritäten dokumentiert sich in der Selbstbenennung der Szene: Seit einigen Jahren ist die Rede nicht mehr von „selbstverwalteten Betrieben". Mit dem „selbstverwalteten Betrieb" aber ist der alternativkulturelle Anspruch aufgegeben, „selbstverwalteter Betrieb" ist nicht jedes Projekt, sondern sind nur solche, die ihre Leistungen auf Märkten für Güter und Dienstleistungen anbieten und sich hierüber reproduzieren.

Das Beispiel der „Hessenknete"

Wo um „Staatsknete" nicht nur debattiert wurde, sondern diese Debatte sich in einem Kreditprogramm materialisierte, wurde dieser Prozeß der Entmischung von wirtschaftlichen und kulturellen Projekten der Szene noch beschleunigt. Im Programm der „Hessenknete" aus seligen rot-grünen Tagen war von vornherein festgelegt, daß sie nichts weniger war als eine Förderung der Szene gemäß deren eigenen Ansprüchen: sie war nach dem Muster von Mittelstandsförderungsprogrammen konzipiert. Und in diesem Kontext war sie in der Tat ein Instrument, um die aus der Betriebsform der Selbstverwaltung wie aus der noch mangelnden verbandspolitischen Organisation resultierenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Investitionskrediten wenigstens teil und zeitweise zu kompensieren. Bei allen nicht auf Produktion oder Dienstleistungsangebote für den Markt bezogenen Initiativen aber griff die „Hessenknete" nicht, denn sie sah nur Kredite vor, die sich aus dem laufenden Betriebsergebnis „rechneten". Zwar gibt es auch im Kulturbereich eine ganze Anzahl von Betrieben, die nach den Kriterien mittelständischer Wirtschaft Gewinne erzielen, für soziokulturelle Initiativen und Zentren aber wäre die Forderung nach Selbstfinanzierung und Kostendeckung über die Erträge der Kulturarbeit eine wesensfremde, müsste doch dann der Geschmack des Publikums zum alleinigen Kriterium des kulturellen Angebots werden - dies wäre bestenfalls eine „alternative" Variante des Abonnementtheaters - würde Chancen auf Kulturarbeit, die Widersprüche hervorruft, stark reduzieren. Die Debatte um die „Hessenknete" führte in den Gremien der neuen Selbstverwaltungswirtschaft auch zu einer faktischen Ausgrenzung: mit den Erwartungen, Diskussionen und dem Beratungsbedarf der ökonomischen Fraktion hatten die kulturellen Projekte nichts zu tun, sie blieben den Versammlungen fern.

Der „alternative Arbeitsmarkt"

All dies soll nun nicht als ein Plädoyer gegen Programme wie die „Hessenknete" verstanden werden. Nur das politische Argument der Arbeitsbeschaffung durch alternative Ökonomie ist m.E. unhaltbar, denn bei Krise des Marktes gibt es zusätzliche Arbeitsplätze nur dort, wo sie von außerhalb des Marktes bezahlt werden. Das bisher einzige Mittel des Staates zur Beschäftigungsförderung ist es, Arbeitsplätze zu bezahlen, sei es durch Subventionen oder durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Alternative Selbständigkeit, oder - wie es Klaus Gretschmann wahrscheinlich völlig unironisch nannte - eine „Art postmoderne Selbständigkeit", markiert keineswegs eine mögliche Zukunft kapitalistischer Marktwirtschaften. Noch weniger taugt sie als Modell für die - in die „substandart-Mittelstandsförderung" der staatlichen Unterstützungsprogramme noch nicht einbezogenen selbstbestimmten und -verwalteten kulturellen Initiativen. Hier muß die Diskussion von vornherein anders angelegt werden: nicht so sehr ökonomische Selbständigkeit, als die subkulturelle „Autonomie" noch allemal übersetzt wurde, sondern ein offensiver Begriff von Soziokultur auf der einen und eine stärkere Auseinandersetzung mit den sozialpolitischen Implikationen der Arbeit in selbstverwalteten Betrieben wie Kultureinrichtungen auf der anderen Seite muß in den Vordergrund gerückt werden.

Sozialpolitische Aspekte alternativer Selbständigkeit

Die Einkommenssituation in selbstverwalteten Betrieben ist so, daß sie in der Regel eine - gesellschaftlichen Standards entsprechende - soziale Sicherung der Kollektivmitglieder nicht garantieren kann. Es besteht derzeit die Gefahr, daß alternative „Selbständigkeit" zur Privatisierung sozialer Risiken bei einer Gruppe führt, die sich eine private Risikovorsorge schlicht nicht leisten kann.

Mit der „Künstlersozialversicherung" - so unzureichend sie in ihrer Ausgestaltung im einzelnen auch sein mag - ist immerhin anerkannt, daß es Berufe gibt, für die Selbständigkeit bzw. Freiberuflichkeit eine soziale eher problematische Stellung impliziert. Sowenig die „Künstlersozialkasse" eine endgültige sozialpolitische Lösung des Problems marginaler Selbständigkeit darstellt (das Gesetz eröffnet viel eher finanzielle Ressourcen für die kriselnde Rentenversicherung als den in ihr Versicherten eine ausreichende Absicherung zu garantieren; das Problem älterer Künstler wird im Gesetz überhaupt nicht angegangen), so sollte doch auf den hier geschaffenen Konsens hinsichtlich des spezifischen Regelungsbedarfs kulturberuflicher Freiberuflichkeit nicht mehr verzichtet werden.

Für soziokulturelle Initiativen trifft in besonderem Maße zu, was auch für andere Bereiche des Arbeitsmarkts Kultur gilt: oft ist es nicht so sehr die Selbständigkeit, durch die die Beschäftigungsverhältnisse zu charakterisieren sind, oft ist es der Staat, der über sein Instrument Arbeitsbeschaffungsmaßnahme „zusätzliche" Beschäftigung im kulturellen Bereich erst schafft. Diese „zusätzliche" Arbeit hat dabei zum einem die Tendenz, sich auf Kosten der bisher als unerläßlich gewerteten Arbeit auszubreiten (so findet man im kulturgeschichtlichen Museumsbereich fast nur noch „zusätzliche" Arbeit), zum anderen wird auch hier, wie oft durch „alternative Selbständigkeit", sub-standard-Beschäftigung geschaffen. Nicht nur die Mitarbeiter soziokultureller Initiativen haben wenig Chancen, ihre Tätigkeit auf Dauer zu stellen (Mittel des Arbeitsamtes sind immer befristet), auch für die Projekte selbst ist auf dieser Finanzierungsbasis organisatorische Kontinuität nicht zu erreichen, ist doch durch die Art der Förderung eine ständige Mitgliederfluktuation präjudiziert. Zudem - dies verstärkt durch die Krise der kommunalen Haushalte - wird damit die finanzielle Zuständigkeit für die - programmatisch lokal ausgerichtete -Soziokulturarbeit auf eine Institution verschoben, die mit Politik auf lokaler und kommunaler Ebene wenig zu tun hat. Auch in dieser Hinsicht sollte es darum gehen, die Diskussion neu zu orientieren.

„Kulturarbeit"

In den siebziger Jahren tauchte der Begriff „Kulturarbeit" auf, ein Begriff, der bewußt analog zum Terminus „Sozialarbeit" gebildet war. Förderung von Kulturarbeit bedeutete, Angebote einer „Kultur für alle" bereitzustellen. Den hier angesprochenen programmatischen Überlegungen lag ein Kulturverständnis zugrunde, dem Kultur als gesellschaftliche Ressource, als - wenn man so will - Potential gesellschaftlicher Integration und Identitätsbildung galt. Es wurde von Kultur nicht verlangt, sich wirtschaftlich „rechnen" zu müssen; in „Kulturarbeit" finanzierte die Gesellschaft vielmehr ein Experimentierfeld ihrer Selbstreflexion, ihrer Selbstverständigung. Es ist zu überlegen, inwieweit in der soziokulturellen Arbeit an diesen Begriff angeknüpft werden kann.

In der heutigen Debatte zu Kulturpolitik und Kulturfinanzierung ist der Topos „Kultur und Wirtschaft" bzw. „Kultur als Wirtschaftfaktor" in den Vordergrund gerückt. Das weist richtig darauf hin, daß Kultur als Ressource gesellschaftlicher Innovation einer unter anderen Wirtschaftsfaktoren ist, daß sie nicht nur „Konsumentin" gesellschaftlicher Ressourcen, sondern auch - in wirtschaftlichen Sinne - Produzentin ist. Problematisch aber ist es, Kulturprojekte umstandslos unter die Kategorie „Wirtschaftsbetrieb" zu subsummieren und daraus die Forderung abzuleiten, daß an die Stelle öffentlicher Förderung kultureller und soziokultureller Initiativen die - und sei es: alternative „Privatisierung" von „Kulturarbeit" zu treten hätte. „Kultur und Wirtschaft" darf nicht heißen: mehr Markt im Kulturbereich, Abbau von Subventionen, sondern muß heißen - und hieß ursprünglich auch - sich der Bedeutung von Kulturarbeit als Wirtschaftsfaktor bewußt zu sein.

Die Fraktionierung der Szene in kulturelle Initiativen und marktbezogene „selbstverwaltete" Betriebe bietet, wenn man begrifflich und methodisch an solche Überlegungen anknüpft, auch eine Chance: die Grenzen „alternativer ökonomie" scheinen auf, es wird deutlich, daß „alternative Kultur" sich anderer Formen bedienen muß, um andere Inhalte als marktbezogene Interessenpolitik zu transportieren. Je weniger der Zusammenhang der Szene ein gegenökonomischer ist, desto mehr wird er ein kultureller sein.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kulturpolitischer Preis '87

Die Kulturpolitische Gesellschaft Hagen hat ihren bundesweit ausgeschriebenen Kulturpreis in diesem Jahr an die Jugendkunstschule im Kreativhaus Münster verliehen. Deren unkonventionelle Methoden bei der Suche nach Kooperationspartnern und bei der Durchführung ihrer kulturpädagogischen Projekte hatte außergewöhnlich großen Erfolg - der Elfenbeinturm hatte keine Chance, ganz im Sinne von „Kultur ist nicht die Sahne auf dem Kuchen, sondern die Hefe im Teig der Gesellschaft"

Nähere Informationen zum Kulturpreis:
Kulturpolitische Gesellschaft - Hohenhof -
Stirnband 10
5800 Hagen
☎(02331/586553).

Nun Abo fix!

Warte nicht auf bessere Zeitungen.

taz muß mensch haben.

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich bestelle die taz

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark

die tageszeitung – Deutsche Linke im Alltag

bei taz-Abo Wattstr. 11-12 1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung. Unterschrift: .....

679

Produktivgenossenschaften in Europa

Red. Bonn Die CECOP (Europäisches Komitee der Produktivgenossenschaften) wurde 1979 als ein Sechsländerzusammenschluß gegründet. Anfang der 70er Jahre hatte es kaum noch Produktivgenossenschaften gegeben, außer in Italien und Frankreich. Erst ab Mitte der 70er Jahre erfolgte ein Ansteigen der Selbstverwaltungswirtschaft und Neugründungen von Produktivgenossenschaften. 1984 wurde in Brüssel ein Büro eröffnet, mit dem Versuch, die einzelnen Bewegungen in den einzelnen Ländern auf europäischer Ebene zusammenzuschließen. Erfahrungsaustausch und Projektentwicklung waren interne Ziele, extern sollte die CECOP eine Lobbyfunktion übernehmen. Z.Zt. umfaßt die CECOP etwa 25.000 Produktivgenossenschaften und insgesamt 40.000 Betriebe mit 800.000 bis 900.000 ArbeitnehmerInnen.

Auf europäischer Ebene existiert die „Genossenschaftskonferenz", die aber vorwiegend Genossenschaften zweiten Grades, Konsumgenossenschaften, vertritt. Die CECOP dagegen will mehr die Genossenschaften ersten Grades organisieren. Inhaltliche Kriterien sind Demokratie, Kapitalneutralisierung, Selbstverwaltung. Es geht um eine politische Arbeiterorganisationsform.

Das Problem auf europäischer Ebene liegt auf der Hand: Das politische Umfeld zeigt wenig Unterstützung, die Sozialpartner und Gewerkschaften stehen den Produktivgenossenschaften kritisch gegenüber. Nicht nur das politische, auch das finanzielle Umfeld (Fördermöglichkeiten) ist schlecht. Die CECOP kämpft für eine Förderung des Marktes der ca. 40.000 angeschlossenen Betriebe. Das wirtschaftliche Potential dieser Betriebe soll auch durch interne Vernetzungen und Zusammenschlüsse gestärkt werden. Fernziel ist es, Konsortien für gemeinsame Dienstleistungen zu entwickeln.

Förderung des Genossenschaftsgedankens

Die Genossenschaftsszene, von Banken über Produktiv- bis hin zu Konsumgenossenschaften soll zusammengeführt werden. Es geht um einen Brückenschlag zu den traditionellen Genossenschaften. Vor allem die Bankgenossenschaften sollen andere und neue Genossenschaften unterstützen. Leider finanzieren außer in Italien und Frankreich Genossenschaftsbanken kaum andere Genossenschaften. Ziel für die CECOP ist auch hier die Errichtung eines neuen Finanzmanagements. Ein Zusammenschluß von fünf verschiedenen Finanzinstituten steht kurz vor der Vollendung.

Konkret befaßt ist die CECOP im Augenblick mit folgenden Projekten: Im Ausbildungssektor soll ein Netz von Ausbildungsinstitutionen der Selbstverwaltung geknüpft werden. Ziel ist die Errichtung eines Institutes der Selbstverwaltungswirtschaft mit der Möglichkeit, eine „Selbstverwaltungswirtschaftsausbildung" durchzuführen.

Die Produktivgenossenschaften als Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, werden zu wenig wahrgenommen. Als eigene Wirtschaftskraft werden sie nicht ernst genommen, sondern als Übergangslösung oder Feuerwehr für Problemfelder gesehen. Es geht der CECOP darum, einen neuen Konsens, ein neues Wirtschaftsmodell zwischen Staat und Privatwirtschaft zu entwickeln. Ziel ist eine demokratische Arbeitsumverteilung.

Die CECOP hat dazu bestimmte Modelle entwickelt, z.B. ein Regionalentwicklungsmodell. Als zusätzliches Problem für dieses Regionalentwicklungsmodell gilt der rechtliche Rahmen. Vor allem in der BRD gibt es für Genossenschaften keine wirtschaftlichen und schon gar keine steuerliche Vorteile vor anderen Wirtschaftsrechtsformen. Hier stellt die CECOP die Forderung, die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Genossenschaften mindestens so zu gestalten wie die für Privatbetriebe. Das rechtliche Umfeld für Genossenschaften muß geändert bzw. auf europäischer Ebene angeglichen werden. Aber auch dafür braucht es eine starke Lobby, die die CECOP darstellt/darstellen will.

Als besondere Schwierigkeit stellt sich die Frage der Garantie und Sicherheiten bei Genossenschaften dar. Diesbezüglich will die CECOP lokale und regionale Garantiefonds bilden. Dies würde bedeuten, daß die Selbstverwaltungswirtschaft auch bei Investitionen Anerkennung findet. Fremdkapital in Genossenschaften hat kein Stimmrecht und ist deshalb schwierig zu bekommen. Die Garantiefonds wären insofern eine Lösung.

Das Büro der CECOP

In Brüssel arbeiteten bei der CECOP 1984 zwei Mitarbeiter, heute sind dort sechs Menschen beschäftigt. Die Haushaltsmittel für CECOP betrugen 1984 ca. 15.000 DM. Heute, 1987, umfaßt der Etat 500.000 DM. 200.000 DM kommen über Beiträge herein, der Rest über EG-Projekte, die CECOP durchführt. Die CECOP hat eine dem deutschen eingetragenen Verein analoge Rechtsform. In ihr sind vertreten: sogenannte Gruppen der Selbstverwaltungswirtschaft (insgesamt 27), zweitens Mitglieder, die Produktivgenossenschaften vertreten, also Genossenschaftsverbände (insgesamt 18) sowie drittens Vereinigungen im Umfeld von Produktivgenossenschaften, z.B. Vereine oder Vereinigungen, die Forschung oder Vernetzung betreiben. Mitglied bei CECOP können nur Projektzusammenschlüsse werden, d.h. nicht einzelne Kooperativen, sondern nur Verbände oder Vernetzungseinrichtungen, die mehrere einzelne Kooperativen vertreten. Die Bundesrepublik ist für die CECOP Entwicklungsland. Kein Zusammenschluß aus der Bundesrepublik ist in der CECOP Mitglied, da es für die genossenschaftliche Selbstverwaltungswirtschaft keine überregionalen Zusammenschlüsse gibt. Die traditionellen Verbände auf genossenschaftlicher Ebene in der BRD arbeiten mit der CECOP bislang nicht zusammen. Die CECOP wünscht sich Kontaktmöglichkeiten, um in der Bundesrepublik Arbeitszusammenhänge aufzubauen.

Die Bundesrepublik ist für die EG ein besonders wichtiges Mitgliedsland und auch die Genossenschaftsszene ist zumindest im traditionellen Bereich sehr stark. Gerade im Gegensatz dazu ist die deutsche Selbstverwaltungswirtschaft noch weitgehend ohne Form und sehr heterogen zusammengesetzt. Es stellt sich, nicht nur für die CECOP, die Frage nach aktiven Strategien der Förderung entsprechender nationaler Strukturen. Dieses Problem stellt sich insbesondere bei Betriebsübernahmen in einer Genossenschaft oder einer genossenschaftsähnlichen Struktur sowie bei Neugründungen von Projekten in einer der Selbstverwaltungswirtschaft adäquaten Form: Der Genossenschaft.

Generell hat die CECOP das Problem, daß 40% der vertretenen Betriebe Kleinstgenossenschaften oder kleine Kooperativen sind, die aus drei bis vier Mitgliedern bestehen. In der Bundesrepublik fehlt für diese Kleinkooperativen die entsprechende Rechtsform auf genossenschaftlicher Ebene. Die CECOP will dabei folgende Strategie verfolgen: Erstens sollen vorrangig Konsortien, Betriebszusammenschlüsse auch von Kleinstkooperativen gebildet werden. Zweitens soll die Rechtsform der Genossenschaft für die gesamte EG angeglichen werden. Drittens sollen sowohl sektorielle als auch intersektorielle Zusammenschlüsse gebildet werden. Sektorielle Zusammenschlüsse sind z.B. bei Baugenossenschaften die Erschließung von gemeinsamen Einkaufsmöglichkeiten. Intersektorielle Zusammenschlüsse könnten z.B. beim Problem des Recyclings verschiedene Bereiche zusammenfassen.

In der BRD gibt es einen CECOP-Arbeitskreis. Wer Interesse hat wende sich an die Redaktion Bonn, Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1

Alternative Wissenschaft im Umbruch

Gunar Seitz

Red. Cassel Es knistert wieder in der Wissenschaftsdiskussion. Nicht überhörbar sind neue Töne in der Gemeinde alternativer Forschungsinstitute. Auf der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGöF) vom 6. - 8. November 1987 in Darmstadt wurden kritische Stimmen zur eingefahrenen Institutspraxis laut.

Wichtigster Punkt auf der Tagesordnung war die Diskussion um das Selbstverständnis alternativer Forschung. Der Frage nach den Zukunftsmöglichkeiten alternativer Wissenschaft kam eine zentrale Rolle bei. Darin eingebettet lag die Fragestellung, worin unterscheiden sich alternative Institute von Uni-Instituten.

In einer lebhaft geführten Diskussion wurde die einseitige Ausrichtung der meisten AGöF-Institute auf analytische Forschung kritisiert. Von den Teilnehmerinnen wurde darauf verwiesen, daß alternative Forschung eine politische Dimension aufweist, die wiederum auf eine grundsätzlich andere Zukunft verweist.

Es wurde gefordert, daß in der Arbeit der AGöF neue unkonventionelle Grundlagenforschungen, wie etwa die Lebensforschung oder der Bereich der Zukunftsforschung verstärkt Beachtung finden sollen. Alternative Projekte, die neue Formen gemeinschaftlichen Zusammenlebens entwickeln, sollen vermehrt mit in das Forschungsfeld einbezogen werden.

In der Diskussion zeigte sich auch sehr deutlich wo die Verbindung zwischen den AGöF-Instituten und den alternativen Betrieben liegt. Wichtiges Kriterium der Definition eines AGöF-Institutes ist das der Selbstverwaltung.

Selbstverwaltung im Forschungsbereich bedeutet im AGöF-Verständnis: Verantwortung für den Forschungshergang und die Forschungswirkungen zu übernehmen. Selbstverwaltung ist hier geradezu ein Motor für eine andersgeartete Forschung.

Daß sich die AGöF über ihr Selbstverständnis in solch intensiver Weise Gedanken macht, ist ein Novum. Zeigt sich darin vielleicht, daß das bisherige alternative Selbstverständnis an seine Grenzen gestoßen ist? Von vielen TeilnehmerInnen der AGöF-Versammlung wurde denn auch die Forderung nach einer politischen und wissenschaftlichen Neuausrichtung erhoben.

Diese Fragen um Zukunft, Utopien, alternatives Selbstverständnis, neue Art des Forschens etc sollen in einer eigens dafür bestimmten Tagung im nächsten Frühjahr behandelt werden. Der Diskussionsverlauf dieser Tagung ist sicherlich weit über das AGöF-Spektrum hinaus von Interesse, diskutieren doch auch die sozialen und ökologischen Bewegungen ähnliche Fragestellungen. Insofern kommt dieser Tagung durchaus eine Schrittmacherfunktion zu.

Was ist die AGöF?

Die Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute wurde 1980 als politischer Gegen-Zusammenhang zur Arbeitsgemeinschaft der Großforschungsinstitute gegründet. Heute gehören der AGöF 91 selbständige Institute an. Neben der Mehrzahl bundesrepublikanischer Institute sind der AGöF Institute aus Österreich, West-Berlin, Frankreich, Spanien und... angeschlossen. Die Mitgliederzahl stieg in den vergangenen drei Jahren sprunghaft an, so daß der AGöF als Dachverband alternativer Forschungsinstitute zunehmend politische Bedeutung zukommt.

Wer mehr Informationen über die AGöF oder den sehr informativen AGöF-Rundbrief haben will, wende sich an die Geschäftsstelle:

Waterbergstr. 11
2800 Bremen 21
☎ (0421) 64 02 15

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Genossenschaftsförderung

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

Abschaffung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes

Im Rahmen des Steuerreformpaketes soll das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz abgeschafft werden. Dagegen wendet sich der „Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens". Der Vorsitzende - Hans-Ulrich Klose - wurde von der Mitgliederversammlung gebeten, sich entsprechend an die im Bundestag vertretenen Parteien zu wenden. Der Vorsitzende der SPD - Hans-Jochen Vogel - hat bereits die Bereitschaft der SPD-Fraktion bekundet, in dieser Frage mit dem „Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens" zusammenzuarbeiten. Der Fraktionsobmann in wohnpolitischen Fragen - Franz Müntefering - hat sich bereit erklärt, in der Arbeitsgruppe „Bau" der Fraktion eine Gesprächsrunde mit Fachberatern des Vereins durchzuführen.

Bericht aus den Arbeitskreisen

Der Rechtsform-Arbeitskreis des Vereins wird sich in der nächsten Zeit schwerpunktmäßig mit der Fragestellung einer (Ausweich)-Rechtsform für klein-genossenschaftliche Projekte (weniger als sieben Mitglieder) befassen. Eine alte Forderung des Vereins konkretisierend, soll vordringlich daran gearbeitet werden, das bestehende Genossenschaftsgesetz dahingehend zu erweitern.

Raiffeisenjahr 1988

Im März 1988 jährt sich zum 100.Mal der Todestag des Genossenschaftsgründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Seine Idee, der „Hilfe zur Selbsthilfe" ist auch heute noch Kerngedanke der Genossenschaften in aller Welt - auch der neuen Genossenschaftsbewegung. Der Verein plant anläßlich des Raiffeisenjahres eine Veranstaltung zum Thema „Gemeinwirtschaften im Spannungsfeld". Die Vereinsmitglieder werden in der CONTRASTE über Termin und Inhalte informiert.

Vorankündigung

Im Frühjahr 1988 wird der zweite Band der „Gründungshilfen für neue Genossenschaften" erscheinen, herausgegeben vom „Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens" e.V. und dem „Wohnbund" e.V., unter dem Titel „Gemeinschaftliche Wohnprojekte". Das Buch wird neuartige Wohnprojekte vorstellen, wohnungswirtschaftliche Fachbegriffe erläutern und die Lösungsmöglichkeiten rechtlicher Probleme der Gründung gemeinschaftlicher Wohnformen aufzeigen. Das Vereinsbüro nimmt bereits Vorbestellungen entgegen.
Der Gründungsleitfaden Band 1 mit Mustersatzung und Checkliste für Projekte ist bereits im Vereinsbüro zu beziehen zum Preis von 12,-DM (Sonderpreis für Mitglieder 10,-DM).

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN
ZUR FÖRDERUNG DES
GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 21 52 90

Zur weiteren Diskussion

Zum Thema:

Ulf Fink

Ausgrenzung aufgrund von Parteizugehörigkeit oder Öffnung für alle, die an begrenzten gemeinsamen Zielen mitarbeiten wollen?

Ludger Sauerborn

Mit Erstaunen habe ich die ausschließlich negativen Stellungnahmen und Leserbriefe zum Thema „Ulf Fink in den Aufsichtsrat der Ökobank?" in der CONTRASTE, Nov. 87 gelesen. Einige Wochen zuvor hatte die Mitgliederversammlung des Landesverbandes Rheinland-Pfalz nach recht ausgiebiger Diskussion einstimmig (bei einer Enthaltung) sich dafür ausgesprochen, Ulf Fink für ein Aufsichtsratsmandat zu gewinnen (Ich wähle bewußt diese für manchen sicher provozierend-anbiederisch klingende Formulierung, weil sie die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt).

Sind wir rheinland-pfälzischen Freunde der Ökobank nun alles verkappte Rechte, CDU-Mitglieder oder sonstige Freunde „des Todes" (vgl. Leserbrief Udo Kasel) oder nur hinterwäldlerische, naive Trottel, die halt in ihrem ganzen Bewußtsein hinter den fortgeschrittenen urbanen Zentren herhinken, aus denen in erster Linie der Protest gegen Ulf Fink kommt? Ich möchte im folgenden versuchen, einige Gründe darzulegen, warum ich die Ausgrenzung von CDU-Mitgliedern für falsch halte.

Vorweg meine ich, muß ein Begriff, der in der Diskussion im Delegiertenrat ständig falsch benutzt wurde, geklärt werden: der Begriff „wertkonservativ". Dieser Begriff wurde teilweise synonym mit dem Begriff konservativ oder gar als Synonym für CDU-Mitglied verwandt und dann eine Öffnung der Ökobank gegenüber dem „wertkonservativen Lager" abgelehnt oder gefordert.

Konservativ kommt von lat. conservare und bedeutet „bewahren". Wertkonservative (im Gegensatz zu Strukturkonservativen) sind Leute, die bestimmte traditionelle Werte (z.B. intakte Umwelt, menschliche Geborgenheit, Sinnstiftung von Arbeit, Selbstbestimmung usw.) erhalten wollen. Eppler und Lafontaine beispielsweise, bezeichnen sich selbst als Wertkonservative. Ein großer Teil, wenn nicht der größte Teil, der grünen Mitglieder und Wähler sind wertkonservativ. Innerhalb der CDU gibt es dagegen nur einen sehr geringen Prozentsatz von Wertkonservativen, die Partei ist vielmehr geprägt von Strukturkonservatismus und blinder Fortschrittsgläubigkeit.

Eine Diskussion darüber, ob die Ökobank sich dem wertkonservativen Lager öffnen soll ist idiotisch, die Ökobank selbst ist ein zutiefst wertkonservatives Projekt, bei dem versucht wird, alte Werte der ursprünglichen Kreditgenosssenschaften (Transparenz zwischen Mittelherkunft, Förderung der Genossen statt Gewinnmaximierung, sinnvolle Kreditvergabe an ökonomisch schwache Kreditsuchende, die von anderen links liegen gelassen werden), die mittlerweile unter verkrusteten Strukturen verschüttet gegangen sind, zu bewahren bzw. wiederzubeleben.

Die Frage kann also nicht lauten „Öffnet sich die Bank gegnüber dem wertkonservativen Lager?", sondern die Frage muß lauten „ist die Ökobank offen (auch in höchsten Funktionen) für jeden Menschen, der sich zu ihren begrenzten Zielen bekennt und sie unterstützt oder soll und muß sie Menschen aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit ausgrenzen?"

Gerade weil die Ökobank, wie Jens Reuter (Nov. CONTRASTE) richtig festgestellt hat, eine eindeutig identifizierbare Identität hat und diese Identität auch in der Öffentlichkeit ziemlich eindeutig linksgrün-alternativ ist und auf einer eindeutigen Zielsetzung beruht, kann sie es sich leisten, offen zu sein, auch für CDU-Mitglieder. Ich denke wir sollten hier durchaus selbstbewußt sein und brauchen nicht zu fürchten, ein CDU-Mitglied im Aufsichtsrat könne die Ökobank umfunktionieren. Wir sollten dankbar sein für jedes CDU-Mitglied, das Interesse an der Ökobank zeigt, z.B. weil es sicher sein will, daß mit seinen Spareinlagen nicht direkt oder indirekt die Apartheid in Südafrika unterstützt wird, oder weil es aus der Ablehnung von Sozialstaatsbürokratie heraus eine gewisse Sympathie für alternative Selbsthilfeprojekte hegt und mit seiner Einlage die Kreditvergabe an solche Projekte unterstützen will. Sicherlich ist es richtig, daß solche CDU-Mitglieder eher die Ausnahme als die Regel sind und daß die Politik der CDU in ihrer Gesamtheit den Zielen der Ökobank entgegensteht. Auch wenn wir auf vielen Feldern der Politik konträre Ansichten haben, sollten wir jedoch dort, wo gemeinsame Ansichten und Ziele vorliegen, auch gemeinsam handeln. Gerade weil wir in vielen, wahrscheinlich den meisten, Fragen anderer Ansicht als diese CDU-Mitglieder sind, sollten wir partielle gemeinsame Überzeugungen nutzen, langsam in einen umfassenderen Dialog zu kommen. Ich habe den Eindruck einige Leute bei der Ökobank haben hier aus einer Unsicherheit heraus geborene Berührungsängste. Dieses mangelnde Selbstbewußtsein und die sich daraus ergebenden Berührungsängste halte ich im konkreten Fall Fink für nicht angebracht. Wenn ein Ulf Fink in den Aufsichtsrat gewählt würde, ist doch das politische Risiko für Ulf Fink persönlich wie auch für das CDA-Spektrum, das er repräsentiert, größer als das politische Risiko für die Ökobank, bei der er einer von vielen Aufsichtsräten ist, erst recht nach der Erweiterung um Vertreter der Regionen.

Bei der Diskussion über den Grad der Offenheit oder Grad der Ausgrenzung bei der Ökobank darf außerdem nicht vergessen werden, daß das links-grün-alternative Spektrum leider eine Minderheit in unserer Gesellschaft darstellt. Wenn die Ökobank den Anspruch hat, die Gesellschaft zu verändern, und sei es auch nur millimeterweise, dann darf die Ökobank sich nicht abkapseln, dann muß sie offen sein, offen sein für die Mitarbeit von Menschen, die nur partiell mit den weitergehenden politischen Zielvorstellungen der Mehrheit der Freunde der Ökobank übereinstimmen. Sie darf eben keine Glaubensgemeinschaft sein, in der ich zu allem „von der jungfräulichen Geburt" bis zur „Unfehlbarkeit des Papstes" (Wer wäre das eigentlich bei uns?) unterschreiben muß, damit ich mitmachen darf, sondern sie muß ein Projekt mit einigen, relativ wenigen Zielen und Essentials sein, bei dem jeder mitmachen darf und soll, der diese begrenzten Ziele unterstützen möchte. Wer die Ökobank zur allumfassenden Glaubensgemeinschaft machen will, programmiert die auf Gesellschaftsveränderung verzichtende, im eigenen Saft schmorenden Sekte vor. Wer das will, sollte - polemisch formuliert - die Finger von der Ökobank lassen und stattdessen wieder die Sammelbüchse auf Uni-VV's kreisen lassen.

Als diskutiert wurde, ob Ulf Fink in den Aufsichtsrat der Ökobank gewählt werden soll, gab es einen Riesenaufstand; als Wolfgang Roth in denselben gewählt wurde, nichts dergleichen. Dieses völlig unterschiedliche Verhalten der Delegierten und der Mitgliederbasis läßt sich meiner Meinung nach sachlich bezogen auf die Personen nicht rechtfertigen, sondern ist nur aus einem Schubladendenken heraus zu erklären: alle SPD-Mitglieder akzeptabel - alle CDU-Mitglieder böse.

Einen traurigen Höhepunkt erlebt dieses schwarz-weiß Schubladendenken in dem Leserbrief von Udo Kasel (ich fürchte ein Parteifreund) in der Nov. CONTRASTE, der seine Ablehnung von Ulf Fink in dem Satz gipfeln läßt „Grün ist die Partei und die Hoffnung, schwarz ist die CDU und der Tod. Die gefährlich-schlichten Denkschablonen eines Ronald Reagen, der die Welt ähnlich einfach, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen, in das Gute und das Reich des Bösen einteilt, lassen grüßen.

Die Ablehnung der CDU-Politik, in der ich mich wohl kaum von Udo Kasel unterscheide, darf doch nicht dazu führen, die Gesamtheit der CDU-Mitglieder zu verteufeln, ihnen jeglichen guten Willen, jegliches selbständige von der Parteimehrheit abweichende Denken, jegliche Lernfähigkeit und dann logischerweise auch den Dialog und die Mitarbeit an einem Projekt wie der Ökobank zu verweigern.

Die Eignung einer Person für den Aufsichtsrat der Ökobank kann nicht in erster Linie von der Parteizugehörigkeit abhängig gemacht werden, sondern sollte neben der fachlichen Eignung und anderem davon abhängig sein, wie nah oder fern der jeweilige Kandidat den Vorhaben der Ökobank steht. Unter diesem Gesichtspunkt war ich sehr erstaunt darüber, daß gerade Wolfgang Roth, einer der Opportunisten innerhalb der SPD, der unter Schmidt und in weitgehendem Einklang mit dessen Politik in Amt und Würden gekommen ist, meines Wissens nie etwas mit „grünen und alternativen Chaoten" innerhalb und außerhalb der SPD am Hut hatte, ein Politiker, der in der Sozialpolitik eher auf eine umfassende, den einzelnen entmündigende Sozialstaatsbürokratie als auf autonome Selbsthilfeprojekte setzt, und in der Wirtschaftspolitik als überzeuter Keynianer am liebsten mit der großen Subventionsgießkanne rumlaufen würde und seine staatlichen Wohltaten ungeachtet der eventuellen Unterstützung umweltzerstörender Strukturen nach dem Motto „Hauptsache Arbeitsplätze" verteilen würde.

Was, wenn nicht parteipolitisches Kalkül bringt diesen Mann zur Ökobank? Ich würde mich freuen, wenn ich unrecht hätte, aber selbst wenn meine Einschätzung der Person im großen und ganzen richtig ist, halte ich die Wahl Roths in den Aufsichtsrat im Sinne der Offenheit der Ökobank für positiv, zumindest solange es bei einem Roth bleibt.

Berechtigt ist bezüglich Roth und Fink allerdings die Frage „War es generell notwendig und sinnvoll, prominente Parteienvertreter in den Aufsichtsrat zu wählen? Sollte man demnächst hierauf nicht ganz verzichten?"

Ich denke es war wichtig, das Thema Offenheit oder Glaubensgemeinschaft in der Ökobank exemplarisch anhand der Person Fink zu diskutieren. Der Delegiertenrat hat mehrheitlich nein zu Fink und mehrheitlich ja zur Suche nach einem anderen prominenten Aufsichtsratskanditaten mit CDU-Parteibuch gesagt. Mit diesem widersprüchlichen Abstimmungsverhalten hat sich der Delegiertenrat um eine Entscheidung gedrückt, denn ‚wie Jens Reuter (Nov. CONTRASTE) richtig vorraussagt, werden wahrscheinlich die gleichen Argumente wie gegen Fink gegen jeden prominenten CDU-Kandidat vorgebracht werden können. Das widersprüchliche Abstimmungsverhalten der Delegierten kann ich mir nur so erklären, daß wohl die Mehrheit im Delegiertenrat im Prinzip für Ulf Fink war, ein Teil dieser Mehrheit aber angesichts der Spaltungsdrohung aus Berlin sich der Stimme enthielt oder sogar gegen die eigene grundsätzliche Überzeugung stimmte. In der 2.Abstimmung haben dann frei vom direkten Druck der Spaltungskonsequenz die Delegierten ihrer eigentlichen Meinung Ausdruck verliehen. Im übrigen halte ich das Vorgehen des Berliner Landesverbandes (spektakulärer Auszug der Delegierten, Spaltungsdrohung) für absolut unakzeptabel.

Jens Reuter fordert in seinem Beitrag in der CONTRASTE, die politische Geschäftsgrundlage dürfe nur im Einvernehmen aller Partner erfolgen. Er sieht die Aufnahme Finks in den Aufsichtsrat als Änderung der Geschäftsgrundlage. Ich denke, das kann man eher andersherum sehen. Für mich ist der Ausschluß von Leuten, die bereit sind die Ökobank zu unterstützen, eigentlich eher eine Änderung der Geschäftsgrundlage. Egal, was man nun als Änderung der Geschäftsgrundlage ansieht, meine ich, daß man, angesichts der verfahrenen Situation im Delegiertenrat, das Thema Aufsichtsratserweiterung erst mal vertagen und abwarten sollte bis wir das Zulassungsverfahren erfolgreich abgeschlossen haben. Die Einschätzung vieler Bankmitarbeiter und Vereinsvorstandsmitglieder, daß Fink bei der Zulassung eine entscheidende Rolle spielen könnte, teile ich nicht. Wenn ein etablierter, systemkonformer Spitzenwirtschaftsverband abblitzt, wieso sollte dann einem „wirtschaftspolitischen CDU-Chaot von den Sozialausschüssen" große Bedeutung von diesen Herrn beigemessen werden?

Nach der Bankgründung sollte dann möglichst schnell die eigentliche Basis der Ökobank, nämlich die Genossen zu Wort kommen. Mir scheint, hiervor graut es einigen Superpolitkommissaren im Delegiertenrat. Könnten doch die „unmündigen Genossen" die „falschen Leute" in den Aufsichtsrat wählen. Das letztendlich legitimierte Organ, daß über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats entscheiden kann, ist jedoch die Vertreterversammlung der Genossen, ob das jedem paßt oder nicht.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Einladung

Wir laden hiermit fristgerecht ein zur Mitgliederversammlung der Freunde und Förderer der Ökobank e.V. am Samstag, den 27.Februar 1988 in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147. Beginn 12 Uhr.

Tagesordnung

- Jahresbericht des Vorstandes
- Rechenschaftsbericht des Kassenreferenten
- Entlastung des Vorstandes
- Beschlüsse zur Gestaltung der zukünftigen Vereinsarbeit
- Umbenennung des Vereins
- Neuwahl des Vorstandes

Der Vorstand des Vereins

Auflösung des Bundesvereins?

Der Landesverband Schleswig-Holstein - ein rechtlich selbständig eingetragener Verein - hat den Wunsch geäußert, ab 1.Januar 1988 die in Schleswig-Holstein lebenden Mitglieder des Vereins in eigene Verwaltung und Betreuung zu übernehmen. Hierzu bedarf es eines Beschlusses der Mitgliederversammlung des Vereins.

Ich denke, die Mitglieder sollten auf ihrer kommenden Versammlung durch eine entsprechende Satzungsänderung grundsätzlich allen Regional- bzw. Landesverbänden diese Möglichkeit einräumen. Konkret heißt das, daß die Landes- bzw. Regionalverbände die Beiträge der in ihrem Einzugsbereich lebenden Mitglieder einnehmen und damit die entsprechende Betreuung der Mitglieder (Information über CONTRASTE z.B.) finanzieren können, sofern eine Mitgliederversammlung der Region dies so beschließt.

Voraussetzung dazu ist immer die Gründung eines rechtlich eigenständigen Vereins.

Diejenigen Regional-/Landesverbände, die es vorziehen, die Betreuung und Verwaltung der Mitglieder ihres Einzugsbereiches weiterhin über ein zentrales Büro abzuwickeln, können dazu wie bisher den Rechtsrahmen des bestehenden Bundesvereins benutzen. Ich denke, eine solche Lösung ist für alle Mitglieder des Vereins annehmbar.

Dieter Reincke

Ökobank

Vereinsnachrichten

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990447

Selbstverwaltung in Österreich

Red. Wien / Red. Cassel Alternativ ist in Österreich alternativ. Aber Selbstverwaltung ist nicht gleich Selbstverwaltung. Andere Länder, andere Sitten - dies gilt hier in besonderem Maß. Werden in der BRD fast alle SV-Betriebe von Intellektuellen gegründet, so sind es in Östereich mehr die Facharbeiter. Selbstverwaltung ist in Österreich zunächst einmal Arbeiterselbstverwaltung. Die SV-Betriebe haben dort weniger den Anspruch, die Gesellschaft mit der eigenen Tat revolutionieren zu wollen. Selbstverwaltung wird nicht als Plattform zur Entwicklung von Utopie angesehen, sondern als neue Form, mit der Arbeitslosigkeit bei Betriebsstillegungen fertig zu werden.

Sabine Koffler
Gunar Seitz

Ein enormer Auftrieb für die Selbstverwaltung östereichischer Prägung kam von staatlicher Seite. Der östereichische Sozialminister Dallinger machte sich in diversen Veranstaltungen und Schriften geradezu zum Ziehvater einer SV-Bewegung. Dallinger: *„Vieles, was vor Jahren als Utopie in der Sozialpolitik diskutiert wurde, ist heute Realität. Selbstverwaltung ist ein Beispiel dafür. Vor Jahren als Renaissance eines Versuchs der frühen Arbeiterbewegung diskutiert, mehr Demokratie und Einfluß über die Produktion zu erlangen, gibt es heute bereits eine Vielzahl von Selbstverwaltungsprojekten. Als Teil der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden diese Versuche betrieblicher Demokratisierung zur Neuschaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen gefördert."*

Staatsknete nehmen oder verweigern - in der Bundesrepublik jahrelang mit verbitterter Härte (ver- und zer-) diskutiert - war in Österreich nie Anlaß für Streit. Carl Zehetner: „Man nimmt sie halt." Federführend für die Förderung der Selbstverwaltung östereichischer Prägung war und ist die östereichische Studien- und Beratungsgesellschaft (ÖSB). Mit dem vom Sozialministerium zur Verfügung gestellten Geld beriet sie nicht nur Betriebe und machte Öffentlichkeitsarbeit, sondern wirkte auch an Gesetzesnovellierungen mit, die die Selbstverwaltung gesetzlich verankerten. Carl Zehetner: „Damit war in Österreich bereits 1983 eine Ebene errreicht, die ihresgleichen in anderen Ländern sucht." Carl Zehetner beschreibt in seinem Artikel den mainstream österreichischer Selbstverwaltung. Darüber hinaus gibt Reinhard Nagel einen Kurzabriß der historischen Entwicklung der alternativen Ökonomie in Österreich.

Diese österreichische Form von Selbstverwaltung stößt auf autonomer Seite auf Skepsis. Anders als in der BRD, organisierten staatskritische und staatsablehnende Menschen nur vereinzelt Selbstverwaltungsunternehmen. Dennoch fanden sich in letzter Zeit öfters Initiativen, die den Aufbau von unabhängigen SV-Unternehmen wagen. Bedeutendster Betrieb dieser Richtung ist zweifelsohne das Wiener Vertiko-Kollektiv, daß wir in einer unserer nächsten Ausgaben vorstellen wollen.

Besonders interessant ist in Österreich die Diskussion um Zukunft und Zukunftsforschung. Zweifelsohne hängt dies sowohl mit der neutralistischen Stellung Österreichs als Scharnier zwischen Ost und West wie mit den starken Impulsen, die Robert Jungk der östereichischen Alternativbewegung gegeben hat, zusammen. Die Diskussion um Zukunftswerkstätten zum Beispiel ist in Österreich sogar schon so weit fortgeschritten, daß sie nun nicht nur von der SPÖ, sondern auch von der konservativen ÖVP vereinnahmt wird, wo die SPD insbesondere in Nordrhein-Westfalen hierüber erst nachdenkt. Über die internationale Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg / Robert-Jungk-Stiftung hatten wir bereits zweimal berichtet.

Rolf Schwendter schlägt in seinem Beitrag den Bogen zwischen Zukunftsdiskussion und Selbstverwaltung. Darüberhinaus untersucht er die Unterschiede zwischen der SV-Praxis in Östereich und der BRD.

Die größte derzeit existierende Genosenschaft befindet sich in Österreich: Die Matrei-Genossenschaft. Arno Korbach berichtet über dieses Relikt aus der Gründerzeit der Gemeinwirtschaft.

Summa summarum: Es gibt in Österreich eine ausgeprägte Selbstverwaltungsszene. Mehr noch, das Potential für Betriebs- und Projektneugründungen ist noch sehr stark. Insbesondere autonome Betriebe, wie sie Vertiko darstellt, haben in Österreich Zukunft.

Mit diesem Schwerpunkt stellt sich die CONTRASTE-Redaktion Wien vor. Aufgabe dieser Redaktion wird es sein, die österreichische Diskussion um Selbstverwaltung kritisch zu begleiten. Das heißt auch, daß wir mit unserer Arbeit als Wiener Redaktion Impulse für den Auf- und Ausbau einer alternativen Ökonomie in Österreich geben wollen.

Das Wiener Redaktionskollektiv, das in dieser Ausgabe mit zwei Artikeln vertreten ist hat sich zur Aufgabe gesetzt, Berichte und Kommentare zur Situation der Selbstverwaltung in Österreich zu schreiben. In unregelmäßigen Abständen werden diese Artikel in CONTRASTE erscheinen. Für eine lebhafte Diskussion sind alle österreichischen Leser von CONTRASTE eingeladen, Artikel, Leserbriefe und mehr zu schreiben - denn Meinungsvielfalt erhöht den Reiz -.

Redaktionsanschrift:
Sabine Koffler
Heinestr. 35
1020 Wien
☎ (0043/222) 26 72 84
oder 653747273

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Beratung und Finanzierung in Österreich

Karl Zehetner

Österreichische Studien-und Beratungsgesellschaft

Die Beratung Selbstverwalteter Betriebe in den Phasen der Gründung und der Festigung des Unternehmens wird in Österreich vorwiegend von der österreichischen Studien- und Beratungsgesellschaft (ÖSB) wahrgenommen.

Die ÖSB ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verein mit derzeit 400 Mitgliedern.

Durch eine Förderungsvereinbarung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist es der ÖSB seit 1983 in größerem Rahmen möglich, Projektgruppen, die Selbstverwaltete Betriebe oder Sozialprojekte gründen wollen, kostenlos zu beraten. Daher beschäftigt der Verein sechs BetriebsberaterInnen, unterstützt durch ein Sekretariat, die von ihrem Wiener Büro aus in ganz Österreich tätig werden.

Erfolge der ÖSB-Beratung

Im Rahmen der ÖSB-Gründungsberatung können folgende Projekttypen unterschieden werden:

* **Übernahmeprojekte**
  Die Belegschaft eines insolventen Betriebes übernimmt den gesamten Betrieb (auf demselben Standort) mit demselben Produktionsprogramm
* **Neugründungen nach Insolvenz an einem neuen Standort**
  Ein Teil der Belegschaft eines insolventen Betriebes (bzw. eines geschlossenen Betriebes) baut auf einem neuen Standort mit einem zum Teil neuen Produktionsprogramm ein neues Unternehmen auf.
* **kooperative Neugründungen**
  Eine Gruppe (zumeist) arbeitsloser Personen ohne gemeinsame Arbeitserfahrung gründet ein neues, kooperatives Unternehmen.

Während der Dauer des Vertrages zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der ÖSB (also seit rund vier Jahren) wurden über 60 Selbstverwaltungsbetriebe realisiert, die von der ÖSB beraten wurden.

In diesen Betrieben wurden rund 700 Arbeitsplätze geschaffen.

Diese Zahl bezieht sich dabei auf die Arbeitsplätze bei Gründung des Betriebes. Da bisher nur wenige Betriebe ihren Beschäftigungsstand reduzieren mußten, kann von einem noch höheren Beschäftigungseffekt ausgegangen werden.

Die Gesamtfinanzierung dieser Selbstverwaltungsbetriebe belief sich auf rund 180 Millionen Schilling, die zu etwa je einem Drittel auf Förderungen durch die Arbeitsmarktverwaltung, auf Subventionen anderer öffentlicher Stellen und schließlich auf Bankkredite und persönliche Aufbringung entfallen.

Beratungsansatz der ÖSB

Für die Beratung von Selbstverwalteten Betrieben gibt es ein wichtiges Prinzip: Die Projektgruppe soll durch die Aktivierung der Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter in die Lage versetzt werden, ihre Situation selbst zu analysieren, Daten sammeln und Entscheidungen treffen zu können.

Das Beraterteam trifft daher mit der Projektgruppe konkrete Vereinbarungen über Sitzungsinhalte und weitere Vorgehensweise. Wichtige Fragen, wie Rechtsform oder Finanzierung können nur in Zusammenhang mit allen übrigen Aspekten der Unternehmensgründung beantwortet werden.

Organisationsentwicklung für SV-Betriebe

Im Betriebsalltag erleben die Mitarbeiter oftmals, daß

* die betrieblichen Anforderungen der Produktion und des Verkaufs einerseits,
* und ihre eigenen Entwicklungs- und Entfaltungswünsche andererseits

miteinander im Widerspruch stehen.

Diese gegensätzlichen Interessen von Mitarbeitern und Betrieb, die beide notwendig und berechtigt sind, lassen sich mittels ganzheitlicher Entwicklungsschritte integrieren.

Die ÖSB bietet dazu begleitende Unternehmensberatung an.

Ergebnisse einer Evaluierung von SV-Betrieben

Die oben erwähnten Förderungen für die Gründung Selbstverwalteter Betriebe werden seit ihrer Einführung von Bundeswirtschaftskammer und Industriellenvereinigung kritisiert - wegen angeblicher „Mitnahme und Verdrängungseffekte".

Eine vom Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung im Auftrag des Österreichischen Instituts für Arbeitsmarktpolitik an der Universität Linz im Sommer 1987 abgeschlossene Studie brachte Klarheit in diese Auseinandersetzung und hinsichtlich der fiskalischen Effizienz:

Beim untersuchten Selbstverwalteten Mittelbetrieb (ca. 110 Beschäftigte), der in einem industriellen Bereich tätig ist, bei dem es nur wenige Produzenten gibt, konnte nur eine Verdrängung ausländischer Unternehmen festgestellt werden. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive ist eine solche leistungsbilanzstärkende Verdrängung durchaus erwünscht.

Der hohe Selbstfinanzierungsgrad ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit, daß das Projekt auch gefördert wird. Das durchgerechnete Projekt hat zum Zeitpunkt seiner Förderung als besonders umstritten und aussichtslos gegolten.

So muß für den größten Teil der Programmkosten stets das Sozialministerium aufkommen, während dagegen erhebliche Erträge beim Finanzministerium (Einkommens- und Umsatzsteuer) und bei den Ländern (Wegfall der Sozialhilfeleistungen) anfallen. Eine solche Diskrepanz birgt stets das Risiko in sich, daß es zu einer fiskalpolitischen Blockierung kommt. Damit ist ein Zustand gemeint, in dem kein öffentlicher Entscheidungsträger den Aufwand für ein Projekt auf sich nehmen will, weil andere „begünstigte" Gebietskörperschaften für diese „externen" Programmeffekte nicht entschädigen.

Die folgende Darstellung gibt die Berechnungen hinsichtlich der Nettobelastung öffentlicher Haushalte am Beispiel des nebenstehend erwähnten Selbstverwalteten Mittelbetriebes (Industrie) wieder:

Nettobelastung öffentlicher Haushalte

	SV-Betrieb (110 Beschäftigte)
direkte Fördermittel	5.860.000,-
Verwaltungsaufwand	1.000.000,-
zusätzliche sozialrechtliche Ansprüche	—
öffentlicher Aufwand in 12 Monaten	**6.860.000,-**
ersparte Arbeitslosengelder	4.000.000,-
zusätzliche Sozialversicherungsbeiträge	3.170.000,-
zusätzliche Einkommensteuer	1.880.000,-
zusätzliche Verbrauchssteuern	250.000,-
Einsparung von Sozialhilfe	—
Entlastung der öffentlichen Haushalte in 12 Monaten	**9.300.000,-**
Selbstfinanzierungsquote	130 %
Amortisationsdauer	höchstens 1 Jahr

Entwicklung der Selbstverwaltungsökonomie in Österreich

Die Genossenschaftsidee zwischen den Mühlen der politischen Großparteien

Red. Wien Nach dem zweiten Weltkrieg beherrschte die Frage der Vergesellschaftung des ehemaligen deutschen Eigentums (v.a. der Rüstungs- und Grundstoffindustrie) die Sozialisierungsdebatte. Während die Sozialdemokraten eine Verstaatlichung dieser „herrenlosen" Unternehmen propagierten, befürworteten Teile der christlichsozialen Volkspartei eine genossenschaftliche Lösung. Schließlich setzte sich der Verstaatlichungsansatz in der Sozialisierungspolitik durch.

Reinhard Nagel

Einzig das Gerätewerk Matrei blieb eine einsame - aber bis heute erfolgreiche - größere Genossenschaftsgründung dieser Periode. Auch das damals geschaffene Selbstverwaltungsrecht - das sogenannte „Werksgenossenschaftsgesetz" - blieb bis heute (totes) Recht.

Eine erste „Selbstverwaltungsgründerwelle" in den siebziger Jahren.

Erst in den frühen 70er Jahren kam es zu einer kleinen „Gründungswelle" neuer genossenschaftlicher Alternativbetriebe, wo in einer Art ökonomischer Weiterentwicklung der Studentenbewegung verschiedene „linke" Infrastrukturbetriebe -wie Druckereien, Zeitungen, Buchläden und Medienprojekte - entstanden. Diese ersten Projekte versuchten die Herstellung einer kritischen Gegenöffentlichkeit mit der praktischen Erprobung demokratischer Formen der Arbeitsorganisation zu verbinden. Fast alle der damals als Alternativprojekte gegründeten Unternehmen bestehen heute noch.

Zwei Produktions- und Lebensgemeinschaften, die ebenfalls in dieser Phase entstanden sind, erreichten eine über die österreichischen Grenzen hinausgehende Bekanntheit: der Friedrichshof und Longo Mai.

Offensive Arbeitsmarktpolitik durch Förderung von Selbstverwalteten Projekten

Die 1981 gegründete ÖSB (österreichische Studien- und Beratungsgesellschaft) versuchte Anfang der 80er Jahre die Idee der betrieblichen Selbstverwaltung als „Sozialisierung von unten" neu zu beleben. Diese Aktivitäten wurden von der österreichischen Arbeitsmarktverwaltung aufgegriffen, die auf der Suche nach neuen Trägern einer offensiven Beschäftigungspolitik war, um alle Beschäftigungspotentiale auszuschöpfen. Durch eine Novellierung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes (AMFG) 1983 wurde die Möglichkeit geschaffen, Selbsthilfeeinrichtungen und Selbstverwaltungsbetriebe finanziell zu unterstützen. Darüberhinaus wurde auch die Beratung dieser Projekte durch die ÖSB und durch Arbeitsmarktbetreuer - als verlängerter mobiler Arm der Sozialadministration - aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Überblick über die heutige österreichische Selbstverwaltungsbewegung

Nach meiner Schätzung existieren heute in Österreich rund 35 bis 40 Selbstverwaltungsbetriebe, die von den Mitarbeitern im wesentlichen kollektiv geführt werden

Vereinfacht gesehen ist die österreichische Selbstverwaltungsbewegung von zwei unterschiedlichen Typen bestimmt: Kollektivbetriebe mit einem offensiven oder einem defensiven Selbstverwaltungsverständnis.

Gründungsmotive des offensiven Typs sind die Bedürfnisse der Gründer nach einer dezentralen, überschaubaren und selbstbestimmten Arbeitsweise. Diese Projekte sind am ehesten mit der „alternativen" Selbstverwaltungsszene in der BRD vergleichbar.

Der defensive Typ ist bestimmt von der sozialökonomischen Zielsetzung, die Arbeitslosigkeit der InitiatorInnen zu bekämpfen bzw. ihre gefährdeten traditionellen Arbeitsplätze zu sichern.

Diese beiden Typen unterscheiden sich auch hinsichtlich der Betriebsgröße (alternative Kleinstbetriebe versus klein- und mittelbetriebliche Belegschaftsmodelle) und des Marktbezugs (Nischen- und Szenenmarkt versus nationaler Markt). Insgesamt besteht zwischen den beiden Typen jedoch kein grundsätzlicher Widerspruch zwischen dem Interesse der Arbeitsplatzerhaltung und dem Interesse an neuen demokratischen Arbeitsformen - wohl aber eine unterschiedlich ausgeprägte Rangordnung dieser Ziele. Durch die beschäftigungsorientierte Zielsetzung der öffentlichen Förderpolitik sind in den letzten Jahren mehrere Unternehmen des defensiven Typs entstanden, so daß die Selbstverwaltungsbewegung in Österreich - etwa im Unterschied zur BRD - besonders von stark ökonomisch bestimmten Kollektivbetrieben geprägt ist.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Matrei Genossenschaft

Wenn der Anspruch an der Wirklichkeit vorbeigeht

Red. Cassel Im November des vergangenen Jahres besuchte der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK die österreichische Selbstverwaltungsszene. Dabei stand - im landschaftlich reizvollen Tirol -der Besuch der Produktionsgenossenschaft Matrei auf der Tagesordnung. Matrei ist die größte Firma in Europa mit Selbstverwaltungsanspruch. Detlef Mades und Arno Carbach vergleichen in ihrem Artikel Anspruch und Wirklichkeit der Selbstverwaltung.

Detlef Mades
Arno Carbach

Im Spätherbst des vergangenen Jahres besuchten wir das Gerätewerk Matrei, eine Produtionsgenossenschaft im Großformat. Matrei wird oft als Vorzeigeobjekt für eine Verbindung von alter Gemeinwirtschaft mit neuer Selbstverwaltung angesehen. Dadurch erlangte die Matreigenossenschaft einen weit über Österreich hinausgehenden Ruf.

Das Profil

Das Gerätewerk Matrei wurde 1948 von Mitarbeitern eines ehemaligen Rüstungsunternehmens als Genossenschaft wieder aufgebaut. Statt Militärgeräte produziert Matrei nun Heizgeräte, Herdeinsatzvorrichtungen, Nachtspeicheröfen, moderne Gasverbrennungssysteme. Matrei vertreibt jedoch nichts direkt und nichts unter eigenem Namen. Das Gerätewerk ist eine reine Zulieferfirma.

Das Stammkapital ist auf etwa 75 Genossen verteilt. Sie zeichnen maximal 15 Anteilsscheine á 1.000 Schilling. Der Umsatz liegt bei 12 Mio DM. Gewinnausschüttungen gibt es nicht.

Die soziale Eingebundenheit

Eines der wesentlichen Ziele des Unternehmes Matrei ist die soziale Harmonie im Betrieb. Das Gerätewerk ist als Gemeinschaft durch eine dorfähnliche Struktur geprägt: Jeder kennt jeden; alle sind per Du. Die 150 Mitarbeiter werden aus Gründen der Mitbestimmung, der Überschaubarkeit und des persönlichen Kontaktes als zahlenmäßige Obergrenze einer Genossenschaft angesehen. Dies soll die Basis zur Erreichung der wichtigsten Firmenziele, nämlich der Sicherung des Arbeitsplatzes und einer weitgehenden Selbstbestimmung, bilden. Die direkte Gewinnmaximierung wird von den Genossen bewußt als zweitrangige Frage gewertet.

Herr Direktor Keller

Jeder Genossenschaftler besitzt eine Stimme in der Generalversammlung, die Vorstand und Aufsichtsrat für ihre dreijährige Funktionsperiode wählt. Wichtig ist, daß alle Aufsichtsratsmitglieder im Gerätewerk aktiv als Meister und/oder Abteilungsleiter mitarbeiten. Der Aufsichtsrat besitzt verhältnismäßig starke Kontroll - und Entscheidungsrechte. Die Kompetenzbereiche (Anweisungs- und Entscheidungsbefugnisse) sind in Matrei jedoch durchaus noch hierarchisch. Die starke Führungspersönlichkeit des jetzigen Geschäftsführers und Obmanns des Vorstandes wirkt sich sehr auf das Betriebsklima aus. „Herr Direktor Keller" ist für unbestimmte Zeit von der Genossenschaft als Chef gewählt worden. Doch stimmen überragende Führungseigenschaften noch mit der Selbstverwaltung überein?

Das Management gibt sich partnerschaftlich, legt aber großen Wert auf ausgeprägtes „Führen". Doch selbst in der „Führungsetage" ist das Kompetenzgefälle groß. Während Herr Keller und seine rechte Hand selbstsicher und gewandt ihre Firma präsentieren, haben die beiden mitgebrachten Abteilungsleiter mit ihrem Part Schwierigkeiten. Wir haben den Eindruck, daß sie fachkompetent zu berichten wissen, sich aber auf ihren Bereich zurückziehen. Die Steuerung des Betriebes wird Keller & Co überlassen. Die Mitbestimmung wird, trotz Beteuerung der Gleichheit aller - unterlaufen. Deutlicher noch als in der Führungscrew dürfte das Gefälle zwischen Abteilungsleiter, Meister, Fach- und Hilfsarbeiter sein.

Will nun die Belegschaft wirklich Selbstverwaltung? Unser Eindruck ist, solange das Werk einen sicheren Arbeitsplatz bietet, ist der Chef und die liebe Hierarchie akzeptiert.

Zwischen den Welten

Noch weniger als die Genossen sind die Nichtgenossen (immerhin zwei Drittel) an Selbstverwaltung interessiert. Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Gerätewerk Matrei kein Selbstverwaltungsmodell darstellt. Zu viele Prinzipien der Arbeiterselbstbestimmung sind nicht oder noch nicht verwirklicht. Und dennoch: Matrei unterscheidet sich von einer klassischen kapitalistischen Firma: denn oberste Ziele sind Erhaltung sicherer Arbeitsplätze und die sehr starke soziale und lokale Einbindung der Beschäftigten. Auch fühlen sich die Genossen als Miteigentümer von Matrei: sie **können** mitreden. So gesehen ist Matrei genau auf der Schwelle, die hier etablierte Ökonomie und da alternative Ökonomie verbindet. Vielleicht kann Matrei eines Tages die auch historisch bedingte Kluft zwischen Gemeinwirtschaft und echter Selbstverwaltung verkleinern helfen, wenn die Belegschaft ihren mühsamen Weg in Richtung Selbstverwaltung weiter fortsetzt.

Selbstverwaltung kann man lernen

Stephan Laske und Ursula Schneider

versuchen in ihrem 1985 erschienen Buch, Theorie und Praxis von Selbstverwaltung gleichberechtigt gegenüber zu stellen. Die lay-outerische Aufgabe. Grundsätzliches und Wirkliches auf einem Blick zusammen zu haben, ist gelungen: Auf der linken Buchseite stehen die Prinzipien der SV und was man in der Praxis so alles beachten „sollte" - rechts dagegen die Schwierigkeiten, die sich in der Wirklichkeit des rauhen Geschäftslebens am Beispiel der Tiroler MID-Genossenschaft ergaben.

Wenn wir die „linken Seiten" des Buches betrachten, lesen wir immer wieder knappe, gut zusammengefaßte Informationen und Definitionen. Die Prinzipien der Selbstverwaltung, Probleme der Gründung, Rechtsformen, Staatsknete, Führung ohne Führer, technischer Fortschritt, Vernetzung von Betrieben, Verhältnis von Selbstverwaltung und Gewerkschaften und die leidigen Geldprobleme werden beschrieben.

Leider fehlt diesem ansonsten sehr lesenswerten Buch ein Kapitel über die gesellschaftspolitische Bedeutung von praktizierter Selbstverwaltung. Die innerbetrieblichen Betrachtungen, die durchgehend als Art Leitfaden für SV-Betriebsgründungen herhalten können, ersetzen nicht die politische Bewertung des Geschehens. Vielleicht verhindert dies auch der Herausgeber, der Bundesminister für Soziale Verwaltung, Alfred Dallinger, der für das Vorwort zeichnet. Denn zuviel Selbstverwaltung in die Praxis umgesetzt, würde auch in seiner Partei, der SPÖ, sicherlich auf Widerstand stoßen.

Dem Schlußsatz dieses Buches, das Mut zur Betriebsgründung machen soll, kann dagegen nur zugestimmt werden:

„Über Selbstverwaltung kann man zwar nachdenken und dabei vom grünen Tisch aus vielleicht die eine oder andere brauchbare Überlegung beisteuern. Letztlich kann man sie nur - machen! Trotz aller Theorie - man muß ins Wasser springen, um schwimmen zu lernen. Selbst wenn es am Anfang noch nicht stilrein ausfällt -solange man sich über Wasser halten kann, ist es immer noch die beste Methode, wirklich zu erfahren, was Selbstverwaltung für einen bedeuten kann."

Stephan Laske/Ursula Schneider: „... und es funktioniert doch!" Selbstverwaltung kann man lernen. Bundesministerium für Soziale Verwaltung, Wien, 1985, 280 S., kostenlos.
Gunar Seitz

Arbeitsplätze selbst schaffen

Die 53-seitige Broschüre der österreichischen Studien- und Beratungsgesellschaft ist eine praxisorientierte Publikation. Die Broschüre gibt insbesondere Tips für den konkreten Aufbau eines Selbstverwalteten Betriebes. Dabei stehen beschäftigungspolitische Fragen und Finanzierungs- bzw. Förderungsfragen im Vordergrund.

Im Anhang dieser Broschüre befindet sich ein Arbeitsbogen. Dieser Bogen, der Fragen über die Absicht einer Neugründung eines SV-Betriebes enthält, ist für die ÖSB oftmals Anlaß, eine kostenlose Gründungsberatung durchzuführen. Eine knappe Broschüre für den Einstieg in die Selbstverwaltung also.

„Arbeitsplätze selbst schaffen", Bundesministerium für Soziale Verwaltung, Wien, 1986, 53 S., kostenlos

Weitere Publikationen, die für Betriebsgründungen von Interesse sind:

„Arbeiter-Selbstverwaltung - Neue Ansätze zu alten Vorhaben", ÖSB, Wien, 57 S., kostenlos.

„Lokale Beschäftigungsinitiativen in Österreich" - Selbsthilfe, Selbstverwaltung; Reihe: Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Bundesministerium für Soziale Verwaltung, Wien, 1985, 158 S., kostenlos.

„Informationen zur Selbstverwaltung", Mitteilungsblatt der ÖSB, unregelmäßig, kostenlos.
Gunar Seitz

ALTWAREN
VERTIKO
Betrieb in Selbstverwaltung
Möbel 1850 - 1950
Eigene Restauration
Ankauf - Verkauf
Lerchenfelderstr. 30
1080 Wien
☎ (0 222) 42 22 71

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Alternatives Österreich contra alternative BRD

Von der historischen Zukunft der Alpenrepublik

Red. Wien/Red. Cassel Es ist immer wieder erstaunlich, wie stark sich landesspezifische Eigenheiten und Mentalitäten in der Praxis von Selbstverwaltung niederschlagen. Rolf Schwendter, Vernetzer und Ideentransformator zwischen Österreich und der BRD, beschreibt in seinem Artikel, warum es zu gravierenden Unterschieden in der Auffassung von Selbstverwaltung zwischen der bundesrepublikanischen und der österreichischen Szene gekommen ist. Zum Schluß seines Kapitels weist er nochmals auf die (auch) für Österreich notwendigen Schritte für ein überleben jenseits von staatlichen Förderungen hin.

Rolf Schwendter

Wenn wir versuchen, die Entwicklung Alternativer Ökonomie in der BRD und in Österreich zu vergleichen, bleibt es nicht aus, von bedeutenden historischen Differenzen ausgehen zu müssen. Zum einen (Fritz Keller hat dies in seinem Buch „Wien, Mai 68" aufgrund umfassender Quellenstudien dargelegt) war die Wirkung der österreichischen Außerparlamentarischen Opposition mit der bundesdeutschen nicht zu vergleichen: ein bißchen entsprach sie der Farce, die am Nebenschauplatz gleichzeitig zur Tragödie abläuft. Während in der BRD 1975 beim Beginn der systematischen Befassung mit Alternativer Ökonomie schon auf eine Vielzahl vorliegender Erfahrungen zurückgegriffen werden konnte (Verband linker Buchläden, GLS-Bank, WG-Kooperative, Kinderläden - um nur einige zu nennen), gab es in Österreich gerade eine Handvoll Buchhandlungen, Verlage, Zeitschriften; nicht zu vergessen zwei Großkommunen (Longo Mai und AAO/Friedrichshof), die sich jedoch keineswegs zufällig zumindest europaweit orientierten.

Kultur und Ökologie

Dies änderte sich freilich 1976: die letztlich Christiania (in Kopenhagen) nachempfundene, Monate währende Arena-Besetzung im Gelände des Auslandsschlachthofs St. Marx (in Wien) scheiterte zwar hinsichtlich ihres Kampfgegenstandes, trieb jedoch eine breite Unterstützung an Ideen zur Selbstverwaltung und Selbstorganisation hervor. Diese wirkt nicht nur bis heute in den vielfältig entstandenen Kulturzentren mit selbstorganisiertem Anspruch (Amerlinghaus, Inlandschlachthof St.Marx, Werk-und Kulturhaus WUK, sowie eine Menge von Kulturzentren in der Provinz) weiter, sondern entfaltete sich auch in andere Bereiche hinein (Freie Schulen, Arbeitsprojekte, Ökologie).

Der bisher größte, wenngleich in eigenartiger Bündniskonstellation entstandene, Erfolg der österreichischen alternativen Bewegungen, der Sieg in der Anti-AKW-Volksabstimmung 1978 (der freilich bis hin zu. Tschernobyl 1986 immer wieder von etablierter Seite in Frage gestellt worden war), verdankt sich letztlich Spätfolgen dieser massenweise gemachten Erfahrung.

Selbstverwaltung und „neue Selbständige"

Da die Massenarbeitslosigkeit in Österreich im Vergleich zur BRD relativ spät einsetzte (letztlich erst in den 80er Jahren), hielten sich jedoch die Auswirkungen dieser Selbstverwaltungsbewegung auf die Alternative Ökonomie in Grenzen. Es entstanden zwar eine Reihe ökologischer Projekte, Läden, Kleinbetriebe, doch zu einem bedeutenden Teil unter der Federführung „neuer Selbständiger" (Gerd Vonderach) - was auf Grund der Anti-AKW-Bündniskonstellation auch durchaus als okay galt. (Vgl. auch die niederländische MEMO, in welcher die Differenz zwischen Alternativ (Kollektiv) - betrieben und „neuen Selbständigen" ebenfalls nicht gemacht wird). Noch bei der (am Rande der offiziellen Wiener Herbstmesse!) Projektemesse 1987, welche im September stattfand, war es für Außenstehende keineswegs ersichtlich, welches Projekt ein Alternativbetrieb, und welches im Eigentum ökologisch motivierter „neuer Selbstständiger" sei.

Eine völlig andere Staatsauffassung

Zum anderen, und dieses Moment wiederholt sich mit Notwendigkeit auch noch in mehreren anderen Artikeln, weil es nicht oft genug gesagt werden kann: die österreichische Alternative Ökonomie (vor allem die in Wien ansässige) lebt im Doppelsinn des Wortes, von einer völlig anderen Staatsauffassung als die bundesdeutsche. Auf die über zwei Jahrhunderte zurückgehenden historischen Umstände kann hier nicht eingegangen werden, weil dies mindestens den doppelten Platz in Anspruch nähme, als ich ihn hier zur Verfügung habe (vgl. mein Nachwort zu den Texten von Bernt Burchhart im Wiener Lücker-Verlag). Zusammenhänge bestehen zur feudalen Bürokratie, zur Abwesenheit einer eigenständigen österreichischen Bourgeoisie, zur Großen Koalition 1945-1966.

Die Folge ist, und dies schließt unter österreichischen Bedingungen alternative Bewegungen keinesfalls aus, eine weithin extreme Staatsabhängigkeit alternativer Projekte (sofern sich diese nicht aggressiv am Markte behaupten, dann aber mit allen technokratischen Finessen). Während der gängige bundesdeutsche Weg darin besteht, aus eigener Kraft soweit wie irgend möglich zu kommen, um dann, und erst dann, nach „Staatsknete" zu schreien, kennzeichnet sich der österreichische Weg häufig dadurch, im ersten Schritt ein Konzept des Projekts zu erarbeiten, um bereits im zweiten Schritt zu erörtern, an welche öffentliche Stelle man/frau sich am erfolgversprechensten wegen der Finanzierung wendet.

Die Historie schlägt zu

Dieses Verfahren hat Tradition, und zwar in beiden großen Lagern: die alternativen Projekte der Wiener Zwischenkriegszeit (der Wohnbau mitsamt der entsprechenden proletarischen Infrastruktur ist geradezu sprichwörtlich geworden, und beflügelt heute noch, mit einigem Recht, die Phantasien Klaus Novys und des „Wohnbunds") wurden über Steuerumverteilungen weitgehend von der sozialdemokratischen Gemeinde Wien finanziert; die linkskatholischen Genossenschaften (etwa im Sinne Karl Kummers oder August Maria Knolls) galten hinwiederum als konservativ-dezentrale Alternative zum als bedrohlich wahrgenommenen Staatssozialismus.

Entsprechend kam es zu der (in der BRD unvorstellbaren) Entwicklung, daß der Sozialminister Alfred Dallinger (SPÖ) zum Mentor einer ganzen Generation selbstverwalteter Betriebe, wie auch der österreichischen Studien- und Beratungsgesellschaft werden konnte. Dies brachte positiverweise mit sich, daß die Umwandlung von Konkursbetrieben in Selbstverwaltung in Österreich viel weiter fortgeschritten ist, als in der BRD (wobei auf Grund der auch in Österreich angespannten Budgetlage zukünfige Einsparungen zu befürchten sind). Dabei ist dies (sehr im Gegensatz zur BRD, wenn wir von Fink/Dettling absehen) keineswegs ein Privileg der SPÖ. War, aus taktischen Gründen, die ÖVP (die der CDU/CSU entspräche) schon ein Teil der Anti-AKW-Koalition, sind (vor allem in der Provinz) die Grenzen zwischen Junger ÖVP und Alternativer Liste gelegenlich fließend, so wetteifert die ÖVP mit der SPÖ auch in der etablierten Vereinnahmung der allseits beliebten „Zukunftswerkstätten" (worunter eine Institution, nicht das von Robert Jungk erarbeitete Verfahren, verstanden wird, mit Funktionären wie Josef Cap (SPÖ) oder Erhard Busek (ÖVP) in den Führungspositionen).

Zukunft liegt in der Infrastruktur

Womit ich abschließend bei der Zukunft wäre. Die steigende Arbeitslosigkeit wird das Interesse verstärkt auf die Alternative Ökonomie richten, andererseits werden die Budgeteinsparungen das staatliche Potential vermindern. Damit werden in Österreich Infrastrukturen notwendig, die jetzt noch sehr in den Anfängen stecken. Hier könnten Selbstverwaltungsnetze entstehen, die von den Ideen von Netzwerk Selbsthilfe, Ökofonds, Ökobank ... getragen sind.

Zukunft für Österreich ?!

Red. Cassel Am 18. November letzten Jahres fand in Wien eine denkwürdige Veranstaltung statt: Das 1. Werkstattgespräch zum Thema Bild und Zukunft Österreichs. Einlader war der Österreichische Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky (Sozialistische Partei Österreichs). Interessant war diese Veranstaltung vor allem deshalb, weil einmal mehr deutlich wurde, daß die SPÖ, genauso wie die anderen (insbesondere) etablierten Parteien Österreichs, keine Zukunft für sich selbst zu sehen scheint. Nicht von ungefähr wurde das Wort "Zukunft" von den vier links/liberalen Diskutanten Axel Corti, Barbara Coudenhove-Kalergi, Marion Gräfin Dönhoff und Franz Vranitzky innerhalb von geschlagenen 3 Stunden nur sechsmal ausgesprochen.

Gunar Seitz

Mensch könnte meinen, Österreich sei ohne Zukunft. Und dennoch, von vielen übersehen aber unverkennbar, keimt in Österreich Neues. Anzusprechen sind hier Longo Mai und der Friedrichshof. Diese beiden Großkommunen, die ersten im mitteleuropäischen Raum nach dem 2. Weltkrieg, haben alle politischen und ökonomischen Angriffe von außen abgewehrt und sind wirtschaftlich derart erstarkt, daß ein Überleben weiterhin gut möglich ist.

Hoffnung macht auch die geradezu stürmische Entwicklung des ersten Selbstverwaltungsbetriebes, der bewußt auf jegliche Unterstützung durch den Staat verzichtet hat: das Vertiko-Kollektiv. Dieses autonome Kollektiv könnte vielleicht Initiator für den Aufbau einer wirklich unabhängigen alternativen Ökonomie in Österreich werden.

Das markanteste Projekt in Österreich ist zweifelsohne die Zukunftsbibliothek in Salzburg. Hier wird nicht nur Literatur über eine aktive Zukunftsgestaltung gesammelt: Viel wichtiger ist, daß die Bibliothek mehr und mehr zum internationalen Angelpunkt der Diskussion um Zukunftsentwürfe und Utopien für ein Leben nach dem naturzerstörenden Kapitalismus wird. Dieser Verdienst ist in erster Linie dem persönlichen Engagement Robert Jungks zuzuschreiben, der als spiritus rector der Zukunftsforschung mit der Zukunftsbibliothek ein Forum geschaffen hat, in dem sich Ideen aus Ost und West und Entwürfe aus Nord und Süd begegnen können. Dabei könnte vielleicht auch Neues, Richtungweisendes entstehen.

In Salzburg ist bereits - zumindest in Ansätzen -verwirklicht, wovon auf dem Werkstattgespräch über Bild und Zukunft Österreichs so viel geredet wurde. Nämlich von der Funktion Österreichs, Impulse für eine Weiterentwicklung jenseits der Blockgrenzen geben zu können.

Österreich also als Begegnungsstätte für Szenarios, Ideen, Entwürfe, Utopien für eine alternative Zukunft? Hier könnte eine wichtige und einmalige Aufgabe einer alternativen Kultur in Österreich liegen, die sich ja jetzt schon nicht im geringsten hinter derjenigen der Bundesrepublik oder anderer Länder zu verstecken braucht.

MÖP

Damit das Militär das Fürchten lernt.

Soeben erschienen:
MÖP-Rundbrief 6/7
Mitteilungen der Arbeits- und Forschungsstelle "Militär, Ökologie und Planung" zur kommunalen Friedensforschung.
Probeexemplar: MÖP e.V.
Postfach 317 4600 Dortmund 1

Frauenförderung bei Netzwerk

Claudia v. Braunmühl

Ende letzten Jahres lehnte das Berliner Netzwerk (NW) den Antrag des Frauenprojektes „Das verborgene Museum" auf Mietübernahme ab. Das trug NW den Vorwurf ein, frauenfeindlich zu sein.

Wie auch immer, hier ist jetzt erstmal festgehalten, was ein prüfender Blick in die NW Unterlagen in Sachen Frauenprojekte zutage fördert. Wichtig, sich noch einmal in Erinnerung zu rufen: NW drängt es nicht, und sei es noch so werbewirksam, überall dabei zu sein. Es versteht sich als „letzte Instanz" der Ermutigung und Ermöglichung. Manchmal lästige, häufig aber auch mobilisierende und politisierende Gänge zu allen möglichen Geldquellen sind erwünscht und spielen bei Beratung und Bearbeitung eine wichtige Rolle.

1985: Nur ein Frauenprojekt wurde bereits im Vorfeld abgelehnt. Supernova wollte eine Anlauffinanzierung von 10.994,- DM für das Praxiszentrum des „Vereins zur Förderung astrologisch-kultureller Werte e.V." Aus dem Antrag: „Wir wollen dazu beitragen, die Astrologie transparent zu machen, individuelle Wachstumsprozesse anzuregen und zu unterstützen. Deshalb geht es uns im wesentlichen darum, die Astrologie wieder verstärkt in den Alltag zu integrieren, ihr ursprüngliches Eingebundensein in die natürlichen Lebensprozesse aufzusteigen." Die Projektegruppe lehnte den Antrag mit der Begründung ab, „daß das Projekt weder einen eindeutig politischen, noch einen wesentlichen sozialen Charakter aufweist."

Für 5 Frauenprojekte wurden andere Finanzierungsquellen aufgetan. Von den insgesamt 43 geförderten Projekten waren 7 Frauenprojekte.

Das sind 16,8% mit insgesamt 55.280,-DM und 11,6% der gesamten Förderungssumme von 476.318,-DM. Zum Vergleich: Das Frauenfinanzierungsnetzwerk Goldrausch förderte im gleichen Jahr 16 Projekte mit insgesamt 74.000,- DM.

1986 wurden wieder 43 Projekte mit diesmal insgesamt 392.421,-DM gefördert. Davon waren 6 Frauenprojekte. Das sind 14% mit insgesamt 46.199,- DM und 11,8% der gesamten Förderungssumme. Goldrausch förderte 1986 13 Projekte mit insgesamt 80.000,-DM.

Für eine Gegenveranstaltung zum Gen-Technologiekongeß im ICC, die **Antigena** beantragten die Initiatorinnen 5.530,- DM für Referats- und Übersetzungshonorae beim NW Feuerwehrfonds. Das war mehr als diesem zusteht und die Honorarhöhe erschien auch eher Szene-unüblich. Der Antrag wurde abgelehnt. Letztendlich sprangen die Bonner Grünen ein.

1987 landeten im Beirat 10 Frauenprojekte mit einer Fördersumme von insgesamt 44.150,-DM. Das sind bei 48 von NW in dem Jahr geförderten Projekten knapp 21%, bzw. 14,5% der Gesamtfördersumme von 304.196,-DM. (Die Goldrausch-Zahlen liegen noch nicht vor.) Der Beirat lehnte 3 Projekte ab; eines davon war „Das verborgene Museum". Das wollte eine Mietüberbrückung als Zuschuß. Da war NW der Meinung, daß die Frauen in der offiziellen Förderszene exzellente Chancen hatten und haben und daß die Mietlücke auch eine Frage schlechter Haushaltsplanung ist. Da einzuspringen haben wir nicht für unsere Sache gehalten, obwohl wir das Unterfangen „Verborgenes Museum" sehr mögen.

Ein Vergleich der geförderten Projekte zeigt das gleiche Bild wie bei der NW Gesamtförderung. Die NW Förderpraxis hat weniger mit selbstverwalteten Betrieben zu tun. Der Anteil der kollektiv produzierenden Betriebe liegt bei unter 10%. Hinzu kommen noch einige Handelsbetriebe. NW fördert überwiegend politische Produkte. Das ist bei Frauenprojekten nicht anders. Zwar ist ihr Anteil an den Dienstleistungsprojekten höher, aber der Großteil entfällt auf die Förderung von Formen des Protests.

Natürlich ist der Vorwurf, NW sei frauenfeindlich, nicht anhand der faktischen Förderung zu widerlegen. Möglicherweise wollen Frauen nichts mit NW zu tun haben, nicht an seine Gremien herantreten oder in ihnen mitarbeiten. Andererseits ist auch von anderen Finanzierungseinrichtungen der Szene, nicht zuletzt vom Frauennetzwerk Goldrausch, zu hören, wie gering die Nachfrage von Frauen nach Fördermitteln ist. Das deutet darauf hin, daß die Gründe ganz woanders liegen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Frauen und Technik

Zwei Welten begegnen sich - endlich!

Sabine Hübner

Seit Anfang 1987 arbeitet in Berlin das Projekt „Frauen und Technik - Information, Beratung, Förderung". Es leistet mit der stärkeren Öffnung der sogenannten Männerberufe, insbesondere der industriellen Metall- und Elektroberufe, für Frauen einen Beitrag zur Verbesserung der beruflichen Chancen von Frauen. Durch Öffentlichkeits- und Überzeugungsarbeit sollen diese Berufe in das Berufswahlspektrum der Mädchen gerückt werden.

Die meisten jungen Frauen neigen bei der Berufswahl eher zu Dienstleistungsberufen und lehnen männlich geprägte Berufe als „unpassend" ab. Viele der gelernten Friseusen, Verkäuferinnen, Arzthelferinnen geben dann früher oder später - mehr oder weniger freiwillig - die Distanz gegenüber der Industriearbeit auf: sie finden sich als un- oder angelernte Arbeiterinnen in der Industrie wieder.

Berlin hat eine lange Tradition weiblicher Erwerbsarbeit in der Industrie; ein Drittel (34%) der hier Beschäftigten sind Frauen (im Bundesdurchschnitt 27%). Ihre Tätigkeit ist zumeist in besonders hohem Maße fremdbestimmt. Das läßt sich an der Eingruppierung ablesen: 1985 waren 93% der Arbeiterinnen gegenüber 38% der Arbeiter in den Leistungsgruppen 2 und 3 (Un- und Angelernte). Industriemeisterinnen gibt es nur ganz wenige.

Die Arbeitsgruppe zum Thema „Erstausbildung" beim Hearing „Qualifizierung von Frauen auf dem Prüfstand" (siehe nebenstehenden Artikel) hielt eine Doppelstrategie gegen die Diskriminierung weiblicher Erwerbstätigkeit für angebracht:

1. Für Qualifikationen gibt es keine objektiven, zeitlos gültigen Wertmaßstäbe. Die Geringschätzung von Tätigkeiten, die üblicherweise von Frauen ausgeübt werden, ist nicht gerecht(-fertigt), sondern Ausdruck eines Machtverhältnisses.

Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen werden zu angeborenen weiblichen Eigenschaften umetikettiert, die „einfach unbezahlbar" sind. Das Geflecht von Macht, Professionalisierungsstrategien und daraus resultierenden Qualifikationsbewertungen ist schwer zu durchschauen und mühselig zu ändern. Dennoch müssen wir uns gegen die Geringschätzung von Frauenarbeit zur Wehr setzen.

2. Der Hang zur Maschine - eine typisch männliche Eigenschaft? - wird dagegen bereitwillig honoriert. Als alternative Strategie zum Überwinden geschlechtsspezifischer Berufsordnungen sollten Mädchen/Frauen mit technischen Fähigkeiten und Neigungen (das sind nicht wenige) ermutigt werden, die von Männern per Gewohnheitsrecht beanspruchten Berufsfelder für sich zu reklamieren. In der Arbeitsgruppe wurde jedoch auch betont, daß der Einbruch in frauenfeindliche Männerdomänen sanktioniert wird: Frauen werden dafür bestraft

- durch Ausschluß von Kommunikationsstrukturen,
- durch den permanenten Druck, ihre Qualifikationen unter Beweis stellen zu müssen,
- durch die Verweigerung einer eigenen beruflichen Identität, verbunden mit Zweifeln an ihrer „Weiblichkeit".

Es stellen sich also als kleineres Übel zur Wahl: alltägliche Verzweiflung oder dickes Fell. Wenn wir Frauen zu einer unkonventionellen Berufswahlentscheidung ermutigen, dürfen wir keine Illusionen über den beruflichen Alltag, der sie erwartet, entstehen lassen. Wir dürfen sie nicht allein im Regen stehen lassen, sondern müssen Strukturen schaffen, die bei der Bewältigung der Alltagsprobleme hilfreich sind und sie dabei unterstützen, ein eigenes berufliches Selbstverständnis zu entwickeln. Das bedeutet, daß wir auch in diesem Bereich den Frauenwiderstand organisieren müssen gegen Strukturen, die es Frauen schwer machen, hier eine längerfristige Berufsperspektive zu entwickeln.

Projekt „Frauen und Technik"
Technische Universität Berlin, FR 4-5
Franklinstraße 28/29
1000 Berlin 10
☎ (030) 314-3475

OberlehrerInnen bei Netzwerk?

Der Chronologie der Ablehnungsgründe für unseren Antrag an Netzwerk auf Zuschuß für 3 Monatsmieten wird nun noch ein weiterer hinzugefügt. Das Netzwerk hält uns für „ein renommiertes Projekt mit einflußreicher und finanzkräftiger Lobby", was nicht ausschließt, daß es unsere Förderung gleichzeitig mit der Begründung ablehnt, unsere Zukunft sei finanziell nicht hinreichend gesichert.

Zuerst war es die Behauptung, das, was wir machen, sei nicht politisch und nachdem wir das nach einer längeren Diskussion, in der wir unsere Inhalte und Ziele dargelegt hatten, ausräumen konnten, waren wir zu professionell, d.h. unsere Ausstellungen zu qualifiziert. Danach fiel das geografische Argument (Kuhdammnähe), gegen das - Hand auf's Herz - wirklich nichts mehr zu sagen ist. Denn allen leuchtet ohne weiteres ein: Was nicht in Kreuzberg liegt, kann nicht förderungswürdig sein, denn nur dort findet alternative förderungswürdige Projektarbeit statt. Und wer sich nach über 15jähriger Arbeit in der linken bzw./ und Frauenbewegung für ein Projekt in einem weiß getünchten hellen Raum in der Schlüterstraße entscheidet, bewegt sich in „feudalen" Räumen und provoziert bei denen, die diese Erfahrung nicht haben, Schlimmes, nämlich Geld in Form von „finanzkräftiger Lobby", was verdächtig macht, nicht nur, weil Geld stinkt.

Keine Lobby für Frauen

Dabei weiß jede: Es gibt keine Lobby für Frauen, schon gar keine Finanzlobby, es gibt sie auch nicht für uns, sonst hätten wir einen Antrag ans Netzwerk nicht gestellt. Das Schicksal aller Frauen heißt erst einmal unentgeltliche Arbeit neben der Berufstätigkeit überall - auch in den Projekten - also Selbstausbeutung, wobei die Klärung der Finanzierung nicht nur am Anfang einen erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeutet.

Ich frage mich, wie sich so hartnäckig der Verdacht halten kann, die Projektgruppe zweige nichts für den Verein ab, obwohl dies möglich sei, bzw. möglich sein müsse (Projekt und Verein sind zwei völlig verschiedene organisatorische Zusammenschlüsse mit den gleichen Inhalten und dem gleichen Namen). Die Senatsgelder sind projektbezogen und zweckgebunden für die Ausstellung, die am 17.12.87 in der Akademie der Künste eröffnet wird. Niemand vom Netzwerk hat uns auch sagen können, wie sowas gemacht wird.

Als das Netzwerk vor 8 Jahren gegründet wurde - in der Zeit der Hochblüte der Berufsverbote und auch aus diesem Anlaß war Grundgedanke, durch finanzielle Starthilfe die Gründung autonomer Projekte mit alternativen Umgangsformen, Arbeitsbedingungen und Entscheidungsfindungsprozessen zu initiieren. Den Förderungsbedingungen, die damals aufgestellt wurden, ist nicht zu entnehmen, daß ein Projekt, das sich mit dem Aufzeigen der Benachteiligung der Frauen in der Kunst, dem Kunstmarkt und der Ankaufpolitik der staatlichen Museen beschäftigt und diese durch eigene Ausstellungen und Forschungen beseitigen will, nicht zu fördern ist. Und daß die Identität, das Selbstbewußtsein von Frauen - nicht nur von Künstlerinnen - entscheidend auch durch das Wissen um Vorbilder in der Frauenkunstgeschichte bzw. deren Erforschung beeinflußt ist, erschließt sich nicht nur den Frauen, die ihre Identität nicht über männliche Vorbilder beziehen.

Der Mensch lebt nicht vom Fressen allein. In Deutschland, Berlin und Kreuzberg gibt es nicht nur keine linke Tradition. Es gibt auch keine linke Geschichte, es gibt nur linke Lebensgeschichten, deren Inhalte sich auch ändern können und zwar bis zum Gegenteil. Vielleicht überprüft die Linke im Netzwerk mal ihr Verhältnis zur Kunst generell und zu der von Frauen speziell.

Alexandra Goy
in einem Leserbrief an die taz

Veränderung tut Not!

Geschlechtsspezifische Berufsbilder

Sonja Vahrenhorst

Qualifizierung für Frauen auf dem Prüfstand!!
Frauenberufe:
Geringe Aufstiegsmöglichkeiten, schlechte Bezahlung, geringes Ansehen!!
Haben Frauen weniger Chancen im Berufsleben aufgrund geringerer Qualifikation?

Diese Frage beschäftigte rund 130 Frauen aus Betrieben, Projekten, Parteien, Arbeitsamt und Gewerkschaften während der Veranstaltung des FRAUENAKTIONSRATES Kreuzberg „Qualifizierung für Frauen auf dem Prüfstand". Arbeitsschwerpunkte waren Erstausbildung, Weiterbildung, Wiedereingliederungsmaßnahmen und Frauenförderpläne.

Traumberuf aller Mädchen ist auch noch die Friseuse. Über 75% lassen sich in „Frauenberufen", d.h. Dienstleistungs-, Sozial- und pflegerischen Berufen ausbilden. Lediglich die Einsicht in die Bedeutung und Notwendigkeit einer beruflichen Ausbildung für Mädchen hat sich vergrößert.

Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, sind schlecht bezahlt, haben nur geringe Aufstiegsmöglichkeiten und obendrein gesellschaftlich ein geringes Ansehen. Veränderung tut not! Ohne Gemeinsames Handeln vieler Frauen aus allen Bereichen wird sich allerdings nichts bewegen. Eltern, Schule und Betriebe müssen neue Wege finden, traditionelle patriarchale Berufsstrukturen aufzubrechen. Berufsbilder dürfen nicht länger geschlechtsspezifisch bewertet und honoriert werden. Oder wissen Sie, warum der Beruf des Druckers höher bewertet wird als der der Schreibkraft?, obwohl beide fast das Gleiche tun??

Auch wenn Frauen heute bessere Ausbildungen als je zuvor haben, bleiben ihnen sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst die höheren Etagen verschlossen. Frauen arbeiten häufig unter ihrer Qualifikation, arbeiten unter Vorgesetzten, die weniger wissen als sie, übernehmen auch noch deren Aufgaben. Sie lehnen sich kaum dagegen auf, oder, wie es eine Vertreterin des Arbeitsamtes ausdrückte: „Sie gewinnen scheinbar jeder Arbeit auch noch etwas Gutes ab."

Als „Zuverdienerinnen" werden Frauen heute akzeptiert. Sie arbeiten teilzeit, häufig in ungelernten Tätigkeiten und verbinden mit ihrer Arbeit keine eigenständigen Berufsperspektiven. Angebotene Weiterbildungsmöglichkeiten schließen viele Frauen aus, sie orientieren sich an der Vollzeitbeschäftigung und der uneingeschränkten Verfügbarkeit von Männern, die von ihren Frauen umsorgt werden. Berufliche Weiterbildungsmaßnahmen gibt es weder als Teilzeitangebot, noch mit Kinderbetreuung. Selbst, wenn frau alle Voraussetzungen hat, steht sie Männern gegenüber, die Frauen als Kolleginnen oder Untergebene schätzen, aber als Vorgesetzte nicht ertragen können. Hier können nur „Frauenförderpläne" helfen, die Machtstrukturen müssen deutlich gemacht und überwunden werden. Der Personalrat des SFB und der Senatorin für Jugend und Familie hat der Arbeitgeberseite in diesem Jahr Frauenförderpläne vorgelegt. Sie beinhalten u.a. die bevorzugte Einstellung von Frauen, Weiterbildungsmöglichkeiten speziell für Frauen und die Anerkennung der Ausfallzeiten durch Kindererziehung.

So soll erreicht werden, daß Frauen die Arbeitsplätze bekommen, auf die sie schon lange ein Recht haben.

Qualifikation ist Chance, wenn Frauen durch Ausbildungen eigene Interessen, eigene wirtschaftliche Unabhängigkeit und ein besseres Selbstbewußtsein erlangen. Es ist allerdings Ideologie, wenn behauptet wird, daß allein mangelnde Qualifikation von Frauen ihre schlechten Arbeitsplätze bedingen.

Für das Jahr 1988 wird vom Frauenaktionsrat Kreuzberg ein weiteres Hearing zum Schwerpunkt „Frauen in ungeschützten Arbeits- und Zeitarbeitsverhältnissen" vorbereitet.

Unterstützt wurde die Veranstaltung durch: Netzwerk e.V. (finanziell) und das Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz (durch Rat und Tat) - Wir danken!!

Frauenaktionsrat Kreuzberg

BaseG

(Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstverwalteter Gartenbaubetriebe)

Bundes: Berlin bis Freiburg, Nürnberg bis Hamburg usw.

Arbeitsgemeinschaft: Fester Zusammenhang ohne Hierarchie. 30 Fachbetriebe mit drei bis dreizehn MitarbeiterInnen Organisation der BaseG-Aktivitäten durch jeweils verschiedene Mitgliedsbetriebe.

Selbstverwaltet: Keine „Chefs". Gleichberechtigung aller MitarbeiterInnen bei allen Entscheidungen. U.a.m.

Gartenbaubetriebe: „Garten und Landschaftsbau". Gartenplanung, -anlage, Pflege mit allen anfallenden Arbeiten.
Anspruch, naturnah und ökologisch verantwortlich zu arbeiten.

Historia

Ab Sommer 1985: Rundschreiben eines Bremer Betriebes an in Frage kommende Betriebe (Adressen über Netzwerke und GRÜNE Büros).
Februar 1986: Seminarwochenende im Tagungshaus Waldschlösschen bei Göttingen.
Kennenlernen, Austausch, Arbeitsgruppen in verschiedensten Themenbereichen (betriebswirtschaftlich, Nachfragen ...).

„BaseG" - Gründung
50 TeilnehmerInnen

August 86: eine Woche Sommerseminar bei WIR e.G in Bergkamen beiDortmund. Anlage einer Wurzelraumkläranlage nach Kickuth.

Fachvorträge und Austausch.
40 TeilnehmerInnen

Februar 1987: Winterseminarwochenende Waldschlösschen. Schwerpunktthemen mit Fachreferaten: Baumpflege und Großbaumschnitt nach Shigo. Betriebliche Versicherungen. Wirtschaftliche und Kalkulationsfragen. Austausch.
60 TeilnehmerInnen
August 1987: WIR e.V. Gauselfingen. Einwöchiges Sommerseminar. Gartengesamtanlage aus 1000 qm Asphaltdecke um ehemalige Strickwarenfabrik. (Näheres s.Beitrag) 30 Teiln.(begrenzt)
Vorausschau:
Februar 1988: Sommerseminar bei GRÜNLAND Gartenbau, Baunatal bei Kassel. Naturnahe Bachuferbefestigung. Erste Schulungswoche „Seil-Klettertechnik in der Baumpflege".
Weitere Aktivitäten:
Zusammenstellung einer internen Broschüre mit Selbstdarstellungen der Betriebe.
Zwischenbetrieblicher Austausch und Fortbildung durch Mitarbeit einzelner MitarbeiterInnen in anderen BaseG Betrieben.
Interessenvertretung
Einkaufs- und Auftragskooperationen.

Ende mäßig, Anfang gut!

Von der „Bundschuhdruckerei" zu „Schwarz auf Weiß"

Constantin Bartning

Ende mit Schrecken...

Im August 1987 meldete die Bundschuhdruckerei in Freiburg, mit 14 Mitarbeitern und einer guten maschinellen Ausstattung eine der größten Kollektivdruckereien, den Konkurs an (CONTRASTE berichtete darüber).

Ursache für die Pleite waren strukturelle Unzulänglichkeiten des Kollektivs verbunden mit wirtschaftlichen Fehlentscheidungen - und ein Kollektiv, das mit sich selbst fertig war.

So liefen mit der Konkursanmeldung die Vorbereitungen an, den Betrieb aufzulösen und den Druckereistandort aufzugeben.

Doch, es geht weiter!

Vier Mitarbeiter der Druckerei, alle noch nicht so lange dabei, werden weitermachen mit neuem Konzept für den Betrieb und zusammen mit zwei neuen KollegInnen.

Die neue Druckerei nimmt die Arbeit am 4. Januar 1988 auf. Sie wird „Schwarz auf Weiß - Druckerei in der Fabrik" heißen. - Vom alten Namen „Bundschuhdruckerei" haben die Rechtsanwälte wegen der (geringen) Gefahr der „Rechtsnachfolge" abgeraten.

Wer, wie, was?

Daß es soweit kommen konnte, haben die Kolleginnen des neuen Betriebes ihrer eigenen Zähigkeit zu danken, mit der sie die letzten Monate für ihren neuen Betrieb gearbeitet haben.

Dazu kam eine Unterstützung von Außen, an die im August kaum jemand geglaubt hatte:
- Vom darniederliegenden Freiburger Netzwerk widmete der Kollege MUM fast seine gesamte Arbeitszeit der Betriebsgründung (Beratung, Kreditvermittlung...)
- Für die Finanzierung der Maschinen stellten das Freiburger und das Berliner Netzwerk ein Risiko-Darlehen in Höhe von insgesamt 30.000 DM zur Verfügung.
- Mit dieser Unterstützung übernahm die Kollektiv-Leasing-Gesellschaft in Berlin die Finanzierung der Maschinen und kaufte Ende November von der Bundschuhdruckerei einen Großteil der Maschinen und Geräte.
- Beteiligt sind damit die Kollegen von Akut-Siebdruck in Berlin, die als Mieter und Gesellschafter der Kollektiv Leasing über deren Engagement bei „Schwarz auf Weiß" zu entscheiden hatten = und betroffen sind, wenn der neue Betrieb scheitert.

Sie stellten dementsprechend harte Bedingungen die in dieser Form noch nicht Selbstverwaltungs-Standard sind:

1. Sämtliche sechs GründungsmitarbeiterInnen müssen von Anfang an gleichberechtigte GesellschafterInnen der Schwarz auf Weiß GmbH sein.
2. Das Einkommen muß für alle von Anfang an an den Ertrag des Betriebes gebunden werden (wer mehr bekommt, als der Ertrag zuläßt, hat Schulden beim Betrieb),
3. Die erforderlichen Betriebsmittel müssen in voller Höhe bis Jahresende zur Verfügung stehen.

Besonders die erste Forderung war hart für den Kollegen und die Kollegin, die noch nicht bei der Bundschuhdruckerei mitgearbeitet hatten. Aber sie wurde ebenso erfüllt wie die anderen Bedingungen! Für die künftige Zusammenarbeit der beiden Betriebe in der Kollektiv-Leasing (bei der Schwarz auf Weiß Gesellschafter werden wird) ist jetzt eine Betriebsverfassung / Geschäftsordnung zu erarbeiten.

Es ist die erste derartige Kapitalverflechtung zwischen zwei kollektiven Grafischen Betrieben.
- Ab Januar sind nacheinander zwei Kolleginnen von Oktoberdruck/ Berlin für drei Monate in Freiburg, um beim Aufbau der Druckformherstellung zu helfen.

Kein Konkurs!

Die Bundschuhdruckerei GmbH hat Ende November ihren Konkursantrag zurückziehen können, nachdem mit den Gläubigern ein privater Vergleich zustande kam. Die Gläubiger erhalten von ihren Forderungen 35% und müssen damit einen herben Verlust hinnehmen. Bei einem Konkurs wäre jedoch deutlich weniger herausgekommen -allein wegen der hohen Verfahrenskosten. Dies und die Aussicht auf einen als Kunden fortbestehenden Betrieb hat die Lieferanten/Gläubiger dem Vergleich zustimmen lassen.

Für die ehemaligen Mitarbeiter der Bundschuhdruckerei ist die Sache damit noch nicht ausgestanden. Sie werden einige Jahre zu bezahlen haben, bis die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften usw. abgetragen sind. Es hätte jedoch für Sie erheblich schlimmer kommen können.

Der Leistungsbereich von Schwarz auf Weiß:

Die Druckerei „Schwarz auf Weiß" wird Satz, Druck bis zum Format DIN A1 und Weiterverarbeitung anbieten. Da die Geschäftsführung von einem Druckingenieur, die anderen Arbeiten von SchriftsetzerInnen, DruckformherstellerInnen und Druckern ausgeführt werden, können wir vom ersten Tag an mit guter Qualität rechnen.

Trotz der insgesamt günstigen Voraussetzungen wird die nächste Zeit für die KollegInnen noch eine harte Belastung werden.

Zauber im Fabrikhof

Seminar der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstverwalteter Gartenbaubetriebe (BaseG)

Red. Heidelberg Die Aufgabenstellung bestand diesmal darin, den 1000 qm großen, geteerten Hof der WIR-Fabrik in Gauselfingen in ein benutzerfreundliches Biotop mit Teich, Trockenmauer, Kräuterspirale, Brücke und Sonnendeck zu verwandeln. Dazu kamen Spaliere zur Wandbegrünung und eine Kletterhilfe für Rankpflanzen aus Stahlseil an der 14 m hohen und 100 m breiten Hauptfassade. Als Vorarbeit ließen die WIR's die gesamte Hoffläche abbaggern, um Teer und Schotter abzutragen und gleichzeitig den Aushub für den Teich zu erledigen.

Sonntag

Anreisetag - bis zum Abend ist ein Großteil der insgesamt 28 GärtnerInnen angekommen und nutzt die Zeit nach dem Abendessen für die letzten Planungs- und Koordinationsaufgaben. Das Wetter ist unsommerlich kühl und naß.

Montag

Das Vorhaben, einen Teich anzulegen, ist schon im vorhinein geglückt. Das gesamte Areal ist überschwemmt und es kübelt kräftig weiter. Einige Unverdrossene geben gegen Mittag die Devise aus: „Der Regen läßt nach", und so beginnen die Vermessungsarbeiten und die ersten Versuche, die Teichsohle zu befestigen.

Das Ergebnis sind im Morast versinkende Maschinen, mit der Folge, daß der Nachmittag das Schauspiel einer rhythmisch stampfenden Gruppe bietet, die per Fußkraft die Maschinenarbeit übernehmen. Ein Schauspiel, das sich mit Trommelbegleitung und Sonnenschein am Donnerstag wiederholen wird, um den eingebrachten Lehm zu verdichten und beste Laune und Feierstimmung mit sich bringt.

Bevor es soweit ist, ist allerdings erst noch die „große Schlammschlacht" angesagt. Pumpen werden besorgt, um die Wassermassen zu beseitigen, die Fundamente für die Brückenträger (6 m Tragweite, gebogen) werden betoniert und - da der Teich ohne Folie bleiben soll -die Formen für Lehmziegel gebaut.

Gleichzeitig ist eine Gruppe im Steinbruch unterwegs um, Steine für die Trockenmauer zu besorgen. Eine andere Gruppe ist beim Ziegelwerk, um den Lehm zu begutachten.

Dienstag

Wieder Regen!!! Am liebsten würden alle bei Kaffee, Tee, etc. im Cafe sitzenbleiben. Warten ist sowieso angebracht. Lehm und Steine sollen heute geliefert werden. Es ist dann auch die Steinlieferung, die Bewegung in die Gruppe bringt. Die Trockenmauer, die den Parkplatz vom Garten trennt, und die Kräuterspirale können angelegt werden.

Gegen Mittag spielt dann auch die Sonne mit und rund um die Fabrik breitet sich wuselige Betriebsamkeit aus. Gute Laune und Zuversicht - bis zur Mitteilung: „Der Lehm kommt heute nicht".

Mittwoch

Auch heute kommt der Lehm nicht! -Dafür steht die Frage an, wie soll bis Samstag alles geschafft sein, wenn der Lehm nicht kommt. Fast alles ist behindert, weil die Zufahrt zum Teich freigehalten werden muß. Lediglich am Sonnendeck (Holzplattform 100 qm) hinter dem Teich kann unbehindert weitergehämmert, gesägt und genagelt werden.

Mittlerweile kommen die LKWs mit dem Mutterboden und statt alles gleich zu verteilen, muß das ganze zu einem Riesenberg zusammengeschüttet werden - noch mehr Arbeit -.

Am Spätnachmittag kommt der Lehm doch noch und mit dem Lehm ... Katastrophenstimmung. Denn statt der bestellten aufbereiteten Lehmmasse, die in die Formen gestampft werden kann, kommt Rohmaterial, das ohne Maschinen nicht verarbeitbar ist.

Viel Telefonaktion und dann der Entschluß: die Annahme wird verweigert, der verärgerte LKW-Fahrer wird zur nächsten Erddeponie geschickt. Verzweiflung macht sich breit: Das ganze wird zum Unternehmen „Wahnsinn". Zuviel vorgenommen, am Samstag wollen alle heimfahren - also nur noch 2 1/2 Tage und alles was zu sehen ist, ist ein Schlachtfeld.

Donnerstag

Die 7.00 Uhr-Überraschung schlägt zu. Der Chef des verärgerten LKW-Fahrers steht vor der Tür. Er hat den Lehm auf seinem LKW begutachtet und für gut befunden. „Des Zeug bringt mer halt mit'm Bagger ein". Soll heißen, statt Ziegel, die von Hand eingebracht und verschmiert werden, soll der Bagger den Lehm auf die Teichsohle drükken ...

Zuerst ist Skepsis da, aber das gestandene Mannsbild von schwäbischem Fuhrunternehmer macht überzeugend klar, daß er schon so manches Feuchtbiotop angelegt hat und von der Sache genug versteht. Der Lehm wird also an der Straße abgekippt, per Raupe zum Teich gefahren und vom Bagger eingebracht. Ein an sich imposantes Schauspiel, das jedoch soviel verwüsteten Boden zurückläßt, daß manchen GärtnerInnen die Tränen in den Augen stehen.

Bei dem leblosen Boden des Fabrikhofes ist so eine Aktion zwar vertretbar, aber es beschleicht einen schon das Grauen, daß auf intakten Böden genauso gearbeitet wird.

Am Nachmittag ist es dann tatsächlich soweit, daß mit Trommelbegleitung der Lehm eingetanzt wird. Die Spannung hat sich gelöst, die Sonne spielt auch mit und am Abend läuft die Pumpe bereits in die andere Richtung, um den Teich wieder zu füllen.

Freitag

Mit Hochdruck, aber entspannt, geht's an die Abschlußarbeiten. Die Seiltruppe der Fassadenkletterer hat Haken und Ösen gesetzt, jetzt werden noch die Seile gepannt, dann können Knöterich, Wein und Efeu ihre Begrünung beginnen. Das Sonnendeck bekommt die letzten Dielen, Wege werden angelegt, die ersten Pflanzen eingesetzt, auf einer großen Steinplatte das BASEG-Signum verewigt und die Rankspaliere in künstlerischer Vollendung an die Wand gebracht. Zu den Rankspalieren gehört auch ein großes „Spinnennetz", das einen Teil des Weges überdacht, samt Spinne, deren Fahrrädrückstrahleraugen nachts funkeln, der aber nach Aussage eines Biologen das vierte Beinpaar fehlt, was den Rückschluß zuläßt, daß in dem gerade angelegten Biotop auch unbekannte, neue Arten ein Zuhause finden.

Klar, daß der Erfolg des Unternehmens am Abend gebührend gefeiert wird.

Dem Schreiber sei erlaubt, seiner Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß außer bei den Gärtnern auch bei anderen Handwerkern die Lust entsteht, einmal im Jahr eine Woche zusammen zu arbeiten und voneinander zu lernen und diesen Gewinn mit dem Projekt zu teilen, das Raum und Aufgaben für so eine Art der Zusammenarbeit hat.

BASEG - Zauber für alle (Selbstverwalteten)!

Autor: Bernd von der WIR,
Rechsteinstraße 14,
7453 Gauselfingen

Lobby oder Bildungsverein?

Der Verein Selbstverwalteter Grafischer Betriebe geht ins zweite Jahr

Von der Idee...

Was bei den Frühlingstagen nur eine wage Idee, im Sommer nur eine Satzung war, fängt allmählich an, in ernsthafte Arbeit auszuarten:
- Die für den Herbst 87 geplanten Seminare über Betriebsverfassungen, Druckformherstellung, Betriebswirtschaft und EDV haben stattgefunden und sind zum Ausgangspunkt für ein Schulungsprogramm geworden. (teilgenommen haben Mitarbeiter aus insgesamt 21 Betrieben -der Verein selbst hat bisher 13 Betriebe als Mitglieder).

Erfolgreich waren die Seminare nicht nur, weil die Inhalte für intensivere Schulung bestimmt wurden. Der unmittelbare Kontakt mit KollegInnen aus anderen Betrieben brachte für die eigene Arbeit neue Ideen und das Gefühl, „es gibt andere, die sich mit den gleichen Fragen herumschlagen wie wir".

Inzwischen scheint das Interesse an den Inhalten der Arbeit auch bei Betrieben zu erwachen, die sie bisher ignorierten.

Versammlung der „Macher"?

Andererseits ist es immer noch eine sehr kleine Minderheit, von KollegInnen, die den Wunsch haben über den betrieblichen Alltag hinaus, die Perspektiven der Arbeit mit KollegInnen aus entfernten Betrieben zu diskutieren oder den beruflichen Horizont durch Weiterbildung zu erweitern. Die anderen verhalten sich in dieser Hinsicht so, wie die meisten „normalen" Arbeitnehmer.

Es waren nicht nur die „MacherInnen" als Teilnehmer bei den Seminaren. Doch auf deren regelmäßiges Engagement wird der Verein weiter angewiesen sein.

Darüberhinaus stellen sich manche die Frage, ob sich Erfahrungsaustausch und Weiterbildung „rechnet". Es kostet Zeit, die u.U. für die Produktion verloren geht (spätestens wenn wir Schulungen über eine Woche beginnen) und Geld. (Daran wird auch das Anzapfen diverser Subventionstöpfe nichts ändern).

Zumindest für einige ist das keine Frage mehr: So ist z.B. ein Lithographie/Composing - Seminar bereits „ausgebucht". Es entstand aus einem Frühstücksgespräch am Rande des Seminars über Druckformherstellung. Davon konnten auch die für bisherige Maßstäbe horrenden Teilnehmerbeiträge von 300 DM (ohne Unterkunft und Verpflegung) nicht abschrecken.

Aus der Planung für 1988:

1. 15.-18. Januar Seminar über die Entwicklung im Satz/PC-Satz und den damit zusammenhängenden Bereichen Grafische Gestaltung und Druckformherstellung in Kassel
2. 5.Februar bis 7.oder 8. Februar Lithographie-Seminar in Leverkusen
3. Während der IMPRINTA (16.2.-24.2.) abendliche Treffen in Düsseldorf.
4. „Frühlingstage" über Himmelfahrt 12.-15.Mai in Berlin.
5. Selbstverwaltungs-Formen und Betriebsverfassung sowie inhaltliche Vorbereitung der Frühlingstage 11.3.-14.3 in Kassel

Noch ohne Termin:

6. ist eine Seminarfolge von 3x einer Woche:
   a) Betriebswirtschaft und Kosten–Leistungsrechnung,
   b) Einführung in PC für betriebswirtschaftliche Anwendungen
   c) Erstellen von betriebswirtschaftlichen Anwendungen z.B. Kalkulation und Kosten-Leistungsrechnung auf PC.
7. Rasterfotografie mit Kontakt-und Distanzraster (Glasraster) und auf dem Flachbettscanner.
8. PC-Satz, DTP und Grafische Gestaltung mit dem PC.

Bei allen technischen Seminaren beschäftigen wir uns zusätzlich mit den betriebswirtschaftlichen Aspekten und der Auswirkung der Technik auf unsere Arbeitssituation.

Schink/Druck & Grafik
und Constantin Bartning

Stellensuche

Maschinenbautechniker, seit 7 Jahren als Ausbilder tätig, sucht andere Arbeitsstelle mit wenig Streß und viel Knete.
Chiffre: Viel Knete

Schick uns bitte noch die 9 DM für die Chiffre-Gebühr!!

Offsetmontierer, 42 Jahre, gelernter Schriftsetzer, perfekt in Seitenmontage (Umbruch v. Zeitungen, Zeitschriften u. Büchern, Papier u. Film, auch mehrfarbig), sowie Reproarb., Strich/Raster, sw., Erfahrung in Bogenmontage u. Kopie, ungekündigt, sucht neue Aufgabe in alternativ/Selbstverw. Betrieb (Druckerei od. Satzstudio), Raum D., E., K., W.
Jürgen Schumacher
Gustav-Poensgen-Str. 5
4000 Düsseldorf 1
☎ (0211) 38 29 73

Fachhochschulabsolvent (Fertigungstechnik, Maschinenbau) sucht sinnvolle Tätigkeit in einem Selbstverwaltetem Betrieb.
Ulrich Schimmel
Albert-Magnus-Str. 1
7080 Aalen 1
☎ (07361) 7 63 28

Suche zum 1.5.88 (o. später) Praktikumsstelle in SV Handwerkso. LWS-Betrieb. Bin 20, habe Abi und ZdL gemacht und brauche jetzt praktische Betätigung!
Volker Freese
Janningsweg 13a
4400 Münster
☎ (0251) 21 71 31

Biete **typ. stille Beteiligung** an Berliner „Handelsgeschäft" i.S.d. 4. VermBG (fragt Eure-n SteuerberaterIn): 72 Mon. à DM 78,-. Anfragen mit inhaltl. finanz. aussagefähiger Selbstdarst. an:
Chiffre: Handelsgeschäft

Bäckerei plus Wohnung (ca. 50 qm) im Raum Neuwied (Postlz. 5450) an Biobäcker zu verpachten; günstige Finanzierungskonditionen.
Wolfgang Beywl
Bonnstr. 84
5040 Brühl

Wir suchen 365 Badewannen (leihweise) für Barscheinachfolger (!) für Großdemo IWF Berlin.
Chiffre „Badewanne"

Frauenprojekte

Frauen-Projekte-Buch NRW mit Infos, Adressen uva. (Literaturliste) c/o Frauen, Arbeit u. Zukunft e.V., Postfach 278, 4600 Dortmund 1 (320 S. für 16,80 DM auf Rechnung!)

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

Telefon. . . . . .Unterschrift .....

Bitte einsenden an: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Leserbriefe

Betreff Ausgabe Nr. 39, Dez. '87 „Zu den Schüssen..."

Liebe MacherInnen.
Also, ich muß schon sagen, das ist das erste Mal, daß ich eine solidarische Auseinandersetzung mit dem Thema „Startbahnschüsse" im linken teutschen Blätterwald las, mal abgesehen von den autonomen oder anarchistischen Zeitschriften. Es gibt direkt Hoffnung, daß zumindest ein Teil der Linken auch in Zukunft gemeinsam Widerstand leistet und nicht der Selbstzerfleischungsgier westdeutscher Linker anheimfällt. Bei einer zukünftigen Konservatimusdebatte, sollte in dem Zusammenhang mal diskutiert werden, wie weit z.B. konservatives Denken und Handeln in linken Kreisen genau dieser Selbstzerfleischung Vorschub leistet. Rechte Idealismen sind schließlich einem solidarischen Leben so ziemlich genau entgegengesetzt.
Solidarischer Widerstand der Linken tut not!
Gerhard Kern

Schweigen, sagte Robert Jungk, ist Zustimmung

Ständig ist nur die Rede von „Arbeits-PLÄTZEN", „VER-SORGTEN Arbeitslosen", von „noch MEHR zu schaffenden Projekten" ; nie aber von der Notwendigkeit, die Inhumanität unserer Arbeitswelt anzugehen,die die Menschen ins Abseits drängt: an die Ursachen der Arbeitslosgkeit ranzugehen statt an Symptome.

Wut steigt in mir auf, wenn ich die, die verantwortlich sind für Arbeitslosigkeit und krankmachende Strukturen, Herrn Issen (DAG Hbg und Bundesanstalt für Arbeit), Dr. Solms (FDP), den Herrn vom DGB und andere vereint in dem Spruch reden höre: „Ihr Arbeitslosen, seid nicht tatenlos, gründet eigene Unternehmen! Tut was für Euch!" Der, der nie gefragt wird, soll plötzlich Ver-antwortung übernehmen und sich selbst helfen.

Wieweit sind wir gekommen, wenn wir in unseren Selbsthilfegruppen lernen, wieder selbständiger, stärker, gesünder zu werden, in unserer kleinen Gemeinschaft uns stabilisieren, uns unterstützen und die finanzielle Unterstützung aus einem offiziellen Topf als Anerkennung, als Erfolg buchen...

Ist Geld alles? Ist damit die Schuld der Verantwortlichen beglichen, die uns ausgliederten, abschoben, sozialpolitisch unsozial behandelten?

Ist unsere Wut verflogen, wenn wir in unserem Micro-System Wärme kriegen? Wo geht die Stärke hin - wenn nicht ins Außen? Oder besteht sie nur darin, mehr Geld und klüger als die Anderen „beantragt" zuhaben?

Schmeichelt uns nicht sogar die Wertung in der Öffentlichkeit, statt loszubrüllen:

Welches Recht nehmt ihr euch eigentlich raus, uns zu loben, uns zu verpflichten, für uns selbst zu sorgen! Wo bleibt der Sozialstaat:
- wenn er unsoziale Ausgrenzung von alten kranken Menschen vornimmt,
- wenn er ungenügend Kindergarten- und Krippenplätze schafft,
- wenn er den Wahnsinn von Überqualifikation und Leistungswettbewerb so vorantreibt, daß Schüler sich umbringen und Jugendliche nach der Ausbildung keine Aussicht auf Arbeit mehr haben,
- wenn Kultur hochsubventioniertes Theater bedeutet und Volkskultur keinen Preis mehr hat,
- wenn das Gesundheitwesen Krankheit macht durch Pillenkonsum statt Menschen zu behandeln,
- wenn...wenn...wenn...

Am Abend in München spricht Robert Jungk von den Ohnmachtsgefühlen gegen den staatlichen Machtapperat. Daß diese Resignation erzeugen.

Später kamen mir Zweifel: Schweigen wir aus Ohnmacht - oder verstecken wir hinter dem Ohnmachtsgedanken unsere uralte Angst vor WIDER-stand, GEGEN-Bewegung? Unrecht fühlen und die Wut, die keinen Raum mehr läßt für intellektuelle Spekulationen über Erfolg oder Mißerfolg öffentlich gemachter Meinung!

Robert Jungk hat mich beschämt: da muß so ein alter Mann kommen, der im 3. Reich das „ALLESZUENDEGEFÜHL" erlebte, um mir immerirgendwiegesicherte n Wohlstandskind die Resignation zu nehmen und klar zu machen: SCHWEIGEN IST ZUSTIMMUNG !
Eva Kreling

Betrifft CONTRASTE Oktober 1987, Schwerpunkt: Der „2. Arbeitsmarkt"

Frage des Blickwinkels?

Daß „CONTRASTE" den sog. „2. Arbeitsmarkt zum Thema gemacht hat, war notwendig bzw. längst überfällig. Die Meinungsbildung zu ABM und Arbeit statt Sozialhilfe ist in der alternativen Szene bisher nur unzureichend und wenig öffentlich geführt worden.

In den Artikeln ist deutlich geworden, daß bei durchgängig kritischer Beurteilung dieser Maßnahmen, die Einschätzung und v. a. die Inanspruchnahme recht unterschiedlich sind: Ablehnung in München und Verbesserungsvorschläge in Bremen.

Im folgenden einige ergänzende Daten und Einschätzungen:

Insgesamt dürften z. Zt. ca. 120. 000 Personen über ABMs und vielleicht nochmal 10-20 000 über Arbeit statt Sozialhilfe beschäftigt sein. Dies - wie auch dargestellt - mit regional sehr unterschiedlicher Konzentration.

Mehr als 50% dieser Stellen werden bei den Kommunen angesiedelt sein.

Die Haupteinsatzfelder liegen in NRW (und das dürfte im Bundesgebiet ähnlich sein) in den Bereichen
- Soziale Dienste: ca. 1/3,
- Garten- u. Landschaftsbau: ca. 1/5,
- Büro u. Verwaltung ca. 1/5,

= gut 1/3 unspezialisiert: „Sonstiges".
(Quelle: Info Landesarbeitsamt NW vom 16.04.1987)

Die Art der Einsatzfelder legt die Vermutung nahe, daß die vom Gesetz geforderte „Zusätzlichkeit" nicht immer garantiert ist.

Dies ist nicht zuletzt der Grund, warum ABM so umstritten ist. Die Gewerkschaften befürchten den Abbau von Planstellen, die Arbeitgeber „unlautere" Konkurrenz.

Nach den bisherigen Planungen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) sollen auch im nächsten Jahr wieder Mittel für ca. 120 000 ABM-Stellen zur Verfügung stehen. Dies kann aber auch anders kommen, wenn man die durch die Steuerreform beim Bund ausgelösten Sparmaßnahmen einerseits und das für die nächsten Jahre bei der BA zu erwartende Defizit andererseits mit in Betracht zieht.

Ist es sinnvoll, wenn ABM zurückgefahren wird?

Unbestritten ist, daß ABM keine/kaum Beschäftigungseffekte hat. Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, brauchen wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung (eher 30 als 35 Stunden). Diese ist z.Zt. nicht in Sicht. Ebensowenig ein größeres staatliches Beschäftigungsprogramm, das in einem zahlenmäßig relevanten Maße zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit beitrüge. Auch die alternative Ökonomie leistet hier nur einen bescheidenen Beitrag.

Kurzfristige politische Änderungen mal ausgeschlossen, wird es in den nächsten Jahren als Hilfe zur Beschäftigung von Arbeitslosen weiterhin nur ABM und Arbeit statt Sozialhilfe geben. Und solange diese Programme angeboten werden, werden sie auch in Anspruch genommen. Letzteres gilt auch für alternative Projekte, wenn auch primär für die nicht ausschließlich erwerbswirtschaftlich orientierten: Soziales, Kultur, Jugend etc.

Welche Entwicklung - quantitativ und qualitativ - dieser sog. „2. Arbeitsmarkt" nimmt, läßt sich nur bedingt prognostizieren. Die in CONTRASTE angedeutete Möglichkeit in Richtung „Zwangsarbeit", ist als schlimmste Variante nicht auszuschließen. Analog verlief die Entwicklung in den 30er Jahren.

Diskutiert wird in den einzelnen Kommunen, teilweise auch in den Gewerkschaften und in den Wohlfahrtsverbänden eine Ausweitung und Verbesserung der Programme sowie deren Einbindung in die kommunale und regionale Infrastrukturplanung und -verbesserung. Am weitesten ist diese Diskussion in Bremen (und dies geht weit über das hinaus, was in CONTRASTE unter dem Stichwort „KUKOB" dargestellt worden ist).

Kernpunkte eines Beschlusses der Bremer Bürgerschaft vom 12.05.1987 (Drucksache 11/978 vom 16.06.87) sind neben der schon genannten Einbindung von Programmen in die regionale Strukturentwicklung
- längere Laufzeiten von Maßnahmen,
- die Verknüpfung von Beschäftigungs- mit Qualifikationsmaßnahmen
- besondere Berücksichtigung v.a. am Arbeitsmarkt benachteiligter Zielgruppen
- eine Schwerpunktbildung im Bereich des Umweltschutzes,
- verbesserte Durchlässigkeit zum erwerbswirtschaftlichen Bereich

Wie und wohin sich der sog. „2.Arbeitsmarkt" entwickelt, ist auch eine Frage der Einmischung.
Michael Schrader, Essen

„Werde Tischler"

Zunächst - so sollte man meinen - liegt hier ein Fachbuch vor, ein feuriger Apell an den Schulabgänger oder frischgebackenen Lehrling. Das ist bei diesem Werk des vor wenigen Jahren gestorbenen Altmeisters der Gestaltung und des Handwerks, Hugo Kükelhaus, nicht von der Hand zu weisen.
Aber hier liegt noch mehr vor

Einer der außergewöhnlichen Versuche nämlich, die Fachkunde eines Handwerks mit einer Metaphysik der Lebens-und Möbelgestaltung zu verbinden. Das Vorwort wird bereits durch einen Satz geprägt, den kein Ausbeuter seinem Lehrling sagt: „Wer den Hetzruf 'Tempo, Tempo' nicht aus seinem Herzen zu bannen vermag, soll nicht erst anfangen zu lesen." Dann greift Kükelhaus in die Trickkiste, die er im Lauf seines Lebens und seiner ausgiebigen Reisen in andere Kulturen mit den unterschiedlichsten philosophischen, religiösen und kulturellen Mitbringseln gefüllt hat. Er entwickelt eine „Handwerksphilosophie", die an Originalität und Tiefgang ihresgleichen sucht. In kaum merklichem Übergang führt er nach diesem universalen Rundumschlag in die elementaren Grundbegriffe des Handwerks ein, vom Holz zu den Verbindungen (und was für welchen!!) bis hin zu Möbeln, die es schon ganz schön in sich haben.

Die begleitenden Zeichnungen sind aufschlußreich, wenn auch in heute ungebräuchlichen Projektions- und Schnittechniken ausgeführt.

Beim Lesen dieses aussergewöhnlichen Buches wird deutlich, daß hier kein Fachidiot Sachwissen aufeinanderstapelt, sondern ein Weitsichtiger das Experiment wagt, den Standort des Handwerks im Gesamtgefüge der Welt auszuloten. Ein Unterfangen, das vielleicht in den Zeiten vor der industriellen Deformation etwas einfacher, wenn nicht gar überflüssig war; wer weiß?

Ein - übrigens seit langem vergriffenes - Buch also, für den Schreiner - gerade auch den berufserfahrenen - dem es einfach nicht gelingen will, den Blick über den Horizont seiner Hobelbank hinaus zu vermeiden; Ein Buch aber auch für jeden, der insgeheim in seinem Büro oder anderswo mit diesem Beruf liebäugelt, den er - aus welchen Gründen auch immer - nicht ergriffen hat.

„Werde Tischler" von Hugo Kükelhaus und Gregor Balkenhol als Kopie (160 S.) gegen Zusendung eines 20,- DM Scheines erhältlich bei: Nikolaus Huhn, Widweg 7, 8000 München 60

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Neue Schwulenbewegte Zeitschrift sammelt Startkapital

Mit einem Spendenaufruf haben die Zeitschriften Rosa Flieder (Nürnberg) und Siegessäule (Berlin) Anfang Dezember ihren Plan bekanntgegeben, sich zu einem neuen schwulenbewegten Magazin zusammenzuschließen. Die Zunahme schwulenfeindlicher Propaganda im Zeichen von AIDS, hysterische Ausgrenzungsversuche und Zwangsmaßnahmen in Bayern und andernorts bedrohten sexuelle Emanzipationsbestrebungen und Bürgerrechte, stellen die beiden Zeitschriften fest. Ein neues, engagiertes Magazin der Schwulenbewegung, das nicht wie bislang unbezahlt von Amateuren gemacht werde, könne als vernehmliche schwule Stimme in der Pressevielfalt zu erfolgreicher Gegenwehr beitragen und eigene Akzente setzen.

Mit ihrem Spendenaufruf wollen die beiden Zeitschriften für das neue Alternativprojekt ein Startkapital von 100.000 DM ansammeln, das später für die Gründung einer Verlagsgesellschaft genutzt werden soll. Allein die angefragten Erstunterstützer/Innen des Aufrufs hatten bis Anfang Dezember 25.000 DM gespendet.

Einzahlern auf das Treuhandkonto der Homosexuellen Selbsthilfe e.V. (Sonderkonto Zeitschrift Nr. 131 68-107 beim Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10) wird versichert, daß sie das Geld zurückerhalten, falls es nicht zur Gründung des neuen Magazins kommen sollte. Spender, die mindestens 100 DM zahlen, werden mit ihrem Einverständnis namentlich in der Aufrufen als Unterstützer genannt.

Weitere Informationen sind erhältlich bei der
Initiative Neue Zeitschrift
Goltzstraße 34
1000 Berlin 30
☎ (030) 215 86 00

"und weiter geht's.....

AUCKLAND ex Fra	ab **2495,– DM**
BANGKOK ex Fra	ab **1420,– DM**
BOMBAY ex Fra	ab **1477,– DM**
HONGKONG ex Fra	ab **1875,– DM**
SYDNEY ex Fra	ab **2350,– DM**
TOKYO ex Amst	ab **1995,– DM**
ATLANTE ex Fra	ab **943,– DM**
HONOLULU ex Fra	ab **1755,– DM**
LOS ANGELES ex Fra	ab **1195,– DM**
NEW YORK ex Fra	ab **750,– DM**
RIO/Sao Paulo ex Amst	ab **1818,– DM**
MEXIKO ex Fra	ab **1466,– DM**

WIR FLIEGEN AUCH IN 88

RUND-UM-DIE-WELT FRA ab **1995,– DM**
Amsterdam-Vancouver-Hongkong-Bangkok-Frankfurt

srid – reiseladen
Bockenheimer Landstraße 133, Tel. 069 - 70 30 35
Waldschmidstraße 11, Tel. 069 - 49 03 60
6000 Frankfurt 1

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72. - DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

CONTRASTE - Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich aktiv für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE umsonst.

(Formlose) Aufnahmeanträge sind an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM.

20 Jahre 68er ...

20 Jahre nach 1968 scheint die Zeit wieder reif für eine Aktion gegen die sanfte Verblödung in Politik und Kultur. Und das funktioniert so...

Ihr alle kennt sie, die 68er, die zum Teil schon beachtliche Fortschritte auf ihrem langen Marsch durch die Institutionen gemacht haben. Ob bei den Grünen oder bei der SPD, in der Verwaltung und in den Verbänden, spürt sie auf und schenkt ihnen eine Neujahrsausgabe von CONTRASTE („Werdet glücklich... - Werdet reich!") mit den BUNTEN SEITEN.

Das kostet Euch nur 5,- DM in Briefmarken und die zündende Idee, wen Ihr beehren wollt. Wir beschicken jede Adresse, die Ihr benennt, mit einer CONTRASTE und werben mit folgenden, auf jedes Gemüt eingehenden ABO-Prämien neue „68er AbonnentInnen":

Wahlweise:

O Tarot-Karten legen lassen von unserer Werbeabteilung - Karriereplanung mit Pfiff

O Ein Pariser aus Jute statt Plastik zur alternativen AIDS-Verhütung

O Einen „Blauen Band", den wir billig auf einem Trödelmarkt erstanden haben.

Wenn Euch interessante Opfer einfallen: Adresse und 5,- DM in Briefmarken an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1.

Tagungen...Seminare...Treffen

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Bildungsurlaube:

Ernährungsformen im Vergleich
14. bis 19. Februar 1988
Ökologischer Hausbau
29.2. bis 4.3.1988
Ökologisches Bauen und Heizen
14. bis 18. März 1988

Wochenendseminare

Anlehngewächshäuser
29. bis 31. Januar 1988
Im Körper zu Hause
5. bis 7. Februar 1988
Skandinavische Niedrigenergiehäuser
19. bis 21. Februar 1988
Sonnenkollektor-Selbstbau
26. bis 28. Februar 1988
Umweltfreundliche Heizsysteme
4. bis 6.März 1988

Info und Anmeldung:
unter o.a. Anschrift

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

Einführung in die Buchführung und Kalkulation für Selbstverwaltete Projekte
31.1. bis 5.2.1988

Anmeldung & Programm bitte mit frankiertem Rückumschlag an obige Anschrift.

Lernwerkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- od. Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

No hau für die Sau

Woher kommen die Talerchen?
Finanzierungsmöglichkeiten für gewerbliche Projekte und Selbstverwaltete Betriebe
Referentin: Gaby Elias, im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke, Beraterin im „Netz" in NRW.
Termin: 11. Januar 1988

Woher kommen die Talerchen? Teil II
Finanzierungsmöglichkeiten für soziale, politische und künstlerische Projekte.
Referent: Wolfgang Gallfuß, Kulturfenster Heidelberg

Laßt tausend Selbstverwaltete Betriebe blühen!
Existenzgründung alternativ.
Referent: Hubert Kant, Netzwerk Nordbaden

Alle Veranstaltungen um 20 Uhr in Heidelberg, Alte Eppelheimerstr. 38 (HH)

Ökologisches Marketing

Vom 12. bis 14. Februar 1988 findet im Studienhaus Wiesneck (Schwarzwald) ein Seminar über Ökologisches Marketing für Produkte zur sanften Energieerzeugung statt.

Es ist vorrangig für Selbstverwaltete Betriebe, die in diesem Bereich arbeiten, gedacht. Ziel ist es, in Arbeitsgruppen Vermarktungskonzepte für Produkte wie Windkraftanlagen, Sonnenkollektoren, Biogasanlagen, Wärmekraftkopplung usw. gemeinsam zu entwikkeln. Genauere Informationen können angefordert werden bei:
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
7800 Freiburg

HEIMVOLKS-HOCHSCHULE
ALTE MOLKEREI FRILLE

Arbeitsplätze selber schaffen - Information und Beratung für alle, die nach neuen Wegen selbstgeschaffener Arbeits- und Lebensprojekte suchen.
Vom 12. bis 14. Februar 1988

Gemeinnützige Vereine - ihre Spielräume bei der Bekämpfung sozialer Probleme wie Ausbildungsnot und Beschäftigung Arbeitsloser.
Vom 24. bis 26. Februar 1988
Anmeldung:
HVHS Frille
Freithof 16
4953 Petershagen
☎ (05702) 97 71

Selbsthilfe, Beratung und Sozialarbeit am Beispiel Jugendzentren

Selbsthilfe und Selbstorganisation ist Ausdruck des Engagements und der Aktivität von Menschen, die ihre Auseinandersetzung mit anderen formulieren, öffentlich machen und ihre Interessen durchzusetzen versuchen. Sie ist aber auch ein Versuch, selbstbestimmte Lebensformen in gegenseitiger Hilfe und ohne Einflußnahme von Behörden und Verbänden zu verwirklichen. Diese Ansätze haben insbesondere in der Jugendarbeit eine lange Tradition.

In der Jugend- und Sozialarbeit wird Selbsthilfe und Selbstorganisation als pädagogische Methode begriffen, „Hilfen" möglichst nahe an den Betroffenen heranzubringen. Dieses professionelle Helfen gefährdet jedoch die Selbstorganisation und birgt die Tendenz der Entmündigung in sich.

Dennoch sind Selbsthilfe und Selbstorganisation nicht nur an formale Bedingungen - Organisationsformen, Satzung usw. - geknüpft, sondern setzen das Vorhandensein von inhaltlichen Erfahrungen und Einstellungen voraus, die ihre Verwirklichung erst ermöglichen.

Es ist deshalb eine besondere Aufgabenstellung der Sozialarbeit in der Zukunft, Beratungskonzepte zu entwickeln, die Selbsthilfe und Selbstorganisation sichern und fördern, sie aber nicht gefährden. Die Tagung soll klären helfen,

- welche Beratungsinhalte im Jugendbereich von Bedeutung sind,
- welche Beratungsmethoden sich anbieten oder entwickelt werden müssen,
- welches Beraterverhalten sinnvoll ist,
- wie Beratung organisiert werden kann.

Neben einführenden Referaten sollen die Themen in Arbeitsgruppen behandelt werden. Dabei wird davon ausgegangen, daß unterschiedliche Beratungskonzepte durch Rollenspiele u.ä. so veranschaulicht und ausgewertet werden, daß auch praktische Hilfe für die Umsetzung gegeben werden.

Das Seminar wird vom Paritätischen Bundesverband und der AG SPAK gemeinsam veranstaltet und findet **vom 26.bis 28. Februar 1988** in der Paritätischen Bildungsstätte „Haus Buchwald", Nohfelden/Saarland statt.
Anmeldung:
Paritätisches Bildungswerk
Bundesverband e.V.
Heinrich-Hoffmann-Str. 3
6000 Frankfurt/Main 71

Friedrich-Ebert-Stiftung

Ökonomie und Ökologie

Die Zukunft der Industriegesellschaft
Informationsinstrumente auf Betriebs- und Produktebene
29. bis 31. Januar 1988
Information & Anmeldung:
Fritz-Erler-Akademie
Postfach 209
7290 Freudenstadt
☎ (07441) 21 88

Gemeinschaft „68"
Treffpunkt der älteren Generation
Eingang hinter dem Haus

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)
sonst DM 24,– für Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einse

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Probeabonnement

Ich finde CONTRASTE verbreitenswert, und möchte an folgende Person ein auf 6 Monate begrenztes Probeabonnement für den Preis von 18 Mark verschenken.

Empfänger/in:

Name, Vorname : . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Ort . . . . . .

Spender/in:

Name, Vorname . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Ort . . . . . .

Datum, Unterschrift . . . . . .
0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift . . . . . .

Auschneiden und absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1